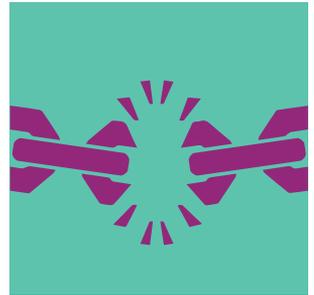
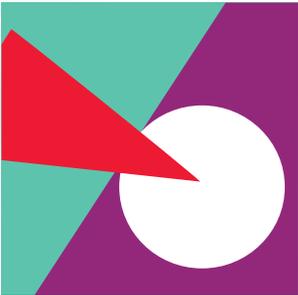
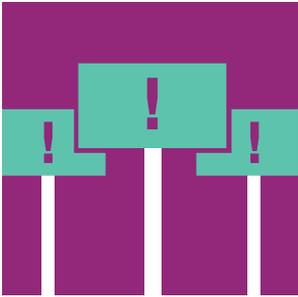


KLEINES HANDBUCH

Staatskritik, Parlamentarismus und Regieren



Inhaltsverzeichnis

	VORWORT	<i>Seite 4</i>
1.	PARLAMENTARISMUS	
1.1	Einleitung <i>Ko-Kreis</i>	<i>Seite 5</i>
1.2	Linke Spielräume in einem destruktiven Politikgeschäft. <i>Im Gespräch mit Sabine Leidig</i>	<i>Seite 6 - 12</i>
1.3	Steckbrief 1: Drei Fragen an Nicole Gohlke	<i>Seite 13</i>
1.4	Die Risiken und Nebenwirkungen linker Parlamentsarbeit. <i>Thies Gleiss</i>	<i>Seite 14 - 16</i>
1.5	Steckbrief 2: Drei Fragen an Michel Brandt	<i>Seite 17</i>
1.6	Parlamentsarbeit unter Bäumen – Eine Anleitung in vier Schritten anhand der Auseinandersetzung der hessischen Linksfraktion um den Dannenröder Forst. <i>Tim Dreyer</i>	<i>Seite 18 - 20</i>
1.7	Steckbrief 3: Drei Fragen an Niema Movassat	<i>Seite 21</i>
1.8	Von der Kommune zum Kommunismus? Das Parlament von unten denken. <i>Violetta Bock</i>	<i>Seite 22 - 23</i>
1.9	Instrumente gegen die Verparlamentarisierung	<i>Seite 23 - 29</i>
1.10	Dokumentiert I: Anforderungen an und Selbstverständnis von Wahlbewerberinnen und -bewerbern der LINKEN Neukölln	<i>Seite 30 - 31</i>
1.11	Dokumentiert II: Selbstverständniserklärung Kasseler Linke	<i>Seite 32 - 33</i>
1.12	Dokumentiert III: Entwurf Eine andere Platte auflegen: Selbstverpflichtung bewegungslinker Mandatsträger*innen auf Bundes- und Landesebene	<i>Seite 34 - 35</i>

Impressum

BAG Bewegungslinke
 Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
 Herausgeber: BAG Bewegungslinke,
www.Bewegungslinke.org
 Redaktion: Violetta Bock, Sascha Radl, Nora Schmid
 Layout: Oliver Krieg

2. FÜR UND WIDER DAS REGIEREN

- 2.1 **Sein oder Nichtsein: LINKE Wohnungspolitik in Berlin und »Regieren in Bewegung«.** *Seite 37 - 39*
Katalin Gennburg
- 2.2 **»Unsere Macht liegt in der Mietenbewegung«.** *Seite 40 - 41*
Gespräch von Toma El-Sarout mit Moheb Shafaqyar, Sprecher von Deutsche Wohnen & Co enteignen
- 2.3 **Politik »den Profis überlassen«? Was die Auseinandersetzung um die Privatisierung der Berliner S-Bahn für den Parteaufbau bedeutet.** *Seite 43 - 44*
Jorinde Schulz
- 2.4 **Rechte Staatsapparate, R2G und Antirassismus.** *Seite 45 - 46*
Ein Interview von Nabil Sourani mit dem Aktivistin Ferat Koçak
- 2.5 **Wie DIE LINKE Mieter*innen unterstützen kann – Ein konkretes Beispiel aus München.** *Seite 47*
Renate Cullmann & Stefan Jagel
- 2.6 **Veränderung erkämpfen, ohne zu regieren: Das Beispiel Münster.** *Seite 48 - 49*
Johanna Wegmann
- 2.7 **Griechenland: Das Regierungsexperiment ist gescheitert, aber die Linke lebt.** *Seite 50 - 52*
Sotiris Kontogiannis

3. THEORIEBEITRÄGE: STAATS- UND PARLAMENTARISMUSKRITIK

- 3.1 **Rosa Luxemburg und das Parlament.** *Seite 54 - 55*
Nora Schmid
- 3.2 **Staat als Terrain gesellschaftlicher Kämpfe?** *Seite 56 - 58*
Raul Zelik
- 3.3 **Die Bewegungslinke vor der Wahl: Poulantzas oder Lenin?** *Seite 59 - 60*
Sascha Radl
- 3.4 **Pariser Kommune 1871: Gegengift gegen Anpassung bis heute.** *Seite 61 - 63*
Manuel Kellner
- 3.5 **Leseempfehlungen** *Seite 64 - 66*

Vorwort

Ein Handbuch zu Staatskritik, Parlamentarismus & Regieren – ein lang geplantes Projekt liegt nun endlich vor. Die Parlamentarismuskritik ist eins der Hauptthemen der Bewegungslinken. Seit unserer Entstehung haben wir das Thema immer wieder in Workshops behandelt. Dabei haben wir verschiedene Ideen für die Praxis entwickelt: Eine Selbstverpflichtung für Abgeordnete – gar nicht so einfach. Ein Beschluss für den Bundesparteitag zur Zusammensetzung des Vorstands – aber wo beginnen? Damit wir die Diskussion nun breiter und auch auf Basis theoretischer Überlegungen führen können, haben wir in diesem Handbuch passende Artikel zusammengestellt und in drei Kapitel gegliedert: Eins: Parlament. Zwei: Regieren. Drei: Theorie.

Wann stoßen linke Reformen an ihre Grenzen und warum? Worin liegen die Gefahren im Regieren von sozialistischen Parteien und welche Rolle spielt Parlamentsarbeit dabei? Von Praxisbeispielen bis hin zu theoretischen Einordnungen sollen die Artikel Grundlagen bieten, sich einführend mit den Themenfeldern zu beschäftigen und Diskussionen in den Kreisverbänden anzuregen.

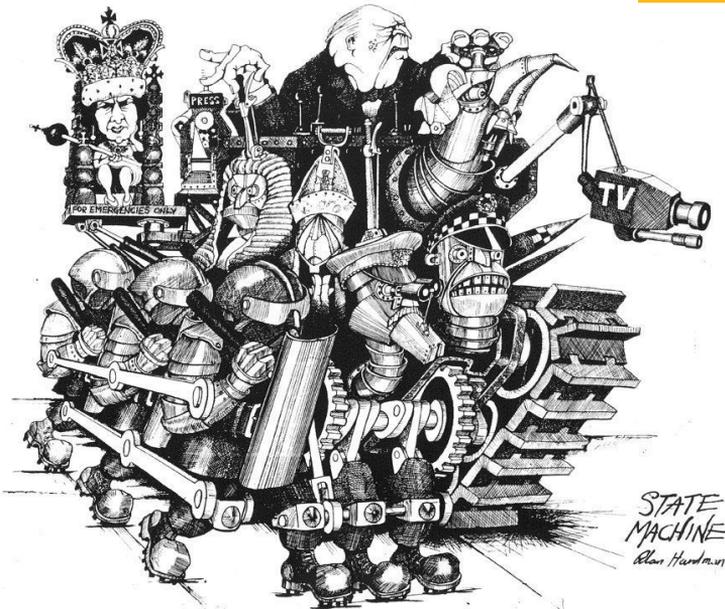
Im ersten Kapitel geht es um die Arbeit im Parlament, wie sie verändert, welche Möglichkei-

ten sie bietet, welche Instrumente es gibt, um einer Verparlamentarisierung entgegenzuwirken, was Parteien in anderen Ländern erproben, aber auch was persönliche Erfahrungen sind. Im zweiten Kapitel steht die Frage des Regierens im Zentrum. Denn wenn einmal die linken parlamentarischen Mehrheiten erreicht sind, liegt es nahe, Regieren als nächsten Schritt zu sehen. In dem Teil geht es darum, die Debatte in der LINKEN nachzuzeichnen und anhand von konkreten Beispielen das Thema zu beleuchten: Unsere Autor*innen denken etwa darüber nach, welche Anforderungen eine Regierungsstrategie stellt und was die Alternativen wären. Das dritte Kapitel vertieft die Debatte zu Parlamentarismus und Regieren anhand theoretischer Beiträge. Hier stehen staatstheoretische Fragen und die Lehren aus historischen Erfahrungen im Vordergrund. Zum Schluss werden noch Anregungen zum Weiterlesen gegeben.

Für alle Beiträge gilt: Sie geben die persönliche Meinung der jeweiligen Autor*innen wieder. Manches ist sicherlich streitbar und soll Debatten anregen, denn da sind wir uns wiederum einig: DIE LINKE braucht das!

Wir hoffen, das Handbuch hilft euch in der täglichen Arbeit und in der Diskussion mit Genoss*innen. ■

EUER KO-KREIS





Teil 1: Parlament, Parlamentarismus & Parlamentskritik

Im ersten Teil des Handbuchs blicken wir auf die Arbeit in Parlamenten. Unter Parlamentarismuskritik verstehen wir in diesem Handbuch nie Antiparlamentarismus. Dieses Handbuch ist kein Plädoyer, sich aus Parlamenten zu verabschieden. Wir denken, das Parlament kann auf vielfältige Weise genutzt werden. Die Möglichkeit, Anfragen und Anträge zu stellen, Reden vor einer breiteren Öffentlichkeit zu halten, Privilegien etwa als parlamentarische Beobachter*innen zu nutzen und natürlich der Zugang zu Ressourcen bieten Möglichkeiten, die für die politische Arbeit sinnvoll sind. Die Arbeit in Parlamenten hat jedoch ihre Tücken. Mit unserer Parlamentarismuskritik wollen wir davor warnen, im Parlament den alleinigen Hebel zur Veränderung zu sehen und aus einer sozialistischen Perspektive den Blick auf die Mechanismen werfen, die im bürgerlichen Staat wirken und dafür sorgen, dass Fraktionen ein zu starkes Gewicht in einer Partei erhalten. Dafür betrachten wir im Folgenden das Parlament auf verschiedenen Ebenen und aus unterschiedlichen Blickrichtungen. Denn die wenigsten von uns werden je in einem sitzen, die meisten von uns werden nicht zuletzt in Wahlkämpfen darum werben, der LINKEN viele Sitze zu verschaffen. Aber wie können wir es dann gut nutzen? Wir haben Beiträge von Bundes-, Landes- und Kommunalebene, dazwischen Steckbriefe, in denen Abgeordnete ihre Erfahrungen teilen. Immer spielt es auch eine Rolle, wohin es gehen soll. Zum Abschluss des Kapitels findet ihr daher eine Auflistung verschiedener Instrumente. ■

Linke Spielräume in einem destruktiven Politikgeschäft

IM GESPRÄCH MIT **SABINE LEIDIG**

Wie ist es überhaupt im Parlament? Für eine Innenansicht zu den Möglichkeiten, Dynamiken und Gefahren des Parlamentarismus sprachen wir mit Sabine Leidig. Sie war von 2009 bis 2021 Bundestagsabgeordnete für DIE LINKE. Das Zusammendenken von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit war ihr dabei immer wichtig. 2021 trat sie nicht mehr auf Bundesebene an.

Wie bist du in den Bundestag gekommen?

Auf mich kam damals Willi von Ooyen zu. Ich war Geschäftsführerin im Attac Bundesbüro und blickte auf eine 30-jährige außerparlamentarische Erfahrung. Die LINKE war zu der Zeit ziemlich randständig, gerade im Westen, und die Idee war, mit Leuten aus sozialen Bewegungen von Relevanz die Partei DIE LINKE zu stärken. Vier Jahre vorher hatte er mich auch schon gefragt. Da war das für mich noch keine Option. 2009 war es anders. Durch die Weltwirtschaftskrise gab es die Hoffnung, dass es eine Renaissance der parlamentarischen Politik bzw. der Gestaltung wirtschaftlicher Prozesse durch Gesetze und politische Steuerung geben könnte. Das war ein »window of opportunity«. Zweitens war die LINKE als ein neues Parteienprojekt aus meiner Sicht ein interessantes Konstrukt. Und drittens war Attac »aus dem Größten raus« und ich konnte mir vorstellen, von Bord zu gehen ohne allzu große Probleme zu hinterlassen.

Ich habe mich gut vorbereitet, auch auf die Frage, welchen Politikbereich ich übernehmen könnte. Es war klar, dass Wirtschaftspolitik, was ich mir hätte vorstellen können, mit den »Matador*innen« belegt war. Sahra Wagenknecht, Axel Troost und Michael Schlecht waren schon gesetzt. Auf den Verkehrsbereich bin ich gestoßen, weil ich bei der Kampagne gegen den Börsengang der Bahn von Attac aus

mitgewirkt habe. Und aus der Erfahrung mit der Kooperation mit der zuständigen Abgeordneten im Bundestag hatte ich viele Ideen, wie man es besser machen könnte. Ich habe dann Winnie Wolf gefragt, ob er sich vorstellen kann, als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei mir einzusteigen. Er hat die fachliche Kompetenz mitgebracht, die ich nicht hatte. Mein Zugang war von Anfang an, außerparlamentarische Aktivitäten mit parlamentarischen Möglichkeiten zu unterstützen und umgekehrt; also eine Gegenseitigkeit herzustellen.



Wie war es im Bundestag?

Schon vorher habe ich nicht nur in Kuschelzusammenhängen gearbeitet. Ich war zum Beispiel DGB-Vorsitzende in Karlsruhe. Von 40 Hauptamtlichen in der Region war ich die Einzige, die nicht in der SPD war, die jüngste und eine von zwei Frauen. Das war kein Honigschlecken. Und trotz weltanschaulicher Unterschiede gab es doch immer auch das Bemühen zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen. Aber davon erlebte ich im Bundestag gar nichts. Ich würde sagen, das ist ein Ergebnis der Fixierung auf Parteien und Parlamentarismus. Das ist ein komplett destruktives Politikgeschäft, weil es immer darum geht, sich voneinander abzugrenzen, statt möglichst gute Lösungen zu finden. Ich wäre am liebsten nach einem halben Jahr wieder davongelaufen, weil ich es wirklich krass fand. Man wird total in Beschlag genommen. Auf der einen Seite merkst du, wie ätzend diese Sitzungen sind (Verkehrspolitik war damals vor zwölf Jahren auch noch männerdominiert, da war ich neben einer von der CDU die einzige Frau im Verkehrsausschuss, das hat sich geändert) - und auf der anderen Seite ist wahnsinnig viel zu tun. Du kannst nicht einfach sagen, das ist mir alles egal, ich konzentriere mich auf die außerparlamentarischen Sachen. Gerade in einer kleinen Fraktion musst du auch fachlich und inhaltlich die Themen beherrschen, also verstehen, um was es geht und eine eigene Position dazu entwickeln. Das wird auch und zu Recht in der Partei erwartet. Die Ressourcen dafür sind insbesondere in der Bundestagsfraktion vergleichsweise enorm. Ich habe drei/vier wissenschaftliche Mitarbeiter*innen. Mit so einem Team ist ein ganz anderes vertieftes Arbeiten möglich, als wenn du dich alleine durchschlagen musst.

Der Kipppunkt für mich war, nachdem ich eine gewisse Sattelfestigkeit erworben hatte, dann selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen, was mache ich und was mache ich nicht. Statt sich nur treiben zu lassen von dem, was dieser parlamentarische Apparat immer wieder neu auf die Tagesordnung setzt, ging es darum, den Raum linker Verkehrspolitik zu gestalten, eigene Projekte zu entwickeln. Vernetzungsprojekte waren immer mein Schwerpunkt, also zu gucken: Wie bringe ich Menschen aus

Gewerkschaften, aus der Verkehrswendesezene und den Umweltverbänden zusammen? Wie gelingen da interessante Debatten? Wie kann ich Vernetzungstreffen und Foren organisieren, die sowohl in die Partei hineinwirken und die Kompetenzen der Partei stärken und zugleich außerparlamentarische Akteure, die nicht in unserer Partei sind, so gut verknüpfen, dass es für alle Beteiligten interessant ist? Wobei ich natürlich gestehen muss, dass ich nicht alle Themen gleichermaßen auf dem Schirm habe. Eins der spannendsten Foren fand ich das zu Amazon in Bad Hersfeld. Da war es für alle Beteiligten super bereichernd, aus wie vielen verschiedenen Ecken und aus wie viel verschiedenen Gründen Kritik an Amazon geübt und Protest organisiert wird, um unter den verschiedensten Vorzeichen gegen dieses Monster anzugehen. Ich fand das auch spannend, weil ich selbst dabei sehr viel gelernt habe.

Du hast beschrieben, wie stark man in Beschlag genommen wird. Nicht umsonst heißt es oft Ufo Bundestag. Der Anpassungsdruck ist groß. Wie hast du dich da gewehrt?

Also es fällt mir leicht, diesen Habitus nicht anzunehmen. Dabei hilft, dass ich schon so ein langes politisches und berufliches Leben hinter mir habe. Da ist es einfacher, dass der eigene Stil und das eigene Selbstbewusstsein nicht unter die Räder kommt, wenn man von lauter Anzugträgern umgeben ist, die sich alle morgens von dicken Limousinen von der Wohnung abholen lassen, obwohl Berlin eins der besten ÖPNV-Systeme hat. Allerdings bin ich dafür sensibler geworden. Im Laufe der Jahre habe ich sehr bewusst darauf geachtet, diese Unterschiede zu reflektieren. Es ist mir stärker bewusst geworden, wie wichtig das ist. Es fängt damit an, dass du dich entscheidest, bestimmte Einladungen anzunehmen und andere nicht. Als Verkehrspolitikern hätte ich jede Woche zweimal zu irgendwelchen Empfängen von Autokonzernen, IT-Start-Ups, Fluggesellschaften oder Wasserstoff-Firmen gehen können. Das habe ich nie gemacht, obwohl es da immer superleckeres Essen in besonderen Locations gab. Ich habe immer an Podiumsdiskussionen teilgenommen, wenn

die Zusammenhänge so waren, dass ich dachte: Da ist ein interessantes Fachpublikum mit Leuten aus den Verbänden, die für uns Partner sein könnten - rund um den Bahnverkehr gibt es interessante Akteure wie etwa »Allianz pro Schiene«. Da lässt man sich auf so ein Spielfeld ein, das eigentlich nicht das originär linke Spielfeld ist. Und das zweite ist, sich spezielle Privilegien vom Hals zu halten. Ich mach es mal am Fahrdienst fest. Es ist ungeheuer bequem, diesen Luxus in Anspruch zu nehmen und es wird ganz schnell selbstverständlich, weil es ja alle Abgeordneten so machen. Kürzlich wurden durch einen Hackerangriff die Zahlen ausgespuckt, wie viele Fahrten dieser Fahrdienst jährlich macht. Demnach entfallen zwei Fahrten täglich auf jeden MdB (Mitglied des Bundestags) und das heißt, dass der Fahrdienst nicht nur genutzt wird, wenn es mal nötig ist, sondern dass es Routine wird: der Herr/die Frau Abgeordnete lässt sich abholen und abends wieder heimbringen. Daraus resultiert eine besondere Erfahrungswelt. Man weiß dann nicht mehr, wie es sich anfühlt, wenn die Radwege nichts taugen, die Rolltreppe kaputt ist oder die Busse überfüllt sind. Deshalb fand ich es immer wichtig, da eine gewisse Distanz zu behalten.

Und was mich selbst total überrascht hat, wie einfacher manche Zugänge durch so eine Funktion sind. Als GeschäftsführerIn von Attac hatte ich schon ein hohes Renommee, mit dem es einfacher war, sich mit dem ver.di-Vorsitzenden oder NGO-Verantwortlichen zu treffen. Mit dem Titel MdB ist das nochmal einen Zacken schärfer. Ich konnte zum Beispiel einfach mit dem Leiter des Klinikums in Hanau einen Termin ausmachen und er hat sich dann zwei Stunden Zeit genommen. Darüber muss man sich bewusst sein, dass diese Funktion Türen öffnet. Oder ich hatte zum Beispiel hier in Kassel mit dem Verkehrswissenschaftler Prof. Dr. Carsten Sommer ein ausführliches Treffen, obwohl er überhaupt kein Linker ist. Und ich nutze, was ich erfahren habe, um unsere Arbeit für die Verkehrswende zu qualifizieren. Man hat eben Zugang zu solchen besonderen Ressourcen.

Was mir nicht gelungen ist, ist mich neben der Arbeit im Bundestag und neben den bun-

desweiten Veranstaltungen, örtlich stärker zu verankern. Ich habe wirklich viel zum Thema Verkehr und zum sozial-ökologischen Umbau gearbeitet und bin durch die ganze Republik getourt, weil es lange sehr wenige Genoss*innen gab, die dazu aktiv und kompetent waren. In den ersten Jahren war Verkehrspolitik eher so ein Außenseiterthema und hat die LINKE nicht vom Hocker gerissen. Erst mit dem Thema Nulltarif hat sich das ein wenig geändert und durch die Klimagerechtigkeitsdebatte ist es inzwischen breiter verankert. Jahrelang habe ich zu einer Reihe ganz spezieller Auseinandersetzungen gearbeitet, wie Stuttgart 21, den Bahnhof in Hamburg-Altona, einzelne Autobahnprojekte, und dann die Themen Nulltarif und Ausbau des ÖPNV. Ich habe es nicht geschafft, mich in eine örtliche Nahverkehrsinitiative zu klinken, das habe ich bedauert, weil dadurch die Beheimatung fehlt. Das gilt auch für den Kreisverband. Am Anfang war ich noch in Hanau und sogar im Kreistag Main-Kinzig, um die Genoss*innen dort nicht hängen zu lassen, aber ich konnte mich nicht richtig gut für die Parteientwicklung einsetzen.

Es ist unterschiedlich, wieviel MdBs in Sitzungswochen oder überhaupt in Berlin sind. Siehst du da einen großen Spielraum?

Ich finde als Bundestagsabgeordnete hat man diese Aufgaben zu machen. Denn wenn sie nicht gemacht werden, fällt es auf die ganze Fraktion zurück. Wir hatten große Schwierigkeiten die vier Plätze im Verkehrsausschuss zu besetzen und wir waren lange nur zu zweit. Da kannst du die anderen Genoss*innen nicht einfach hängen lassen. Die CDU mit vielen Direktmandaten sitzt mit 20 Leuten im Verkehrsausschuss. Da fällt es kaum auf, ob sie immer da sind. Viele hörst du fast nie reden, außer mal zu einem kleinen Spezialthema. Und weil sie Regierungsfraktion sind, arbeiten sie eigentlich nie Anträge oder Anfragen aus. So können sie stattdessen im Wahlkreis und bei ihren Vereinen sein. Das ist ein Unterschied. Mit einem Direktmandat gibt es natürlich auch eine hohe Verantwortung für die lokale Präsenz. Ich bin auch mal in Betriebe oder Schulen usw. gegangen, aber daraus entwickelte sich keine lokale Arbeit.

Du hast beschrieben, dass du deine Aufgabe darin siehst, Themen zu setzen und Verbindungspunkte herzustellen. Welche Möglichkeiten siehst du sonst in der parlamentarischen Arbeit? Oder gab es für dich ein Leitbild?

Das erste ist, sich bewusst zu machen, über welche enormen Ressourcen wir besonders im Bundestag als Abgeordnete verfügen. Ich finde es selbstverständlich, dass die Mitarbeiter*innen, die ich habe, nicht nur Fachpolitik machen, um mich zu pampern und mir ein gutes Auftreten zu ermöglichen. Sie waren immer damit beschäftigt, innerhalb und außerhalb der Partei Kontakte zu knüpfen und Leute zu unterstützen. Ich nenne mal ein, wie ich finde, sehr geglücktes Beispiel: Angestoßen durch ein Gespräch mit Betriebsräten aus dem Bereich beim Bundesparteitag in Hamburg, haben wir eine Kampagne zum Erhalt der Nachtzüge entwickelt. Wir haben Treffen organisiert, Broschüren veröffentlicht, Bahnexpert*innen einbezogen und ein Konzept für einen Luna-Liner erarbeiten lassen. Wir haben Anhörungen organisiert und dafür gesorgt, dass einer der Betriebsräte aus dem Wirtschaftsausschuss dort die falschen Behauptungen der Regierung widerlegen konnte. Unter dem Schlagwort »Schlafwagengesellschaft« gab es Artikel in allen großen Zeitungen, das war klasse. Dann unterstützten wir Aktionen in Bahnhöfen mit Fahrgastverbänden, Veranstaltungen, die sonst nicht zustande gekommen wären, weil Betriebsräte z.B. die Ressourcen dazu gar nicht haben. Wir haben nicht verhindert, dass die Bahn die letzten Nachtzüge gestoppt hat, aber wir haben die öffentliche Debatte dazu gedreht. Und dass die österreichische Bundesbahn dann eingestiegen ist, lag auch daran.

Ein anderes Format waren die Vernetzungsforen für sozial-ökologischen Umbau, bei denen es einerseits darum ging, fachliche Kompetenzen zusammen zu bringen, aber zugleich eine größere, gesellschaftspolitische Idee zu entwerfen und entstehen zu lassen im Zusammenwirken verschiedener Akteure, die - zum Teil eher radikal, zum Teil etablierte NGO-Vertreter*innen - sonst gar nicht immer zusammen ins Gespräch kommen. Dazu haben wir zum Beispiel die finanziellen Mittel genutzt

bis hin zu der großen Konferenz »Genug für alle«, eine sozial-ökologische Konferenz mit 500 Leuten in Essen. Sie war ein Push für die sozial-ökologische Perspektive innerhalb der Linken, aber auch nach außen ein Signal, dass wir Ansprechpartner sind in dem Feld.

Wir haben außerdem sehr systematisch Anfragen gestellt. Wenn auch mit mäßigem Erfolg, weil diese Bundesregierung insbesondere das Verkehrsministerium ausgesprochen schlecht Fragen beantwortet. Aber, da gab es immer mal wieder »Ausrutscher« bei denen, wenn eine Anfrage von uns auf einem anderen Schreibtisch landet und man plötzlich interessante Informationen erhält. Das haben wir zum Beispiel zu den Verlagerungspotentialen von Flügen auf Züge gemacht, und zwar für alle Flughäfen. So konnten wir alle Fluglärm-Initiativen mit sehr konkreten Zahlen versorgen: Wie viel Prozent der Flüge würde wegfallen, wenn man die Strecke in vier Stunden per Zug macht? Das war klasse. Dann haben wir Anträge, Anfragen und Anhörungen im Ausschuss so organisiert, um das Anliegen von Bewegungsakteuren zu unterstützen und die Aufmerksamkeit zu vergrößern. Und manchmal gelingt es damit, andere Fraktionen, insbesondere die SPD, so unter Druck zu setzen, dass sie zumindest unter Handlungszwang kommen und selber etwas anstoßen.

Und ansonsten bist du ja oft parlamentarische Beobachterin.

Das ist eine interessante Geschichte, denn ich hatte bei Attac die Erfahrung gemacht, dass es echt schwierig und zäh ist, solche parlamentarischen Beobachter*innen zu finden, das war damals in Heiligendamm beim Protest gegen den G8-Gipfel. Für mich war klar, wenn ich Abgeordnete werde, stelle ich mich da selbstverständlich zur Verfügung. Dann gab es die Blockupy-Proteste in Frankfurt mit Platzbesetzung und den G20-Protest in Hamburg. Letzteres haben wir total gut hingekriegt in der Fraktion und mit unserer Kontaktstelle soziale Bewegungen. Wir haben sehr früh und sehr gezielt Abgeordnete angesprochen und haben das verknüpft mit einem Auftreten der linken Bundestagsfraktion und dem Einsatz von Ressourcen. Also wenn die Bundestagsfraktion einen Ort bespielt, dann ist das zugleich ein

Treffpunkt, ein Rückzugsort, um Luft zu holen für diejenigen, die in Aktion sind, also im Sinne verteilter Rollen und um die Möglichkeiten der verschiedenen Akteure auszuspielen. Dann fing es 2017 mit Ende Gelände an, also der zivile Ungehorsam als Form, die sich über die Klimagerechtigkeitsbewegung ausgebreitet hat. Zeitweise war ich auch sehr viel bei kleineren Aktionen. Da kam abends ein Anruf: Kannst du morgen früh um fünf vorm Kraftwerk in Mannheim sein? Ich muss sagen, dass ich etwas enttäuscht bin darüber, dass nicht mehr Abgeordnete aus unserer Fraktion sowas machen, was dazu führt, dass die wenigen, die es machen, ganz schön viel beansprucht werden.

Vielleicht können wir jetzt darüber reden, wie es innerhalb der Fraktion aussieht. Gibt es da zum Beispiel Trainings zur Rolle parlamentarischer Beobachter*innen? Wie wird Wissen weitergegeben und wie sieht es da überhaupt aus?

Das läuft über die Kontaktstelle soziale Bewegungen. Wir hatten da zwei Referent*innen, eine für die gewerkschaftlichen Kontakte, eine für den mehr radikal linken Bewegungsbe- reich. Gerade vor dem G20-Gipfel organisier- ten wir eine sehr gute Vorbereitung mit einem Rechtsanwalt, mit Handouts, auf denen noch- mal richtig gut beschrieben ist, was die Aufga- be von Beobachter*innen ist, welche Rechte Demonstrierende haben und wie wir die Rolle gut nutzen können. Das Problem ist, dass wir bei solchen Treffen nie mehr als 5 MdBs aus unserer 69-köpfigen Fraktion waren. Dann hat- ten wir einzelne MdL (Mitglied des Landtags) aus Sachsen, Thüringen, aber alle Appelle und persönlichen Ansprachen haben nicht dazu geführt, dass wir wesentlich mehr geworden sind. Man kann im Prinzip sagen, die Abgeord- neten, die sich der Bewegungslinken zugehörig fühlen, sind immer mal als parlamentarische Beobachter*innen unterwegs gewesen und viele andere nicht. Das hat was damit zu tun, dass nicht wenige unserer Abgeordneten kei- ne Beziehungen zu sozialen Bewegungen oder Gewerkschaften haben. Bei Gewerkschaften sind es etwas mehr, aber da sind natürlich Aktionen zivilen Ungehorsams weniger üb- lich, und schon gar nicht dieses wilde Gewu-

sel von Leuten, die sich weiß der Geier was ausdenken, um politischen Druck zu machen. Das ist schon eine große Kluft. Es gibt nicht unbedingt die Ost- und West-Unterscheidung, wobei ich schon sagen würde, dass aus dem Westen mehr Abgeordnete kommen, die eine Bewegungsbiografie haben. Aber zum Beispiel Kirsten Tackmann oder Norbert Müller, die aus Brandenburg kommen, sind erfahren und für sowas ansprechbar gewesen.

In unserer Kontaktstelle soziale Bewegungen drückt sich das aus. Wir haben einen Ko-Kreis und es gibt zehn, elf, vielleicht zwölf Abgeord- nete, die sich formal zugehörig fühlen und sa- gen, ja sie machen mit. Aber in der Praxis ist es immer eine Abwägungsfrage, wie hoch ist die Priorität. Denn man hat immer mehr zu tun, als man gut schaffen kann, und dann bleibt es halt bei vier oder fünf, die regelmäßig da sind. Es ist eine Gefahr dieses Parlamentarismus, dass es immer weniger gelingt, mit den Abgeordneten über ihren Fachbereich hinaus gemeinsame politisch-strategische Projekte oder Ziele zu entwickeln. Weil unsere Fraktion so schlecht geführt wird, hat sich eine Konkurrenz um Auf- merksamkeit entwickelt. Die Neigung ist groß, sich hauptsächlich darum zu sorgen, dass man selbst mal wieder eine Rede kriegt, oder eine Pressemitteilung oder auf der Fraktionsseite erscheint. Die Bereitschaft, Ressourcen in ein gemeinsames strategisches Bewegungsdasein zu stecken, ist deshalb gering. Das wäre an- ders, wenn die Fraktion anders geführt würde.

Inwiefern? In der Bewegungslinken fällt öf- ter das Stichwort Ich-AG. Wodurch ergibt sich das?

Ich kanns vielleicht im Unterschied zu unserer Arbeit in der AG sozial-ökologischer Umbau deutlich machen. Da war ich Koordinatorin und diejenigen, sowohl Abgeordnete, aber vor allem Mitarbeiter*innen haben immer ge- sagt: Hier ist es angenehm zu arbeiten, weil es immer darum ging, gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen. Die Voraussetzung dafür ist, dass man das will. Also dass es ein Ver- ständnis von einem kollektiven Arbeits- und Wirksamkeitsprozess gibt. In einer Fraktion, in der die Spitze dadurch geprägt ist, dass sie vor allem Mehrheiten organisiert, um ihr Ding

durchzukriegen, geht es eben nicht darum, einen kollektiven Prozess der Entfaltung unserer Stärken als Linksfraktion zu entwickeln. Sondern es geht darum, sich nicht in die Karten gucken zu lassen, die eigene Agenda ungestört über die Bühne zu bringen und Diskussionen, wenn sie stattfinden, so zu führen, dass sie zu nichts führen. Im Ergebnis wird die Lust, überhaupt noch zu diskutieren und sich einzubringen, immer geringer, oder das Engagement erschöpft sich darin, mal wieder einen Stich zu machen. Das klingt jetzt sehr negativ, aber ich habe wirklich ein vernichtendes Urteil über die Fraktionsspitze, wie ich sie vor allem seit 2015 erlebe. Das Politikverständnis von Dietmar Bartsch überschneidet sich mit dem Politikverständnis von Sahra Wagenknecht und ihren Anhänger*innen. Im Grunde ist das ein autoritäres Politikverständnis, das davon ausgeht, dass die, die so eine Funktion haben, wissen wo es lang geht und es nicht darum geht, einen Emanzipationsprozess zu organisieren und zu unterstützen. Das hat etwas Paternalistisches und ist im Kern nicht zu unterscheiden von dem Politikverständnis der meisten Sozialdemokrat*innen oder der Grünen.

Aus meiner Sicht ist es nicht das, was eine linke Partei braucht. Denn nach meinem Verständnis, selbst wenn wir in eine Regierung gehen würden, können wir dort nicht einfach die Veränderung der Gesellschaft beschließen, sondern die Veränderung der Gesellschaft geschieht durch die Menschen, die in dieser Gesellschaft leben. Und da kann eine Regierung unterstützen und Pflöcke einschlagen, aber ohne die Veränderung und die Dynamik und die Mobilisierung und die Emanzipation von Beschäftigten, Mieter*innen, von Leuten, die auf öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, kannst du das nicht einfach machen. Und dieses Verständnis teilen die meisten in unserer Fraktion leider nicht. Und natürlich ist so ein Apparat wie der Bundestag und die Fraktion, die ja nochmal haufenweise Ressourcen hat, ein wirklich gefährliches Pflaster. Denn solche Haltungen, »wir organisieren das«, »wir regeln das«, »wir reden mit dem von der FDP«, und wir haben Kontakte zu dem, und dann schmeißen wir unseren Apparat an - das begünstigt so eine Haltung und bestätigt sich immer

selbst.

Ich finde das kompliziert und gefährlich und weiß nicht, wie diese Machtpolitik geändert werden kann. Deshalb bin ich zum Beispiel eine klare Befürworterin von Amtszeitbegrenzung (auch wenn dies nicht von allen Bewegungslinken MdB geteilt wird), weil ich keine andere Option sehe. Das ist nicht die optimale Lösung und natürlich ist die Gefahr groß, dass auch die Guten rausfliegen. Aber wenn man es verallgemeinert und sagt, wir begrenzen generell auf zwei Amtszeiten und dann kann einmal verlängert werden, dann betrifft es eben alle. Warum soll das für Abgeordnete anders sein als bei den Parteivorsitzenden, das sehe ich nicht ein. Das Argument, dass dann die Macht des Apparats noch größer wird, finde ich nicht bestechend, denn die Abgeordneten entscheiden selbst, wen sie einstellen und bei der Fraktion gelten Weiterbeschäftigungsverträge nicht für die Vorstandsreferent*innen, also die Spitzenpositionen, die eine starke politische Bedeutung haben. Die können ausgetauscht werden.

Und hast du es in der Fraktion schon mal anders erlebt? Du hast ja beschrieben, dass es sich reproduziert.

Ich habe Gregor Gysi erlebt als Fraktionsvorsitzenden, der zumindest die Fähigkeit hatte zuzuhören und er hat nicht nur konforme »Strippenzieher« um sich geschart. Ich erinnere mich daran, dass er seine Vorstandsreferent*innen herumgeschickt hat mit der Aufgabe, mit möglichst vielen Abgeordneten zu reden und einzusammeln, was an Themen und Vorschlägen da ist, um dann wieder in kleinen Runden zusammen etwas zu entwickeln. Das fand seit dem Hufeisen nicht mehr statt, zumindest nicht mit denen, die nicht zum Hufeisen gehörten. Und bei denen, die dazu gehörten, ging es, soweit ich weiß, nicht um inhaltliche Positionen. Deswegen blieb diese Fraktion weit unter ihren Möglichkeiten, denn wir hatten eigentlich viele wirklich gute Leute. Das finde ich jammervoll, dass da nicht mehr draus gemacht wurde.

Letzte Frage, zu den Möglichkeiten, das zu ändern. Fällt dir neben Mandatszeitbegrenzung noch was ein oder was funktioniert

vielleicht schon?

Ich war eine Zeitlang im Parteivorstand. 2015 habe ich kandidiert, weil ich die sozial-ökologische Perspektive im Wahlprogramm stärken wollte. Da habe ich erlebt, dass im Parteivorstand sehr unterschiedliche Kulturen produktiv zusammenkamen. Ich finde, dass die Partei sich mehr ermächtigen muss. Das ist schwierig und ich habe da keine Patentlösung. Dass Sahra Wagenknecht 2017 die Partei quasi erpresst hat, sie und Dietmar Bartsch zu Spitzenkandidat*innen zu machen, hat das Verhältnis auf den Kopf gestellt. Ich habe ein bisschen Hoffnung, dass durch erfahrene, verankerte Menschen, die Mitglied werden und nicht so eine Promifigur brauchen, sich in der Partei etwas verändert. Jahrelang haben sich die Fraktionsvorsitzenden (Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht) den regelmäßigen Gesprächen mit den Parteivorsitzenden entzogen. Dass das möglich ist, ist eigentlich skandalös. Da ist mir aber nichts Schlaues eingefallen, weil ich keine Satzungsfrau bin.

Du meinst zum Beispiel bei der Bestimmung der Spitzenkandidat*innen?

Das ist eine symbol-politische Entscheidung, denn eigentlich hat jedes Bundesland einen Platz 1 und so viele Spitzenkandidat*innen haben wir. Bisher war es so, dass selbstverständlich davon ausgegangen wird, dass die Spitzenkandidat*innen künftig Fraktionsvorsitzende werden. Aber eigentlich geht das gar nicht, denn die künftige Fraktion soll ihre Vorsitzenden ja wählen.

Auch die Bewegungslinke muss diskutieren, wie es gelingen kann, dass die Bundestagsfraktion nicht von denen bestimmt wird, die die gnadenloseste Seilschaftspolitik machen. Das ist im Moment schwierig, weil da auch viele ihre Ressourcen nutzen, um die eigene Karriere nach vorne zu bringen. Aber das Grundproblem löst sich nicht auf, indem wir bessere Kandidat*innen anbieten.

Meine Erfahrung ist, dass es sehr heilsam sein kann, die Mechanismen zu benennen. Also nicht im Sinne von Geißelung, sondern im Sinne der genauen Beschreibung der Handlungen und Sachverhalte. Also »sagen, was ist«. Transparenz schaffen, um den vielen, die das meistens gar nicht durchschauen können, die

Möglichkeit zu geben zu verstehen und damit mehr Entscheidungsoptionen zu öffnen. Es ist ein Akt der Emanzipation, darüber zu sprechen.

Ich habe ja aus Versehen ein wenig Furore gemacht, weil ich Sahra Wagenknecht beim Bundesparteitag in Leipzig eine Frage gestellt habe. Ich wollte damit nicht Presseaufsehen, sondern ich wollte damit eine Heroisierung durchbrechen, die ich schädlich finde und nicht marxistisch und links. Und zweitens wollte ich nochmal eine Option herstellen, nämlich das Verhalten dieser Ikone zu hinterfragen. Und ich habe ja etwas geöffnet, denn es gab dann total viele, die dann etwas sagen wollten. Es kommt auch immer auf die Form an. Da braucht es ein Stück freundliche Unerschrockenheit und Selbstverständlichkeit einer solchen demokratischen und emanzipatorischen Haltung.

Willst du noch etwas ergänzen?

Vielleicht ein Punkt, der von der anderen Seite her kommt. Ich finde es gut, wenn Parlamentarier*innen im positiven Sinne herausgefordert werden, wenn sie zum Beispiel eingeladen werden, sich in bestimmte Kontexte zu begeben. Es ist viel schwieriger sowas auszusprechen, wenn das von einer Bürgerinitiative oder einer Ende-Gelände-Aktionsgruppe oder einer Putzfrauenwiderstandsgruppe kommt, als wenn die Genoss*innen aus der eigenen Fraktion eine Einladung aussprechen. Was ich sagen will, der Anspruch, dass sich linke Abgeordnete in solche Zusammenhänge begeben und da nicht nur ihre schlaue Meinung sagen, sondern sich auch nützlich machen, der sollte von den außerparlamentarischen Bewegungen offensiv wahrgenommen werden. Nur dann gehen nicht immer die gleichen in den Kontakt, sondern auch andere werden im besten Fall bewegt. Für mich war ein gutes Beispiel, dass die hessische Landtagsfraktion eine Sitzung im Danni gemacht hat und dort zum Beispiel auch Hermann Schaus Erfahrung mit Waldbesetzer*innen machte. Nicht dass ich ihn mit den problematischen Sachen in Verbindung bringe, aber er wäre einfach sonst nicht mit dieser Auseinandersetzung in Berührung gekommen, weil sein Feld ein ganz anderes ist. ■



STECKBRIEF : NICOLE GOHLKE

Wie hat dich die Zeit im Bundestag als Menschen verändert?

Ich bin vorsichtiger geworden beim Diskutieren und bei politischen Aussagen und drehe manchmal jeden Satz dreimal um, bevor ich ihn ausspreche oder schreibe, weil ich oft erlebt habe, wie Sätze aus dem Zusammenhang gerissen und verzerrt dargestellt werden.

Ich habe bisher keinen weniger solidarisches Ort als die Bundestagsfraktion erlebt – jede Schulklasse, jeder Kreis von Arbeitskolleg*innen, die ich kennengelernt habe, war freundlicher und wohlwollender im Umgang. Die Erfahrung des durchweg taktischen Umgangs miteinander hat mich generell misstrauischer ge-

genüber Parteigenoss*innen werden lassen – und es zehrt manchmal an meiner Hoffnung, dass man zusammen eine solidarischere Gesellschaft erstreiten kann. Umso wichtiger sind Zusammenhänge wie die »Bewegungslinke«, die bewusst versuchen, der Logik, die von institutionalisierten Partei- und Parlamentsapparaten ausgeht, etwas entgegenzusetzen.

Mit welchem Revolutionär würdest du mal über welches Thema reden?

Mit Engels über den deutschen Bauernkrieg.

Was ist dein Mittel, um am Boden zu bleiben?

Mein Freundeskreis. Meine Genoss*innen in München.

Wie nimmst du das Verhältnis zwischen Bundestagsfraktion und Partei war?

Verkehrtherum. Die Partei muss ständig darum kämpfen, dass sie eigentlich diejenige ist, die die politischen Linien festlegt. Ich weiß, dass es sich im Alltagsgeschäft und unter Zeitdruck verkehren kann – aber es existiert in der Bundestagsfraktion so gut wie kein Bewusstsein darüber, dass es im Parlamentarismus eine Tendenz zur Verselbständigung von Abgeordneten und Fraktionen von der Parteibasis, von Bewegungen oder betrieblichen Auseinandersetzungen gibt. Wichtig wäre ein kollektiver strategischer Umgang mit der Reflexion der eigenen Rolle. ■

Die Risiken und Nebenwirkungen linker Parlamentsarbeit

VON THIES GLEISS

Die LINKE ist nach 14 Jahren Existenz – plus der jeweiligen Zeit ihrer Vorgängerparteien PDS und WASG – stark im parlamentarischen System versunken. Sie hat gut 61.000 Mitglieder, darunter 5 Europa-, 136 Landes- und 39 Bundestagsabgeordnete. Dazu kommen ungefähr 6.500 kommunale Mandatsträger*innen. Ergänzt wird diese Personengruppe mit speziellen parlamentarischen Interessen durch eine wachsende Zahl an Mitarbeiter*innen bei den Fraktionen und den einzelnen Abgeordneten. Die Fraktionen der LINKEN in den Landesparlamenten und dem Bundestag haben etwa 300 Mitarbeiter*innen in Teil- oder Vollzeitbeschäftigung, noch besser ausgestattet ist die Fraktion im Europaparlament. Alle Abgeordneten in diesen Parlamenten mit Berufsabgeordneten haben zudem einen Stab persönlicher und Wahlkreisangestellten. Das schwankt je nach Abgeordneten zwischen drei und zehn Mitarbeiter*innen, alle Abgeordneten auf Europa-, Landes- und Bundesebene zusammen organisieren damit ungefähr 1300 – 1500 politische und organisatorische Hauptamtliche.

Auf kommunaler Ebene schwanken die Zahlen von bezahlten Fraktionsbeschäftigten. Aber insgesamt kann bei den 6.500 Mandaten, die in der Regel nur mit Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern belohnt werden – die bei einem oder einer Fraktionsvorsitzenden einer Kreistagsfraktion aber auch schon mal gut 1000 Euro im Monat ausmachen können – noch einmal von mindestens 3.000 Personen ausgegangen werden, die mehr oder wenig bezahlt vom Parlamentarismus leben.

Die LINKE hat jenseits des Parlamentsbetriebes auch Funktionen in der reinen Exekutive. In vier Bundesländern ist sie an der Regierung beteiligt; auf kommunaler Ebene stellt sie 79 hauptamtliche Dezernent*innen oder

Bürgermeister*innen. Auch dadurch ist ein wachsender Block von politisch hauptamtlich beschäftigten Personen entstanden, der ganz sicher nicht ein Gegengewicht zur wachsenden Verparlamentarisierung darstellt. Von der großen Beschäftigungsmaschine »Rosa-Luxemburg-Stiftung« soll hier gar nicht geredet werden.

Nur am Rande soll darauf hingewiesen werden, dass alle Finanzmittel, die bei diesen Tätigkeiten umgesetzt werden, staatliche Gelder sind. Die LINKE lebt in diesem Sinn zu 90 Prozent von Staatsknete. Wer so massiv von Staatsgeldern lebt, wird große Schwierigkeiten mit einer grundsätzlichen Kritik an diesem Geldgebersystem haben. Die wird nur dann vernehmbar, wenn ein nicht mit diesem parlamentarischen System verwachsener Teil der Mitgliedschaft dies lautstark einfordert und verkündet. Der Teil aber nimmt mit jedem weiteren Schritt des Versinkens im Parlamentarismus ab.

Diese berufspolitische Verwurzelung im Parlamentsgeschehen ist gleichzeitig ein großer Magnet, der den allergrößten Teil an unbezahlten politischen und personellen Kräften der LINKEN ansaugt. Die Zuarbeit für den parlamentarischen Betrieb erfasst nach meiner Schätzung mehr als Zweidrittel aller Kräfte der LINKEN.

Fakt ist auf jeden Fall: Kein anderes Gebiet der politischen Arbeit hat auch nur annähernd ein solches Gewicht – nicht die Stadtteilarbeit, nicht die Gewerkschaftsarbeit, nicht die Arbeit in sozialen Bewegungen. Das berühmte »außerparlamentarische Standbein« ist gegenüber dem »parlamentarischen Spielbein« komplett verkümmert beziehungsweise durch letzteres verzerrt. Natürlich nehmen Berufspolitiker*innen am politischen Leben in ihren

Orten teil, aber das Verhältnis von dieser Teilnahme zur Parlamentsarbeit ist genau umgekehrt zu dem, wie es eigentlich sein sollte: Die außerparlamentarische Arbeit soll der parlamentarischen zuarbeiten.

Notwendigkeit einer selbstkritischen Debatte

Als die LINKE gegründet wurde, gab es eine bescheidene Debatte, wie eine wie oben beschriebene Entwicklung der neuen Partei verhindert werden könne. Diese Debatte war nicht annähernd so groß wie sie mal in der jungen SPD oder – für die meisten Gründungsmitglieder der LINKEN noch unmittelbar erlebbar – bei den GRÜNEN war. Alle Vorschläge zur bewussten Kontrolle und auch Begrenzung der parlamentarischen Arbeit wurden mehrheitlich abgewimmelt. Die einen konnten mit der Debatte gar nichts anfangen, die anderen dachten, das richtige programmatische Bewusstsein würde ausreichen, um gegen den Anpassungsdruck anzukommen. Die klassische Entwicklung zu einem Zustand, in dem »die Mitglieder solcher Parteien gar nichts, die Vorstände wenig und die Fraktionen alles zu sagen haben«, haben zahlreiche linke Parteien durchlaufen. Für die SPD geschah dies bereits im Jahrzehnt 1902-1912. Für die ehemals linker und radikaler als die heutige LINKE auftretenden GRÜNEN lag das entscheidende Jahrzehnt ihrer strukturellen, wenig später dann auch programmatischen Änderung in den Jahren 1984-1994. Nicht die linken Parteien haben in allen diesen Fällen das Parlament verändert, sondern die Parlamente die linken Parteien.

DIE LINKE tut stattdessen so, dass diese, wie Karl Marx es nannte, »parlamentarische Idiotisierung«, oder dieser, wie es W.I. Lenin und Rosa Luxemburg bezeichneten, »parlamentarischer Kretinismus« sie nicht betreffe, dass sie – wie ich es etwas weniger behindertenfeindlich nenne – dieser »parlamentarischen Verblödung« gegenüber immun sei.

Doch der Reiz dieser Art von Stellvertreterpolitik hat Suchtpotenzial. Dem Parla-

mentarier und der Parlamentarierin werden mit dem ersten Tag im Parlament ein fiktives Schild umgehängt, auf dem steht »Ich bin wichtig«. Völlig unabhängig von den materiellen und besonders finanziellen Privilegien der hauptamtlichen Arbeit im Parlament wird eine Scheinautorität verliehen. Sie ist so verführerisch, dass in kürzester Zeit eine völlige Verkehrung der politischen Realitäten in der linken Partei Einzug erhält: Die parlamentarische Arbeit wird als angeblicher Höhepunkt des eigenen politischen Strebens angesehen. Selbst um den lächerlichsten Posten am Rande des Parlamentarismus wird in der Partei ein grotesker Konkurrenzkampf ausgefochten. Die eigentlichen Parteiämter sind stattdessen entweder uninteressant und können kaum besetzt werden, oder sie werden von den Parlamentarist*innen als Nebenamt, mit dem sich zusätzlich geschmückt werden kann, mit übernommen.

Die gefühlte Wichtigkeit führt zur scheinbaren »Professionalisierung«: Der oder die »parlamentarische Expertin« ist das neue Leitbild, mit akademischer Ausbildung, aber ansonsten unverbraucht für jeden noch so irrsinnigen Nebenstrang der parlamentarischen Arbeit. Das führt vor allem zu einem: Zu radikale Positionen werden abgewiegelt und selbst der billigste tagespolitische Scheinerfolg wird zu Gold aufgewertet.

Besonders fatal wirkt dabei im Übrigen die Arbeit in kommunalparlamentarischen Strukturen. Kreis- und Stadträte sind ja eine spezielle Mischung aus parlamentarischen Wahlgremien und der lokalen Exekutive. Letztere ist zwar komplett eingepfercht in einer rettungslosen Unterfinanzierung der Kommunen, dem absoluten Vorrang der EU-, Bundes- und Landespolitik und einer Allmacht der lokalen Verwaltungen, deren Tun und Wollen nur abgenickt werden darf, aber dennoch bleibt für die kommunalen Parlamentarier*innen der LINKEN immer die Möglichkeit, fast jeden Tag ein kleines »Erfolgserlebnis« aufzuweisen. Und sei es nur die verlängerte Grünphase einer Ampel. Das unterscheidet den – wie es früher

bei den GRÜNEN so treffend hieß – »kommunalen Gartenzweig« von den »großen« Parlamentarier*innen in Land und Bund: Es gibt keine bedeutenden materiellen Privilegien und Schätze, aber dafür den kleinen Erfolg als Bestätigung der eigenen Wichtigkeit.

Es ist kein Zufall, dass heute – nach drei Legislaturperioden der LINKEN im Bundestag – erneut eine kleine parteiinterne Debatte losgeht, wie diese fatale Entwicklung der Versumpfung im Parlamentarismus aufgehalten werden kann. Und um alle Vorbehalte auszuräumen: Ein Anti-Parlamentarismus, der sich in Nichtteilnahme bei den Wahlen ausdrückt, kann nicht die Alternative für eine linke Partei sein, die sich politisch auf allen Ebenen in den gesellschaftlichen Diskurs und in die gesellschaftlichen Kämpfe einmischen will. Aber es sollten in dieser Debatte unbedingt die Vorschläge wiederholt und aktualisiert werden,

die zur Begrenzung der Parlamentarisierung linker Politik bewährt und unerlässlich sind (Mandatszeitbegrenzung, Begrenzung Ämterhäufung etc., s. Instrumente).

Denn es gibt keinen anderen politischen Faktor, der so stark den Charakter der LINKEN als systemoppositionelle Kraft gefährdet wie dieser ungehinderte Marsch in den Parlamentarismus, der dazu dient, die Scheindemokratie im Kapitalismus aufrecht zu erhalten. Denn die parlamentarische Demokratie basiert auf individuellem Wahlrecht und macht buchstäblich vor den Betriebstoren und vor den allgemeinen Eigentumsverhältnissen halt. Die viel einflussreicheren kollektiven Klasseninteressen werden in einer solchen formalen Demokratie nicht oder nur verzerrt abgebildet. Das linke, sozialistische Modell einer Räte Demokratie versucht, dieses Defizit zu beheben. ■





STECKBRIEF : MICHEL BRANDT

Wie hat dich die Zeit im Bundestag als Menschen verändert?

Das ist für Außenstehende wahrscheinlich leichter zu beurteilen als für mich selbst. So eine Veränderung passiert ja eher schleichend. Ich wusste zwar vorher schon theoretisch, dass Politik im Parlament bedeutet, sich einem Dauerkonfliktverhältnis auszusetzen. Was das aber mit einem macht, ist kaum planbar. Ich merke, dass es Anstrengung bedeutet, sich nicht durch diese Erfahrung abzukapseln, offen zu bleiben und nicht den Spaß an der Sache zu verlieren. Es tut mir weh zu sehen, wie viele sich im Laufe der Zeit selbst verlieren. Umso mehr glaube ich, dass Mandatszeitbegrenzung nicht nur die eigene Partei schützt, sondern auch die Menschen, die sie ins Parlament schickt. Ich denke dabei oft an das Zitat von Rosa Luxemburg: »*Sieh, dass du*

Mensch bleibst. Mensch sein ist von allem die Hauptsache. Und das heißt fest und klar und heiter sein; ja heiter, trotz alledem.«

Mit welchem Revolutionär würdest du mal über welches Thema reden?

Mit Rosa Luxemburg über ihr Zitat und ihren Blick auf die Funktion einer linken Partei im bürgerlichen Staat. Oder konkret, wohin mit der LINKEN?

Was ist dein Mittel, um am Boden zu bleiben?

Familie und Freund*innen gehen vor! Enger Kontakt zu Genoss*innen, Bewegungen und konkrete Projekte vor Ort.

Wie hast du deine Rolle im Bundestag genutzt, damit es eine Bühne für Bewegungen sein kann?

Mein Team und ich versuchten, nicht nur ansprechbar zu sein, sondern ein Stückweit auch Dienstleister für Bewegungen. Das heißt, eigene Interessen oder auch mal vermeintliche »parlamentarische Notwendigkeiten« hintenanzustellen und Prioritäten anders zu setzen. Wenn gewünscht, bin ich als parlamentarischer Beobachter bei Aktionen der Klimagerechtigkeitsbewegung, antifaschistischen Protesten oder Demonstrationen von Kurd*innen dabei gewesen. Außerdem gehörten für mich die Weitergabe von Ressourcen, ein offenes Wahlkreisbüro für Initiativen und Bewegungen und aktive Mitarbeit in den Bündnissen vor Ort dazu. Anstatt es im Wahlkreis bei Vorträgen und Infoveranstaltungen zu belassen, versuchen wir durch Workshops politische Selbstermächtigung und praktisches Handeln zu forcieren. ■

Parlamentsarbeit unter Bäumen

- Eine Anleitung in vier Schritten anhand der Auseinandersetzung der hessischen Linksfraktion um den Dannenröder Forst

VON TIM DREYER

*Hessens grüner Vize-Ministerpräsident Tarek Al-Wazir möchte keine Verantwortung für die Rodung des Dannenröder Forst (kurz Danni) übernehmen. Die Klimabewegung sieht das anders: Mit der Waldbesetzung gegen den Weiterbau der A49 fordert sie ein Ende klimaschädlicher Politik von den Regierungsparteien in Hessen genauso wie auf Bundesebene ein. Die LINKE hat diesen Kampf von Anfang an unterstützt und parlamentarische Beobachter*innen haben die Räumungs- und Rodungsphase ab dem 1. Oktober 2020 begleitet. Wie dies ablief und mit welchen Problemen wir konfrontiert waren, möchte ich in vier kurzen Schritten vorstellen.*

Vertrauen und Teil der Bewegung

Für uns startete die Auseinandersetzung um den Danni lange vor dem Rodungsstart. Im Zuge der ersten Waldbesetzung im Sommer 2019 begannen die Abgeordneten und Mitglieder der umliegenden Kreisverbände die Waldbesetzer*innen mit Besuchen und Sachspenden zu unterstützen und sich regelmäßig an den Mahnwachen zu beteiligen. Viele von ihnen waren selbst seit Jahrzehnten in den Bürger*inneninitiativen (BIs) gegen den Ausbau der A49 aktiv. Ein Höhepunkt war die öffentliche Fraktionssitzung der Landtagsfraktion in einem »Barrio« (Baumhausdorf) im Danni. An dieser Sitzung nahmen alle Abgeordneten, deren Mitarbeiter*innen sowie Medienvertreter*innen und Parteimitglieder teil. Wir tauschten uns mit Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen der BIs und den Waldbesetzer*innen über den Danni, den geplanten Ausbau der A49 und den Protest aus. So entwickelte sich schon früh ein Vertrauensverhältnis zwischen

uns und den Waldbesetzer*innen sowie Vertreter*innen des bürgerlichen Protests. Nach und nach wurden wir so als Teil der Bewegung wahrgenommen.

Parlamentarische Beobachtung im Wald

An etwa 40 der 50 Räumungstage beobachteten wir den Polizeieinsatz und begleiteten ihn kritisch. Das bedeutete, dass an diesen Tagen mindestens eine LINKEN-Abgeordnete aus dem Landtag, Bundestag oder Europaparlament gemeinsam mit Mitarbeiter*innen im Wald anwesend war. Häufig waren aber mehrere Abgeordnete und Mitarbeiter*innen vor Ort, so dass wir in mehreren Teams das vielfältige Einsatzgeschehen begleiten konnten.

Um diese Arbeit zu stemmen, bildeten wir eine interfraktionelle Arbeitsgruppe mit Abgeordneten und Mitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion. Diese AG stimmte im Herbst und Winter regelmäßig ihre nächsten Schritte und über das gemeinsame Vorgehen ab. Darüber hinaus wurde die bisherige Arbeit reflektiert.

Als parlamentarische Beobachter*innen war es uns möglich, in den Rodungsbereich und in die von der Polizei abgeriegelten Gebiete zu gelangen. Immer wieder versuchten wir Situationen zu deeskalieren, zwischen Polizei und Aktivist*innen zu vermitteln, Journalist*innen bei der Wahrnehmung der Pressefreiheit zu unterstützen und Grundrechte durchzusetzen. Wir standen im engen Austausch mit dem Ermittlungsausschuss, der den Polizeieinsatz von Seiten der Aktivist*innen in Rechtsangelegenheiten begleitete sowie mit Sanitär*innen und Ärzt*innen des Protestcamps in Dannenrod. Des weiteren hinaus haben wir den

Aktivist*innen angeboten, Berichte über Polizeigewalt zu sammeln, um diese im Innenausschuss des Landtags thematisieren zu können. Wir erhielten über zwei Dutzend Erfahrungsberichte, die wir auswerteten und in einen Berichtsantrag an den hessischen Innenminister verwandelten. Zusätzlich bündelten wir unsere Beobachtungen und Einschätzungen zum Polizeieinsatz in einen Abschlussbericht, den wir nach Beendigung des Räumungseinsatzes veröffentlichten.

Parlamentarische Initiativen

Flankierend zu unserer Arbeit im Danni brachten wir das Thema über mehrere Anträge auf die Tagesordnung des Landtags. Am 1. Oktober 2020 forderten wir die schwarz-grüne Landesregierung in einem Antrag auf, ein sofortiges Rodungs-Moratorium zu verhängen, um eine Neubewertung des Bauprojekts auf der Bundesebene zu ermöglichen. Der Antrag wurde, wie zu erwarten, von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Dies brachte die Grünen in ziemliche Erklärungsnot. Über geschickte und provokante Social-Media-Arbeit gelang es uns, das Abstimmungsverhalten der Grünen und ihren »Verrat« zum bundesweiten Politikum werden zu lassen.

Als im Spätherbst die Region um den Danni zum Corona-Hochrisikogebiet erklärt wurde, forderten wir erneut einen Rodungsstopp. Unterstützt wurden wir dabei von der Gewerkschaft der Polizei, die sich um die Gesundheit

der Einsatzkräfte sorgte.

Zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit

Auch außerhalb des Parlaments warben wir für Alternativen zum Weiterbau der A49. Wir entwarfen einen Flyer, der diese Alternativen skizzierte, und ließen ihn den mittelhessischen Zeitungen beilegen. Zusätzlich schalteten wir einige Zeitungsanzeigen. Mehrere Bundestags- und Landtagsabgeordnete warben im Herbst während einer Aktionstour durch die Region für die Reaktivierung einer regionalen Bahntrasse.

Mit zunehmender Dauer des Polizeieinsatzes überzog die Berichterstattung über Gewalt, Verletzte und die vermeintliche Militanz der Waldbesetzer*innen. Gegenüber der Presse und bei Plenarreden haben wir versucht den Fokus vom Gewaltdiskurs wegzulenken und stattdessen die Inhalte des Protestes, wie die Verkehrs- und Klimapolitik, in den Vordergrund zu rücken.

Fraktion, Bürger*inneninitiativen, autonome Waldbesetzung – Ein Spannungsfeld

Im Danni kam es zu einem solidarischen Schulterschluss zwischen großen Nichtregierungsorganisationen, kleinen BIs, Parteien und radikalen Aktivist*innen. Ein solch breites Bündnis lebt nicht ohne gewisse Spannungen und Widersprüche in Auftritt, Strategie und Kommunikation. Auch eine Parlamentsfraktion muss lernen mit diesen Widersprüchen umzu-



gehen. So mussten wir uns immer wieder die Frage stellen, was unsere Rolle als Fraktion in der Auseinandersetzung um den Danni ist und wie viel Nähe bzw. Distanz zu gewissen Aktionsformen angebracht ist. Ein krasses Beispiel hierfür sind sicherlich die Abseilaktionen von Autobahnbrücken, in deren räumlichen Zusammenhang es zu einem schweren Verkehrsunfall kam. Auch stießen wir immer wieder auf Differenzen zwischen dem politischen Alltagsverständnis der uns zugeneigten bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft und der politischen Praxis der autonomen Waldbesetzer*innen. Ein solches Spannungsfeld lässt sich nicht einfach auflösen und wurde von uns individuell sehr unterschiedlich beantwortet. Wichtig war uns dabei, eine gewisse Toleranz für die Sichtweisen der jeweils anderen Genoss*innen zu entwickeln und eine leicht unterschiedliche Akzentuierung in der Kommunikation nach außen zu akzeptieren. Dem Grundsatz »das eine tun, ohne das andere zu lassen« folgend, haben wir versucht, möglichst breite gesellschaftliche Teile anzusprechen, mitzunehmen und uns solidarisch mit den vielfältigen Formen des Protestes zu zeigen.

Ausblick

Auch wenn die Schneise durch den Danni gerodet ist, ist die Auseinandersetzung um die A49 noch nicht vorbei. Die Aktivist*innen und Bürger*inneninitiativen haben angekündigt, den Weiterbau weiterhin mit Protestaktionen zu begleiten und stoppen zu wollen. Auch eine zweite geplante Autobahn bei Kassel ist in den Fokus der regionalen Klimabewegung gerückt und könnte der nächste »Danni« werden. Nach dem Kohleausstieg entwickelt sich nun die Verkehrswende zum Hauptaktionsfeld der Klimagerechtigkeitsbewegung. Mit den Erfahrungen aus dem Danni und unseren neu geknüpften Kontakten, sind wir gut vorbereitet und entschlossen den Kampf für die sozial-ökologische Verkehrswende auch weiterhin solidarisch zu begleiten und als aktiver Teil der Bewegung zu agieren. ■



**STECKBRIEF :
NIEMA MOVASSAT**

LESETIPP:

»SICHERHEIT VOR SCHNELLIGKEIT« – EINE ZWEIFELHAFTE LOSUNG.

Parlamentarische Beobachtungen des Polizeieinsatzes zur Durchsetzung der Rodungsarbeiten zum Weiterbau der A49. Ein Bericht hessischer Abgeordneter und Mitarbeiter*innen der LINKEN in Bundestag und Landtag.

www.linksfraktion-hessen.de/aktuelles/detail/news/sicherheit-vor-schnelligkeit-eine-zweifelhafte-losung/#-1

Wie hat dich die Zeit im Bundestag als Menschen verändert?

Zum einen würde ich sagen, dass ich verantwortungsbewusster geworden bin – weil ich in vielerlei Hinsicht Verantwortung übernehmen musste: für bestimmte Themen, die ich inhaltlich bearbeite, für Mitarbeiter*innen. Zudem bin ich ernster geworden und bei der Bearbeitung von inhaltlichen Themen gründlicher. Auf der Negativseite würde ich sagen, dass man als Abgeordneter jeden Tag mit einer Vielzahl von Problemen und menschlichen Schicksalen konfrontiert ist. Man stumpft dadurch ein Stück weit ab, versucht Sachen nicht mehr so nah an sich heranzulassen. Umso wichtiger ist es, nicht ein Leben lang im Parlament zu sein. Auch deshalb habe ich entschieden, 2021 nicht erneut zu kandidieren.

Mit welchem Revolutionär würdest du mal über welches Thema reden?

Thomas Sankara. Er war von 1983 bis 1987 Präsident von Burkina Faso und sozialistischer Revolutionär. In seiner kurzen Amtszeit erreichte er zahlreiche Verbesserungen: Innerhalb von zwei Wochen wurden zwei Millionen Burkiner geimpft, aus einem Hungerland machte er ein Land, das mehr Nahrung produzierte als es benötigte und er ließ Gebiete am Rande der Wüste begrünen. Das Ziel war die Ausbreitung der Wüste und damit den Verlust fruchtbarer Landes zu verhindern. Er zeigte: auch in einem bitterarmen Land sind entscheidende Verbesserungen möglich, wenn man mit dem neoliberalen Wirtschaftsmodell bricht. Ich würde gerne mit Sankara darüber reden, wie genau wir die neokoloniale Ausbeutung Afrikas beenden können, wie wir den Kapitalismus weltweit überwinden

können und welche Rolle hierbei die Länder des globalen Südens als Bündnispartner spielen könnten.

Was ist dein Mittel, um am Boden zu bleiben?

Viele Gespräche und viel Zeit mit Familie, Freunden und Genoss*innen und Bürger*innen verbringen und so wenig wie möglich in der Politikblase des Bundestages abhängen. Vor allem Diskussionen und der Austausch mit Genoss*innen an der Basis, die ehrenamtlich aktiv sind, helfen dabei politische Fragestellungen zu verstehen. Sie sind es nämlich, die in ihrem Alltag, also in den Betrieben, im Sportverein, in der Schule oder in der Nachbarschaft unsere Positionen erklären und begründen müssen. Ihre Erfahrungen und Perspektiven zu kennen, sind entscheidend, um im Parlament nicht die Bodenhaftung zu verlieren.

Wie nutzt man ein Mandat, um eine Gegenmacht aufzubauen?

Erstens, indem man progressive Forderungen aus der Gesellschaft in das Parlament trägt. Dies ist umso wirksamer, je stärker gesellschaftliche Bewegungen sind. Zweitens, indem man als Abgeordneter präsent ist in Bewegungen und auf der Straße. Letztendlich geht es ja darum, als Abgeordneter die stellvertretende Haltung abzulegen und stattdessen denjenigen eine Stimme zu geben, die im Sinne einer solidarischen Gesellschaft selbst aktiv werden wollen und ihr Engagement zu befördern. Die Welt wird ja ursächlich nicht durch Parlamentsbeschlüsse verändert, sondern in den realen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft. ■

Von der Kommune zum Kommunismus?

- Das Parlament von unten denken

VON VIOLETTA BOCK

Manche halten Kommunalpolitik ja für Gartenzwergpolitik, bei der es nicht viel zu gewinnen gibt und die Durchsetzung des Zebrastrreifens vor Ort zur Bestätigung dient. Und ja, die Gefahr besteht, sich im Kleinklein zu verlieren und der parlamentarische Sog wirkt auch schon dort, zwar anders, aber mit unerbittlicher Konsequenz. Andererseits hat sozialistische Kommunalpolitik eben doch den Charme, dass sie - ganz anders als so manche Vorlagen im Bundestag - direkt im Alltag vor Ort und damit an der Basis ansetzt. Ich verteidige daher den Gartenzweig. Nicht des Gartenzweigs wegen, sondern weil sich auf kommunaler Ebene die Erfahrung etwas kollektiv durchzusetzen und sich zusammen zu schließen, gut organisieren lässt. Dafür kann sogar das Kommunalparlament hilfreich sein. Das A und O bleibt mit den Leuten außerhalb des Parlaments Politik zu machen und den Zugang zu Gremien auf verschiedene Art für diese Arbeit zu nutzen.

Dienen: Mal eben Anfragen stellen oder das Anliegen von Initiativen in Anträgen im Rathaus zum Thema machen, Einladungen und Informationen weitergeben, Reden von Initiativen vorlesen, die sonst kein Rederecht hätten - all das sind Dinge, die die Welt nicht verändern, aber die Arbeit von Initiativen enorm bestärken können. Das funktioniert natürlich nur in dem Maße, in dem wir verankert, also Teil von außerparlamentarischen Initiativen im Betrieb oder im Stadtteil sind.

Teil sein: Als Fraktion sind wir bei kommunalen Themen oft erster Anlaufpunkt. Spannend wird es, wenn es uns gelingt, ein gutes, regelmäßiges und bewusstes Wechselspiel zwischen Akteur*innen in- und außerhalb des Parlaments zu orchestrieren. In Kassel ging es 2019 etwa darum, das Ziel der Klimaneutralität 2030

festzuschreiben. Ohne Druck hätte das nicht funktioniert. Mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen, vor allem aus der Klimagerechtigkeitsbewegung stellten ein Ultimatum an die Stadt. Als LINKE übernahmen wir die Forderungen (2030, messbare Zwischenziele für die verschiedenen Sektoren, Einrichtung eines Klimaschutzrates) eins zu eins in einen Antrag. Eine Mehrheit gab es dafür natürlich (noch) nicht, aber eine linke Planke konnte gesetzt werden, das Band der Akteure war geknüpft. Die Mehrheitskoalition bereitete daraufhin einen gemeinsamen Antrag vor, der in die Richtung wies, aber in vielen Punkten noch sehr blumig und beliebig war. Nach großer Mobilisierung und einem Klimakrisengespräch, indem die Bewegung die Fraktionen konfrontierte, wurde erneut nachgebessert und im August 2019 schließlich beschlossen, die Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen. Natürlich geht es seitdem darum, eine wirkliche Umsetzung durchzusetzen, aber die Ansprüche waren nun formuliert, Referenzpunkte gesetzt.

Aufbauen: Für linke Klassenpolitik reicht es nicht dorthin zu gehen, wo Bewegung schon stattfindet und ihr eine Stimme im Parlament zu geben. Wichtiger ist dorthin zu gehen, wo es brodelt oder brodeln könnte und zu helfen, den nächsten Schritt zu gehen. Wir lesen in der Zeitung von Mieterhöhungen oder hören von Nachbarn von hohen Nebenkostenabrechnungen? Einfach mal an der Haustür klingeln und gemeinsam eine Mieterversammlung organisieren. In Kassel haben wir durch solches Vorgehen in verschiedenen Themenfeldern mehrfach positive Erfahrungen gesammelt. Dann wieder: Dienlich sein, aber nicht als Stellvertreter*in vor der Tür zu stehen, sondern Unterstützung anzubieten beim Zusammentrommeln der Nachbarschaft und dem Entwickeln

der nächsten strategischen Schritte.

Auf kommunaler Ebene gilt es deutlich zu machen, welchen Spielraum es gibt, und den gibt es immer, wenn es um Stadtentwicklung, Klima- und Verkehrspolitik geht. Zu einfach ist es für Stadtregierungen, genau diesen zu leugnen. Gegen parlamentarischen Anpassungsdruck helfen auch hier Rotation, Mandatszeitbegrenzung, wechselnde persönliche Arbeitsfelder und die Erdung in Stadtteil oder Betrieb. Ja, Gefahr besteht dennoch im Kleinen stecken zu bleiben. Die kommunale Ebene ermöglicht aber ebenso das Große im Kleinen zu denken und dabei stets bewusst die Hoffnung auf das große Ganze zu schüren. Wenn es gut

läuft, dann entstehen bundesweite Netzwerke wie die Bewegung für sichere Häfen, dem ICAN-Städteappell für ein Atomwaffenverbot oder dem Bekenntnis zum Klimanotstand. Aus einer sozialistischen Perspektive geht es auf kommunaler Ebene darum, Raum zurückzuerobern und vor Ort die Linke zu verankern. Es gibt eben keine Abkürzungen und Revolution macht man nicht allein und nicht, ohne vor Ort den Zebrastrifen durchzusetzen. ■

Violetta Bock ist seit 2016 Stadtverordnete in Kassel.

Instrumente gegen die Verparlamentarisierung

Dass die Arbeit in Institutionen, mit Mandaten oder in der Hauptamtlichkeit, einen Einfluss auf Personen und ihr Handeln haben kann, ist keine neue Erkenntnis. Man kann sich davon nicht einfach frei machen. Das zu glauben, verstärkt wohl eher die Tendenz. Das Sein bestimmt eben das Bewusstsein. Es einfach sein zu lassen, ist jedoch auch keine Lösung. So sind hauptamtliche Kräfte und Sitze im Parlament doch zugleich eine Errungenschaft vergangener Kämpfe und können die kommenden erleichtern. Die Frage ist also die nach dem Umgang damit und da können wir auf eine lange Diskussion in der Arbeiter*innenbewegung zurückblicken. Es gibt verschiedene Mechanismen und Mittel, die international bei linken Parteien zum Selbstverständnis gehören. Dazu gehören harte Maßnahmen, wie etwa Mandatszeitbegrenzung oder die Begrenzung des Abgeordnetenlohns, und es gibt weichere. So könnten Abgeordnetenbüros viel öfter als soziale Zentren genutzt werden, die fortschrittlichen Bewegungen die Arbeit erleichtern. Alles also ein alter Hut? Wir denken nicht. Und damit in die Diskussion, wie wir der Partei DIE LINKE die Verparlamentarisierung austreiben, viele einsteigen können, stellen wir auf den folgenden Seiten ein paar dieser Instrumente vor. Die Sammlung ist Ergebnis von Workshops, etwa von Raul Zelik beim Ratschlag der

Bewegungslinken 2019, Recherche und immer wieder genannten Argumenten in Diskussionen. Was ist mit dem Instrument überhaupt gemeint? Wo findet es Anwendung? Wie sieht es in der LINKEN aus? Was spricht dafür oder auch dagegen?

Die Selbstverpflichtung: Die Selbstverpflichtung ist wohl eins der weichsten Instrumente, bei der mögliche Mandatsträger*innen sich vor oder bei Antritt verpflichten, ihr Mandat auf eine bestimmte Art auszuführen. Das kann sowohl inhaltliche Punkte betreffen (keine Zustimmung zu Lohndumping), Fragen der Arbeitsweise als auch den Umgang etwa mit Mandatsgeldern. Ebenso kann eine Selbstverpflichtung als Voraussetzung für eine Unterstützung bei der Aufstellung für eine Liste dienen.

Pro: *Sie sind gut als kritischer Leitfaden, an dem sich Vertreter*innen immer wieder messen (lassen) können.*

Contra: *Die Überprüfung ist oft schwierig und sie hat keinen bindenden Charakter. Sie bezieht sich außerdem oft nur auf die Abgeordneten, ohne die Strukturen in den Blick zu nehmen, wie Mandatsträger*innen kollektiv eingebettet werden. Zwei Beispiele der lokalen Ebene findet*

*ih*r am Ende des Artikels. In der Bewegungslin-
ken haben wir einen Entwurf entwickelt, den ihr
ebenfalls im Anhang findet.

Öffnet die Parteibüros dient dazu, Infrastru-
ktur zu kollektivieren und Büros in soziale Zen-
tren zu verwandeln, die nicht nur von Abgeord-
neten und Mitarbeiter*innen genutzt werden,
sondern in denen sich auch Initiativen treffen,
Feste stattfinden und Material gelagert wer-
den kann. In der LINKEN gibt es dafür bereits
einige positive Beispiele. An vielen Orten orga-
nisiert die LINKE die Rechts- und Sozialsprech-
stunden und ist Anlaufpunkt für konkrete Hilfe
im Alltag, an anderen sind die Büros offen für
Initiativen und kulturelle Veranstaltungen, an
manchen sind sie noch verschlossen und ha-
ben eher das Erscheinungsbild steriler Büros.
Es war Teil etwa der Strategie der niederlän-
dischen SP (Socialistische Partij), Immobilien
zu erwerben, um flächendeckend mit Stütz-
punkten präsent und eingreiffähig zu sein.
Durch das Angebot juristischer Beratungen,
hilft man nicht nur, sondern ist auch in direk-
tem Kontakt zu Betroffenen und der derzeitigen
Praxis von Behörden. Die Öffnung der Partei-
büros ist weniger formal, sondern kulturell
bedingt und erfordert, wo noch nicht vorhan-
den, das Durchbrechen von Routinen.

Pro: *Eigene Angebote zur Unterstützung im
Alltag haben einen praktischen Nutzwert und
lassen die Büros zu Anlaufpunkten bei Sorgen
und Nöten werden. Aber nicht nur als Kümme-
rer braucht man Infrastruktur, sondern auch die
Bewegung braucht Infrastruktur. Es ist nicht nur
für die Verankerung der LINKEN vor Ort gut,
sondern auch für Initiativen gewinnbringend,
wenn viele mit Schlüsseln niedrigschwellig
Zugang zu Räumlichkeiten haben. Parteibüros ha-
ben zudem den Vorteil der Stabilität und sind
als Parteistruktur unangreifbarer und damit in
manchen Situationen als Schutzort von Vorteil.
Offene Parteibüros können so verbindende Orte
werden, die bei Erdung und Vernetzung helfen.*

Contra: *Es birgt die Gefahr, Abhängigkeiten zu
schaffen, von der Partei und von Abgeordneten.
Um die Abhängigkeit von einzelnen Abgeord-
neten zu begrenzen, sind klare und dauerhafte
Regelungen wichtig.*

Öffnet die Listen bedeutet das bewusste
Suchen und Anbieten von Plätzen auf der Par-
teiliste für Gewerkschafts-, Bewegungsaktive
oder sonstig verankerte Personen, ohne dies
von einer Parteimitgliedschaft abhängig zu
machen. Auch in der LINKEN wird dies bis heu-
te, wenn auch vereinzelt, praktiziert. Ein be-
kannteres Beispiel ist etwa »Gysis bunte Trup-
pe« aus dem Jahr 1994 noch zu PDS-Zeiten.
Auch auf kommunaler Ebene gibt es zahlreiche
Beispiele. Die Münchner Stadtratsfraktion hat
2020 etwa eine Liste von Akteuren zusamen-
gestellt, die je für eine Bewegung standen. Na-
türlich sollte - aus Sicht der Bewegungslin-
ken - auch für Parteimitglieder auf Listen gelten,
dass sie in Bewegungen aktiv sind und dort
auch nach Übernahme eines Mandats ihren
Schwerpunkt belassen. Die Öffnung der Listen
ist kein Selbstläufer. Sie setzt voraus, dass po-
litisch entschieden wird und nicht zuerst Plät-
ze intern verteilt, Nachfolgen bereits geregelt
werden, um die immer gleichen Machtcliquen
abzusichern. Eine Möglichkeit, um die Veran-
kerung außerparlamentarisch (und außerhalb
der Partei) abzusichern, ist die Voraussetzung
der Einreichung von Stützunterschriften. Dies
wurde etwa bei der SP in den Niederlanden
praktiziert. Für eine Kandidatur muss man
demnach nicht nur eine Bewerbung schreiben
und sich selbst präsentieren, sondern andere
geben eine Referenz.

»DIE ÖFFNUNG DER LISTEN IST KEIN SELBSTLÄUFER.«

Pro: *Mit der Öffnung von Listen hat man eine
wesentlich größere Auswahl gute Leute aufzu-
stellen, die z.B. fachlich Expertise mitbringen.
Wenn Parteilose auf einer Liste kandidieren,
verleihen sie der Liste insgesamt Glaubwürdig-
keit. Sie zeigen, dass es nicht nur um Posten
geht und bringen ihren Einflusskreis mit. Liegt
der politische Schwerpunkt bereits in einem an-*

Pro: Gezielte Regelübertritte zeigen, dass wir diesen Staat und seine Regeln nicht akzeptieren, etwa wenn es um illegitime Kriegsangriffe geht. Jenseits der Aufmerksamkeit haben sie rebellischen Vorbildcharakter und helfen dagegen anzugehen, von anderen im Parlament akzeptiert werden zu wollen. Es hilft bei der Grundhaltung, nicht zu den Etablierten zu werden. Symbolische Aktionen sind bei politischer Arbeit seit jeher und überall von Bedeutung.

Contra: Bei manchen Themen macht es wenig Sinn, wenn die Fraktion nicht geschlossen agiert. Es erfordert ein Vertrauen und gute Absprache innerhalb der Fraktion, damit die Aktion nachher von allen verteidigt wird. Es muss angemessen und kreativ sein, um ohne lange Erklärung verstanden zu werden.

Bürger*innenversammlungen bzw. Vollversammlungen ermöglichen die Rückkopplung und Einbeziehung zu allgemeinen oder konkreten Fragen. Im Baskenland wird dies vielfach genutzt, die dänische Enhedslisten beziehen regelmäßig bewusst Expert*innen von außen ein, um Raum für kritisches Fragepotential zu öffnen. Um tatsächlich repräsentativ sein zu können, müssen solche Versammlungen offen und inklusiv organisiert werden. Zu bestimmten Fragen können sie auch einen bindenden Charakter erhalten. In Katalonien etwa wurde die Grundsatzentscheidung zur Koalition in einer Vollversammlung mit 3.000 Teilnehmer*innen getroffen und sicherte so die Unterordnung der Fraktion unter die Partei.

Pro: Öffentliche Versammlungen geben Entscheidungen ins Kollektiv zurück und schaffen Transparenz. Sie können helfen die Relevanz von Themen zu bestimmen, Raum für Rechenschaft zu schaffen, gemeinsame Strategien zu besprechen und Entscheidungen zu treffen oder zur Diskussion zu stellen. Gerade auf kommunaler Ebene sind sie ein bewährtes Mittel zu konkreten Fragen.

Contra: Nicht jede Frage ist für alle relevant und oft besteht auch kein Interesse an zu viel Information. Sie sind aufwendig zu organisieren. Im Baskenland hat man die Erfahrung gemacht, dass es nur funktioniert Entscheidungen auf Sympathisant*innen- oder Bürger*innen-

versammlungen zur Diskussion zu stellen, wenn die Treffen nicht zu häufig stattfinden.

Kollektives Mandat bezeichnet die Wahrnehmung eines Mandats gemeinsam mit anderen. Das Ziel besteht sowohl darin, eine enge Rückkopplung herzustellen, als auch abzusichern, dass Wissen nicht verloren geht und Übergänge vorbereitet werden, statt sich auf einzelne Personen zu fixieren. Offiziell ist dies bei Abgeordnetenmandaten zwar nicht möglich, kann jedoch organisiert werden in enger Abstimmung und mit klaren Festlegungen und Verbindlichkeiten. Das Kollektiv kann unterschiedlich ausgestaltet werden (Büro plus Abgeordnete*r, Abgeordnete*r und festgelegter Kreis an (Nicht-)Parteimitgliedern). Ein Beispiel findet sich etwa bei der PSOL (Partido Socialismo e Liberdade) in Brasilien, wo kollektive, offene und populäre Mandate umgesetzt wurden, die sowohl mehrere Mandatsträger*innen auf verschiedenen politischen Ebenen als auch Bewegungsaktive einbezogen. Sie legen dabei sowohl Büros als auch Teams zusammen, statt um einzelne Abgeordnete viele Ressourcen zu gruppieren. In manchen Fällen hatten offizielle Kandidat*innen aber auch offizielle Co-Kandidat*innen. In Katalonien gibt es nicht offizielle kollektive Mandate, aber gemeinsame Gremien von Abgeordneten und Partei zur Festlegung des Abstimmungsverhaltens in strittigen Fragen.

Pro: Als gemeinsames Gremium von Partei und Abgeordneten sichert es eine enge Rückkopplung. Allein als Abgeordnete ist es schwierig, sich Anpassungsdruck zu erwehren, ein kollektives Mandat verteilt die Verantwortung und sichert ab, so dass Mandatsträger*innen nicht allein gelassen werden. Durch die Einbindung von bis zu 100 Aktivist*innen wie in Brasilien können unterschiedlichste Erfahrungen einbezogen werden. Ebenso wird Wissen breit verteilt, wodurch die Abhängigkeit von einzelnen abnimmt und Nachfolgen direkt vorbereitet werden können.

Contra: Die Entscheidungsprozesse sind herausfordernd zu organisieren und die Vielzahl an Akteur*innen verringert das Tempo nach außen. Durch die Breite kann auch Klarheit verloren gehen. Eine Herausforderung ist auch die Stabi-

lität der »Co-Abgeordneten« zu gewährleisten.

Rotation bezeichnet die Festlegung eines Wechsels nach einem festen Turnus. In der LINKEN gilt etwa für alle Parteiämter, inklusive der Parteivorsitzenden, eine empfohlene maximale Amtszeit von acht Jahren. Für Parlamentsabgeordnete gibt es keine solche Regelung. Das Rotationsprinzip gehört zu einem der ältesten Prinzipien vieler linker Parteien oder auch Gewerkschaften international. Damit Wissen nicht verloren geht, muss es sozialisiert werden durch Arbeitsgruppen oder Kollektive. Bei der Einheitsliste in Dänemark sind Parteiführung, Abgeordnete, Bürgermeister*innen, Geschäftsführer*innen und Angestellte einer Rotation nach maximal 7 Jahren unterworfen, in der Realität orientiert sich die Rotation eher an den Wahlzyklen.

Pro: *Durch die nicht personenfixierte Festlegung muss man niemanden abwählen und ein Wechsel wird garantiert. Dadurch wird es notwendig, immer auch Nachfolgen im Blick zu behalten und einzuarbeiten, statt als Konkurrenz zu sehen. Es verhindert das Festfahren in Routinen und sichert einen immer wieder neuen Blick auf Prozesse und Abläufe, statt in Expertentum zu verfallen. Es sichert »Bewegung im Parlament«, statt das Parlament als Profession und Berufsperspektive zu betrachten. Es erfordert, dass Abgeordnete berufliche Alternativen außerhalb des Parlaments im Blick behalten, wodurch sie innerhalb des Parlamentsbetriebs weniger erpressbar sind.*

Contra: *Solange es nicht für eine gesamte Partei gilt, besteht die Gefahr, dass die »Guten« sich selbst rauskegeln, während andere fest ihre Sitze behalten und ihre Machtstrukturen weiter verfestigen. Eine abgestufte Form ist daher auch Rotation nicht individuell sondern als kollektives Ziel für die Gesamtorganisation zu verfolgen. Nach der Wahrnehmung eines Mandats bei einer linken Partei, können Berufschancen danach schlechter sein. Manche haben gar keine, weil sie direkt Politik zum Beruf gemacht haben. Wissen und Expertise kann verloren gehen, auch die Übergabe von Netzwerken gestaltet sich nicht immer einfach.*

Transparente Finanzen. Bei der LINKEN ist in der Satzung festgelegt, dass sie keine Unternehmensspenden annimmt. Umso mehr finanziert sie sich durch Spenden und Abgaben der Mandatsträger*innen. Ein Abgeordnetenmandat ist vor allem ab Landesebene aufwärts mit enormen Ressourcen verbunden. Hinzu kommen oft nicht unerhebliche Nebenverdienste, ab 1.000 Euro im Monat oder 10.000 Euro im Jahr müssen sie laut Gesetz veröffentlicht werden. Die transparente Aufführung der Finanzen gibt Auskunft, für welche Zwecke sie verwendet wurden. Die meisten Bundestagsabgeordneten der LINKEN listen auf ihren jeweiligen Internetseiten einen allgemeinen Überblick über ihre monatlichen Einnahmen und Spenden an die LINKE und Vereine auf.

Pro: *Es ist eine Art, Rechenschaft abzulegen und wirkt dem Bild entgegen, dass sich alle Politiker*innen nur die Taschen voll machen. Eine Rechenschaft innerhalb der Mitgliedschaft kann dazu beitragen, kollektiv zu beraten, welche Projekte durch die/den »entsandte*n« Abgeordnete*n gefördert werden, statt es nur individuellen Entscheidungen zu überlassen.*

Contra: *Oft sehr unverbindliche Regelungen. Die Aufführung aller Spenden an Vereine und Initiativen ist aufwändig und kostet Zeit.*

Mandatsträger*innenabgabe bezeichnet die Regelung zur Abgabe eines Teils der Diäten. Da das Sein das Bewusstsein bestimmt, ist der Umgang mit diesen materiellen Bedingungen ein Angelpunkt in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Parlamentarismus. Der Partei und ihren Mitgliedern ist es zu verdanken, wenn Sitze in Parlamenten und die damit verbundenen Privilegien errungen werden. Die Mandatsträger*innenabgabe ist international eins der gängigsten Mittel, um einerseits der Partei die Ressourcen zurückzugeben, die durch ihre Organisation an einzelne fließt und andererseits zu verhindern, dass die Lebensrealität von Abgeordneten zu sehr von dem der Basis abhebt. Sie erschwert die Konzentration auf eine persönliche Profilierung. Laut dem Prinzip des »freien Mandats« darf es in Deutschland keine verbindliche Regelung zur Abgabe geben. Möglich ist es über Selbstverpflichtungserklärungen als Voraussetzung bei

der Aufstellung von Kandidat*innen. Dies erfolgt über die aufzustellende Einheit, also etwa auf kommunaler Ebene oder beim Bundestag über den Landesverband. Von der Abgeordnetendiät im Bundestag in Höhe von rund 10.000 Euro (ohne (Büro-)Kostenpauschale) spenden die MdBs etwa 1.400 Euro an die Bundespartei und 230 Euro an den Verein der Bundestagsfraktion. Alles weitere erfolgt über Freiwilligkeit. Im Baskenland und in Katalonien wird alles über 1.600-1.800 Euro Monatsgehalt (bei 14 Gehältern) an die Partei abgeführt. Wer für die Einheitsliste in Dänemark im Parlament sitzt, erhält den Durchschnittsverdienst eines Metallbeschäftigten in Kopenhagen, alles darüber wird an die Partei abgeführt. Die niederländische SP (Socialistische Partij) drehte das Prinzip um: Die Diäten fallen zuerst an die Partei, die den Parlamentarier*innen dann ein niederländisches Durchschnittsgehalt zurückerstattet. Wer dagegen verstößt, wird ausgeschlossen. In Deutschland wird sich bei der Forderung nach einer festeren Regelung ebenfalls auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn bezogen, meist fehlt eine konkretere Ausgestaltung.

Pro: *Die Partei erhält dadurch verlässliche Finanzen, über die demokratisch entschieden wird. Abgeordnete leben ein »Durchschnittsleben«, statt sich an Privilegien zu gewöhnen und diese als Selbstverständlichkeit anzusehen. Es wirkt der Tendenz entgegen, in der Berufspolitik die große persönliche und finanziell abgesicherte Karriere zu sehen.*

Contra: *Ein größerer Spielraum bei den Abgeordneten kann die Vergabe von Spenden gerade für Initiativen manchmal unaufwändiger gestalten. Landen alle Gelder bei der Partei, besteht ebenso eine Gefahr der bürokratischen statt demokratischen Kontrolle und wird dann z.B. einseitig für Wahlkampfaktivitäten verwendet. Mit eingeführt werden müsste ebenso, wie die Kontrolle funktioniert und ob es automatische Konsequenzen geben soll (etwa keine erneute Aufstellung).*

Jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit von Funktionsträger*innen ist ein hartes Mittel, um die Rechenschaft und demokratische Vertretung abzusichern. In Art 28. GG ist in

Deutschland das freie Mandat geregelt: Die Abgeordneten »sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.« Im Gegensatz zum imperativen Mandat, bei dem ein*e Abgeordnete*r direkt an inhaltliche Vorgaben von den von ihm*r Vertretenen gebunden ist, ermöglicht die jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit, also die Absetzung von Funktionsträger*innen, wenn diese gegen Programm oder Prinzipien verstoßen.

Pro: *Sichert die direkte Verantwortung gegenüber den Vertretenen und gibt ihnen die Möglichkeit, Konsequenzen anzudrohen oder durchzuführen. Es beugt so auch Amtsmissbrauch vor.*

Contra: *Für Mandatsträger*innen nicht direkt durchsetzbar.*

Die Trennung von Amt und Mandat bedeutet im Kontext von Parteien, dass dieselbe Person nicht zur gleichen Zeit eine gewählte Parteifunktion und ein Wahlamt/Mandat bekleidet. Dies kann weiter konkretisiert werden, indem es z. B. nicht auf der gleichen Ebene (Kommunal, Land, Bund) erfolgen soll. Ziel der Trennung ist es, die Konzentration von Macht auf einzelne Personen zu verhindern. Darüber hinaus dient es der Stärkung der Rollenverteilung von Partei und Fraktion, weil Personalunion zur Befangenheit führen kann. Die Trennung vereinfacht das fraktionsunabhängige Agieren als Partei, gerade wenn Kritik an Fraktionen (umso mehr sie Teil einer Regierungskoalition sind) zu leisten ist. Auch in der LINKEN kennen wir das Problem der Ämterhäufung. Eine durchgehende Regelung zur Trennung von Amt und Mandat gibt es nicht. In der Bundessatzung (§32 (4)) ist festgelegt, dass in Partei- und Landesvorständen max. 50 Prozent Mandatsträger*innen ab Landesebene sein dürfen. Von den 44 Parteivorstandsmitgliedern dürfen also maximal 22 ein Mandat ab Landesebene innehaben. Manchmal wird Einfluss auch über Mitarbeiter*innen abgesichert. In der Bewegungslinke gab es daher die Überlegung, die 50 Prozent-Quote auf Mitarbeiter*innen zu erweitern. Im Landesverband NRW ist dies in der Satzung (§ 32 (4)) bereits und weitergehend geregelt, so dass im Landesvorstand maximal

20 Prozent Mandatsträger*innen oder deren Beschäftigte sein dürfen. In Thüringen wurde 2021 in der Landessatzung festgeschrieben, dass nicht eine Person gleichzeitig Landespartei- und Fraktionsvorsitz bekleiden kann (max. 6 Monate als Übergangsphase).

Pro: *Mandatsträger*innen neigen durch ihren berufspolitischen Politikbezug und die damit verbundenen Zeitressourcen dazu, Themen und Tempo zu bestimmen. Stehen nicht bereits bekannte Mandatsträger*innen zur Wahl für Parteiämter, erhöht es die Notwendigkeit bzw. ermutigt andere, zu kandidieren. Es schränkt ein, dass ein Sitz in einem Vorstandsgremium gleichzeitig zur Absicherung des Mandats verwendet wird. Klare Regelungen überlassen es nicht Einzelnen und stärken die Basis.*

Contra: *Es ist oft schwer geeignete Personen zu finden. Mandatsträger*innen stellen durch Bekleidung eines Parteiambtes ihre durch das Mandat errungenen zeitlichen Ressourcen dem Parteaufbau zur Verfügung. Ein Mandat ist auch eine Informations- und Ressourcenquelle, die für Vorstandsarbeit sinnvoll sein kann. Parteivorsitzende ohne Mandat haben es schwerer in der Öffentlichkeit aufzutauchen.*

Regeln bei der Aufstellung von Listen zur Zusammensetzung. Die Reproduktion der parlamentarischen Verhältnisse ist auch Ergebnis der Zusammensetzung. »Kreissaal - Hörsaal - Plenarsaal« beschreibt den Werdegang so mancher Parlamentarier*innen - auch in der LINKEN. Für eine Partei in Bewegung kann es ebenso problematisch sein, wenn der Nachwuchs über Mitarbeiter*innen aufgebaut wird. Um Repräsentation zu gewährleisten, ist die Zusammenstellung der Wahllisten entscheidend. Längst bewährt und nicht mehr wegzudenken ist die Liste zur Sicherung der Mindestquotierung. Noch in der Diskussion befindet sich eine Quote für Migrant*innen. Eine andere Variante bei der Aufstellung be-

steht darin, Listen überhaupt erst aufzustellen und für die Wahl anzutreten, wenn es eine festgelegte Anzahl an Mitgliedern gibt. So soll abgesichert werden, dass nicht zu früh der Weg ins Parlament gesucht wird, wenn noch Kräfte auf der Straße und im Parteaufbau fehlen.

Pro: *Klare Regelungen, um Kultur zu verändern.*

Contra: *Starre Regel.*

Neben diesen konkreten Regelungen wurden auf Workshops der Bewegungslinken weitere Praktiken, die sich für ein produktives Wechselspiel von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit bewährt haben, und Ideen gesammelt. So können etwa Wahlkreisfahrten gezielt für Bewegungsaktivisten ausgerichtet werden. Von unschätzbarem Wert, aber noch ausbaufähig, ist die Funktion als parlamentarische Beobachtende. Sitzungswochen der Fraktion könnten neu gestaltet werden, indem ein Tag immer fest für verschiedene Bewegungen reserviert ist. Indem man Reden von Bewegungsaktiven schreiben lässt, kann ihnen die Redezeit übergeben werden oder indem in öffentlichen Sitzungen direkt zugeschickte Fragen übernommen werden. Wo ein Abgeordneter ist, sind wir alle. So kann man als Abgeordnete Räume öffnen, indem Einladungen zu Veranstaltungen weitergegeben werden. Fraktionssitzungen können an Orten des Widerstands und Pressekonferenzen mit Aktivist*innen und Gewerkschafter*innen abgehalten werden. Es gibt viele Wege, das Parlament nutzbar zu machen. Viele Maßnahmen setzen jedoch eine größere kulturelle Veränderung voraus. Denn sind Maßnahmen, wie etwa die strikte Trennung von Amt und Mandat nicht Teil einer selbstverständlichen und solidarischen Kultur, werden Schritte abgeblockt, weil sie als persönlicher Angriff angesehen werden und der Widerstand gegen die Anpassungstendenzen Einzelnen aufgebürdet wird. ■



DOKUMENTIERT I:

Anforderungen an und Selbstverständnis von Wahlbewerberinnen und -bewerbern

*Antrag an die Mitgliederversammlung von DIE LINKE. Neukölln
am 24. Oktober 2020 - Einstimmig beschlossen.*

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

DIE LINKE. Neukölln tritt bei den bevorstehenden Wahlen zum Deutschen Bundestag, zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung mit Kandidatinnen und Kandidaten an, von denen sie die Akzeptanz und die Einhaltung folgender Grundsätze im Wahlkampf und bei der Ausübung errungener Mandate erwartet:

1. Sowohl der Wahlkampf als auch die Ausübung des Mandats sollen nicht als Einzelkämpferin oder Einzelkämpfer bestritten werden, sondern als Teil der Partei DIE LINKE. Positionierungen bestimmen sich aus der Beschlusslage der Partei, insbesondere dem Parteiprogramm, den Wahlprogrammen für Bund, Land und Bezirk und den Wahlstrategien. Bei neuen Entwicklungen ist die Mitglie-

dersammlung und zwischen den Mitgliederversammlungen der Bezirksvorstand das entscheidende Gremium. Wichtige Entscheidungen der Mandats- und Amtsträger*innen werden mit dem Bezirksvorstand beraten und abgestimmt. Zum Selbstverständnis der Mandatsträgerinnen und -träger gehört es, dass sie bei unüberbrückbaren Differenzen mit Parteigremien ihr Mandat zurückgeben und keinesfalls mit diesem Mandat in eine andere Fraktion.

2. Mandatsträgerinnen und -träger der BVV sollen die Hälfte der mandatsbezogenen finanziellen Einkünfte an die Partei DIE LINKE. Neukölln spenden. Über etwaige soziale Klauseln soll Einvernehmen zwischen der Wahlbewerberin oder dem Wahlbewerber und dem Bezirksvorstand hergestellt werden. Bei anderen Mandaten und Ämtern, die in Vollzeit wahrgenommen werden, zum Beispiel im



Deutschen Bundestag, im Berliner Abgeordnetenhaus oder als Stadträtin und Stadtrat, sollen zunächst die Regelung von Bundes- bzw. Landesebene gelten. Darüber hinaus soll an den Bezirksverband so viel gespendet werden, dass sich das verbleibende Einkommen der Trägerinnen und Träger von Mandaten und Ämtern in Vollzeit am Tarifvertrag der Partei DIE LINKE orientiert. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Abgeordneten sollen ebenfalls in Anlehnung an den Tarifvertrag der Partei DIE LINKE bezahlt werden.

Mandats- und Amtsträgerinnen und -träger sollen die Höhe der regelmäßigen Abführungen im Einvernehmen mit dem Schatzmeister festlegen. Der Bezirksvorstand soll regelmäßig die Vollständigkeit der Abführungen prüfen und der Mitgliederversammlung darüber in geeigneter Weise berichten. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe sollen ihn die Mandats- und Amtsträ-

gerinnen und -träger unterstützen.

3. Bei der möglichen Anmietung von Wahlkreisbüros sollen die Mandatsträgerinnen und -träger das Einvernehmen mit dem Bezirksvorstand suchen. Gleiches soll gelten für die Einstellung von Personal. Wenn möglich, soll eine Abgeordnetengemeinschaft gegründet werden und das Personal kollektiv angestellt werden, um individuelle Abhängigkeit zu vermeiden. Das dient dem Abbau von Hierarchien in den Arbeitsstrukturen.

Alle Personen, die für DIE LINKE in Neukölln bei den Wahlen im Jahre 2021 kandidieren wollen, sind aufgefordert, sich zu diesen Grundsätzen zu bekennen und ihr Mitwirken bei der Umsetzung zuzusichern. ■

DOKUMENTIERT II:

Selbstverständnis der Kasseler LINKEN

Die Kasseler Linke für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit ist ein Bündnis für Menschen, die in Kassel auf kommunaler Ebene für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit eintreten: Wir stehen für die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation, für den Erhalt und den Ausbau von kommunalen Eigentum und für ökologische Verantwortung. Wir leisten Widerstand gegen Privatisierung, Arbeitszeitverlängerung und gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Wir stehen für eine transparente Politik.

Der Sozialabbau der Regierungsparteien führt dazu, dass Erwerbslose, Geringverdiener*innen und viele Rentner*innen den Gürtel immer enger schnallen müssen. Beschäftigte sollen für weniger Geld länger arbeiten, erhalten Rente erst ab 67 und Jugendlichen wird die Zukunft verbaut. Das alles passiert mit dem Argument, dass die Kassen leer seien. Was als Sachzwang präsentiert wird, ist aber das Produkt von politischen Entscheidungen, z.B. durch Steuergeschenke an Banken, Konzerne und Reiche.

Diese »Sachzwanglogik« wird genutzt, um auch auf kommunaler Ebene die Kosten auf die Beschäftigten, Arbeitslosen, Jugendlichen und Rentner*innen abzuwälzen. Kommunales Eigentum wird privatisiert, die Mittel sozialer Einrichtungen werden gekürzt, Arbeitsplätze werden abgebaut und kommunale Ein-Euro Jobs werden eingeführt. Die Banken und Konzerne fahren gleichzeitig mehr Profite ein. Gegen diese unsoziale Politik wollen wir bei der Kommunalwahl 2016 erneut als demokratische linke Alternative in das Stadtparlament einziehen.

WOFÜR WIR STEHEN:

■ *Dem Sozialabbau entgegenwirken*

Wir stehen für eine kommunale Politik, die alle Möglichkeiten nutzt, um den Opfern von Hartz IV und der unsozialen Agenda 2010-Politik wirksam zu helfen und um eine Rücknahme von Hartz IV und der Agenda 2010 durchzusetzen.

■ *Kommunale Politik für Arbeitsplätze*

Wir fordern sinnvolle, menschenwürdige, existenzsichernde, auf Dauer angelegte Arbeitsplätze. Statt die Arbeitslosen mit Ein-Euro-Jobs abzuspiesen, treten wir für einen Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors und eine bessere Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung ein. Wir verteidigen kommunale Unternehmen, weil Privatisierung, auch Teilprivatisierung, Arbeitsplätze vernichtet und zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führt. Wir treten ein für ein kommunales Investitionsprogramm in den Bereichen Soziales, Jugend, Kultur, Bildung, Umwelt, Gesundheit und Wohnen. Wir werden keine Maßnahmen mittragen, die zu weiterem Stellenabbau, zu Flexibilisierung oder Deregulierung im öffentlichen Dienst führen. Prestige- und Großprojekte (wie der Flughafen-Neubau KasselCalden), die Lebensqualität beeinträchtigen, Natur zerstören und Steuergeld verschwenden und mit ihren Folgekosten die öffentlichen Kassen für Jahrzehnte massiv belasten, sind kein akzeptables Mittel zu Schaffung von Arbeitsplätzen.

■ *Soziale Gerechtigkeit und Solidarität*

Wir setzen uns für ein antirassistisches und antifaschistisches Klima in Kassel ein und wenden uns gegen jede Form von Antisemitismus, Sexismus, Islamophobie, Ausgrenzung und Diskriminierung, seien die Opfer Alte, Arme, Behinderte, Drogenabhängige, Frauen, Kinder, Migrant*innen, Lesben, Schwule, Transgender oder andere Menschen. Lebensrisiken dürfen nicht individualisiert werden. Eine aktive Politik zum Ausgleich von Benachteiligungen muss zentrales Anliegen der Stadt sein. Die Stadt muss für alle ihre Bewohner*innen der Ort der Begegnung, der Kultur, der Teilhabe sein. Das setzt voraus, dass Wohnen, Kultur und öffentlicher Verkehr auch für alle Menschen zugänglich, bezahlbar und in ausreichendem Maße angeboten werden. Insbesondere sind die Angebote und Möglichkeiten für Kinder, Jugendliche, Erwerbslose und Rentner*innen zu verbessern.

■ *Die Stadt nicht kaputt sparen*

Wir lehnen den Versuch ab, die Finanzprobleme der Stadt durch rigorose Kürzungen und Kahlschlagspolitik in Griff zu bekommen. Der fortschreitende Abbau von Personal, von Leistungen, der Förderungen von sozialen und kulturellen Projekten geht zu Lasten der sozial Benachteiligten und führt auch regional zu einer verhängnisvollen wirtschaftlichen Abwärtsspirale. Wir fordern eine kommunale Finanzreform, die die Stadt in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zum Wohl aller ihrer Bewohner*innen wahrnehmen zu können. Wir stehen offensiv gegen Sparzwangideologie und gegen den (politisch geführten) Rotstift, egal wer ihn in der Hand hält.

■ *Für eine lebenswerte Stadt*

Wir stehen für eine ökologische Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik. Wir wollen aktiv und vorausschauend eine Verkehrs- und Energiewende vorantreiben. Wir wenden uns gegen alle Tendenzen, Kommunalpolitik auf »Standortpolitik« zu verengen und die Stadt zum Erfüllungsgehilfen profitorientierter Investoren zu machen.

WIR BETONEN FOLGENDE PRINZIPIEN UNSERER ARBEIT:

■ Wir werden keine Koalition eingehen (und keiner Partei Stimmen geben) für eine Umverteilungspolitik von unten nach oben durch Sozialabbau, Beschäftigungsabbau oder Privatisierungen.

■ Wir verstehen unsere Arbeit als Unterstützung für alle Menschen, die in sozialen, Umwelt-, Kultur- und Bildungsinitiativen, in Gewerkschaften und Verbänden arbeiten. Ihrer fachlichen und politischen Kompetenz wollen wir zusätzliches Gehör verschaffen und ihre Arbeit mit Informationen aus dem Stadtparlament stärken. Wir verstehen unsere Kandida-

tur nicht als Ersatz für außerparlamentarische Aktivitäten sondern als Ergänzung.

■ Wir werden die Interessen von sozial ausgegrenzten Menschen vertreten, indem wir gemeinsam mit ihnen Forderungen, Vorschläge und Strategien erarbeiten. Wir wissen, dass Erfolge dort möglich sind, wo Basisbewegungen und die Eigeninitiative der Betroffenen wirken. Wir sehen unsere Aufgabe darin, solche Prozesse zu stärken.

■ Wir verstehen uns als aktive Opposition, die Alternativen nicht nur plakativ fordert, sondern Alternativen konkret und mit realisierbaren Konzepten formuliert. Wir werden unsere Alternativen aber nicht im Rahmen sogenannter Sachzwänge formulieren.

■ Wir stehen für langfristige Lösungen von Problemen und wenden uns gegen die herrschende Kommunalpolitik, in der nur bis zur nächsten Wahl gedacht, nicht über den Tellerand der Kommune hinaus geblickt und opportunistisch nur den Vorgaben des neoliberalen Mainstreams aus Wirtschaft, Politik und Medien gefolgt wird.

■ Die Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist in ihren Entscheidungen autonom und den sie unterstützenden Personen gegenüber rechenschaftspflichtig. Sie wird die sie tragenden Kräfte in die Meinungs- und Entscheidungsfindung eng einbeziehen. Unsere Mandatsträger*innen unterstützen die kommunalpolitische Arbeit durch die Spende eines Viertels ihrer Mandatsaufwandsentschädigung. Unsere Vertreter*innen und Vertreter werden regelmäßig über alle politischen Aktivitäten und über die Verwendung aller Gelder Rechenschaft ablegen und sich nicht persönlich bereichern. ■

DOKUMENTIERT III:

Eine andere Platte auflegen - Selbstverpflichtung unserer Mandatsträger*innen auf Bundes- und Landesebene

*DIE LINKE wird maßgeblich über ihre parlamentarische Arbeit wahrgenommen. Deswegen wollen wir als Mandatsträger*innen und Kandidat*innen neue Formen des Arbeitens in den Parlamenten und aus ihnen heraus entwickeln, um deutlich zu machen: DIE LINKE ist keine Partei wie jede andere. Wir wollen Wege suchen, um unserem Anspruch als Motor, Sprachrohr und Sammelpunkt einer fortschrittlichen Zivilgesellschaft und dem Anspruch der Selbstermächtigung und Selbstvertretung der Entrechteten statt der reinen Repräsentation möglichst nah zu kommen. Zeit und Privilegien der Abgeordneten müssen stärker als kollektive Ressourcen der Partei und Bewegungen verstanden und entsprechend eingesetzt werden. Wir wollen in diesem Sinne mit neuen Formen experimentieren und sichtbar machen, dass es auch anders geht - und uns an unseren Taten messen lassen! Deswegen verpflichten wir uns auf folgende Maßnahmen:*

1. Sich in den Dienst der Partei stellen

Zu keinem Zeitpunkt dürfen die Mandatsträger*innen vergessen, wem sie das Privileg verdanken, hauptamtlich politisch engagiert sein zu können: der Partei und ihren Mitgliedern, vor allem denen, die sich ehrenamtlich und aufopferungsvoll engagieren. Die Möglichkeiten, die Abgeordnete haben, wollen wir daher so gut es geht (und rechtlich zugelassen ist) für den Aufbau der Partei vor Ort nutzen, die Kampagnen der Partei aufgreifen und mit umsetzen.

Auch wollen wir dem häufig geäußerten Vorwurf begegnen, Abgeordnete würden sich anhand der Diäten persönlich bereichern und Transparenz über Einkünfte und Spenden herstellen. Dabei würde deutlich, dass manche

Abgeordnete der LINKEN ohnehin schon einen sehr großen Teil ihrer Diäten und Prämien an politische Projekte abführen. Doch sollte die Spendenhöhe nicht nur vom guten Willen jeder und jedes Einzelnen abhängen, sondern eine Diskussion darüber geführt werden, wie Spenden dauerhaft oder zum Beispiel Diätenerhöhungen verpflichtend für die Unterstützung politischer Projekte eingesetzt werden können.

2. Mitten im Leben und an der Seite von Bewegungen sein

Die Parlamente, v.a. der Bundestag und das Europaparlament, wirken oft wie Raumschiffe, deren Realität mit der vieler Menschen und den sozialen Kämpfen wenig zu tun haben. Dem müssen wir entgegensteuern. Wir werden systematisch versuchen, unsere parlamentarische Infrastruktur den Aktiven aus Bewegungen, den ausgegrenzten, nicht gehörten Menschen und Gruppen zur Verfügung zu stellen. Ebenso wollen wir uns dafür einsetzen, Fraktionssitzungen oder Pressekonferenzen außerhalb des Raumschiffs durchzuführen und da hinzugehen, wo es Auseinandersetzungen gibt (bei einem Streik, im Hambacher Forst, in sozialen Brennpunkten). Wir wirken darauf hin, dass sich auf den Listen der LINKEN für die Parlamente der verschiedenen Ebenen auch immer (parteilose) Aktive aus sozialen Kämpfen und außerparlamentarischen Bewegungen finden, die unsere grundlegenden politischen Ziele teilen.

3. Abgeordnetenbüros zu offenen sozialen Zentren machen

Viele Abgeordnete stellen ihre Büros schon seit vielen Jahren für politische Projekte zur Verfügung. Daran wollen wir anknüpfen. Wir

WIR SOLLTEN DER STARKEN STELLUNG DER APPARATE ENTGEGENWIRKEN.

wollen unsere Wahlkreisbüros als offene soziale Orte begreifen, an denen Gruppen von außerhalb der Partei möglichst gleichberechtigt beteiligt sind. Wo dies möglich ist, wollen wir unsere Wahlkreisbüros in kleine »soziale Zentren« verwandeln, in denen Stadtteilinitiativen, Mieter*innen-Stammtische, Geflüchtetenhilfe, Erwerbslosenprojekte, Klimabewegungen und Gewerkschafter*innen genauso zu Hause sind wie DIE LINKE.

4. Der Verselbständigung von Fraktionen und Abgeordneten entgegenwirken

Die Praxis auch linker Parteien und Politiker*innen zeigt immer wieder: Fraktionen und ihre Abgeordneten drohen sich in vielerlei Hinsicht gegenüber der Partei und der politischen Basis zu verselbständigen. Abgeordnete werden Ich-AGs, die sich vor allem selbst vermarkten müssen, um wieder aufgestellt zu werden. Das ist im repräsentativen System, das auf der/dem Berufspolitiker*in beruht, auch so vorgesehen. Wir sollten der starken Stellung der Apparate und dem Personenkult um Spitzenpolitiker*innen demokratisierend und aufklärerisch entgegenwirken. Eine aktive, selbstbewusste und aufgeklärte Parteibasis sowie die starke Rückkopplung und Verzahnung mit außerparlamentarischen Bewegungen und Bündnispartner*innen sind hier die wichtigsten Korrektive.

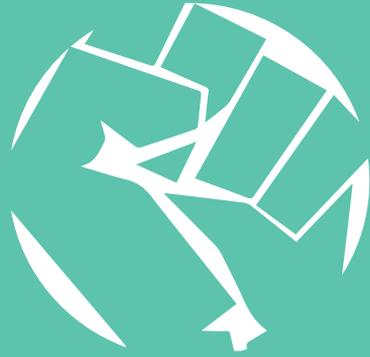
a) Deswegen organisieren wir über berichtende Veranstaltungen hinaus auch Formate zu strittigen Fragen, um uns das Votum der Mitgliedschaft oder der Wähler*innen einzuholen, weg von der Einwegkommunikation, hin

zu interaktiven Versammlungen. Wir wollen unser eigenes Stimmverhalten erklären und hinterfragen, Kritik und Anregungen daran aufnehmen und den Teilnehmer*innen, vor allem aber den Mitgliedern der Partei, mehr Einfluss auf unsere Arbeit ermöglichen.

b) Darüber hinaus organisieren wir mindestens jährlich einen regionalen »Bewegungsratschlag«, auf dem die außerparlamentarischen, zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Bündnispartner*innen ihre Anforderungen an uns und die Fraktion herantragen und wir gemeinsame Projekte entwickeln können.

c) Mandatszeitbegrenzungen und die Trennung von Amt und Mandat sind erprobte Mittel in anderen Ländern. Während es bereits eine orientierende Soll-Regelung in der Partei gibt, setzen wir uns insbesondere für eine Mandatszeitbegrenzung für Abgeordnete ein - ob diese bei zwei oder drei Legislaturen liegt, ist aus unserer Sicht nachrangig. Ein freiwilliger Verzicht kann eine solche Regelung nicht ersetzen, weil nur eine Verbindlichkeit für alle auch für breite Anerkennung sorgen wird. Ein Augenmerk in der eigenen Amtszeit liegt dann auch auf der Herausbildung und Begleitung von neuen Aktiven.

Als Bewegungslinke wollen wir regelmäßig Bilanz ziehen, uns über die Anwendung der Selbstverpflichtung austauschen und darüber nachvollziehbar berichten. ■



Teil 2: Für und Wider das Regieren

Wer im Parlament sitzt, ist unweigerlich mit der Frage möglicher Regierungsbeteiligungen konfrontiert. Für uns als Bewegungslinke ist klar, dass Basisbewegungen die Herzkammern von Veränderung sind. »Staat und Parlament sind kein Fahrrad, auf das man sich einfach setzen und in beliebiger Richtung losradeln kann«, heißt es in unserer Gründungserklärung. Im Erfurter Programm ist festgelegt: *»An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.«* Auf dieser Grundlage läuft auch innerhalb der Bewegungslinken die Diskussion darüber, wie wir Machtverhältnisse verändern und ob ein Bein in einer Regierungskonstellation dabei hilfreich sein kann. Wir haben in diesem Handbuch ein Kapitel aufgenommen, um uns ausgehend von konkreten Erfahrungen der Frage zu nähern. Da die letzte Berliner Regierungsbeteiligung oft als Beispiel für rebellisches Regieren gilt, findet ihr in diesem Teil Artikel zu verschiedenen Themen der Hauptstadt, darunter Wohnen, Parteaufbau und Antirassismus. Darüber hinaus gibt es kurze Praxiseinblicke aus München und Münster von Erfolgen aus der Opposition heraus, sowie einen Blick nach Athen und das Regierungsexperiment von Syriza. Das Beleuchten internationaler Erfahrungen hätte eigentlich umfangreicher ausfallen sollen, geblieben ist lediglich der Blick nach Griechenland. Aber - so dachten wir - besser als nichts! Natürlich ist all dies nicht vollständig, sondern ein Anstoß und eine Sammlung konkreter Erfahrungen. ■

Sein oder Nicht-Sein: LINKE Wohnungspolitik in Berlin und »Regieren in Bewegung«

VON KATALIN GENNBURG

Als LINKE vertreten wir wohnungspolitisch ein schweres Erbe in Berlin, denn zwischen 2002 und 2011 waren wir an einer Koalition beteiligt, die dem Verkauf von tausenden vormals kommunalen Wohnungen zustimmte. Dieser Fehler ist nicht ohne Weiteres zu korrigieren und wird uns wohl für immer begleiten. Das anzuerkennen ist die wesentliche Voraussetzung für eine neue LINKE Stadtpolitik.

Anfang 2021 haben wir den Mietendeckel als international beachtetes Instrument sozialer Wohnraumversorgungspolitik vorweisen können; ein großer Erfolg sozialstaatlicher Regulierungspolitik nach Jahrzehnten neoliberalen Staatsumbaus. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. April 2021 wurde der Mietendeckel jedoch durch den Zweiten Senat gekippt. Das Urteil lässt viele Fragen offen und sorgt sozialpolitisch, aber auch rechtswissenschaftlich, für ein mittelschweres Erdbeben, da es in erstaunlicher Härte im zweiten Jahr der Pandemie und ohne mündliche Verhandlung gefällt wurde.

Die Bundesverfassungsrichter*innen verweisen die Kompetenz für das Wohnungswesen der Bundesländer - hier vor allem die Ausformulierung eines öffentlichen Mietpreises - ohne große Umschweife auf einen Zuschauerplatz gegenüber dem Machtbereich des Bürgerlichen Gesetzbuches in Verantwortung der Bundespolitik (Rechtswissenschaftliche und verfassungsrechtliche Beiträge zum Urteil finden sich hier: <https://verfassungsblog.de/?s=mietendeckel>). Demnach darf keines der 16 Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland (BRD) die Mieten öffentlich-rechtlich selber regeln, sondern die Mietengesetzgebung sei - so die konservativen Richter*innen - vermittelt über die »Mietpreisbremse« des Bundes abschließend geregelt. Gleichwohl

bremsst diese die Mieten nicht und ist nur ein Baustein der neoliberalen Deregulierung im Bereich des Wohnungswesens der BRD der vergangenen Jahrzehnte. Doch wie kam es überhaupt zum Mietendeckel? Und wie kann es jetzt weiter gehen?

Allianzen und Kämpfe »hinter« dem Mietendeckel

Im Jahr 2015 wurde mit dem Berliner Mietenvolksentscheid eine neue gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft, im Sinne der Versorgung aller mit leistbarem Wohnraum, durch die Berliner Mietenbewegung eingefordert. Als wir 2016 in ein Rot-Rot-Grünes Regierungsbündnis eintraten, waren diese Forderungen für uns ein klarer Auftrag zur Verhandlung des Koalitionsvertrags.

Bereits 2014 ging die Initiative zur Freihaltung des Tempelhofer Flugfeldes mit einem Volksbegehren an den Start, gegen die von SPD und CDU vorgeschlagene Bebauung dieser landeseigenen Fläche. Nach dem Motto, »Lieber keine Bauten als Luxusbutzen!«, stimmte eine Mehrheit für eine Stadt für alle, wider die Verdrängung und soziale Entmischung der Stadt in »gute« und »schlechte« Quartiere.

Mit dem Beschluss des Mietendeckelgesetzes haben wir nicht nur mit der Logik, Wohnraum = Ware gebrochen und damit die massenhafte Verdrängung von Menschen als scheinbarem Naturgesetz aufgekündigt. Mit dem Mietendeckel wurde die Eigentumsfrage in einer neuen Klarheit herausgestellt, da sichtbar wurde, wie sich die Interessen von Mieter*innen und Vermieter*innen gegenüberstehen.

Während die SPD lediglich die Mieten einfrieren wollte, drängten wir als LINKE auf einen harten Mietendeckel mit klaren Preisvorgaben für Wohnungsmieten - die Mietenbewegung der

Stadt und die Linken bei den Berliner GRÜNEN fest an unserer Seite. Das Volksbegehren »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« begleitete den Kampf um den Mietendeckel konstruktiv. In Umfragen sprach sich eine Mehrheit überraschend für die Enteignungsforderung aus und damit war allen klar, dass demgegenüber die bloße Regulierung von Mieten nicht hätte scheitern können.

Obwohl stadtpolitische Initiativen uns als Partei die frühere Privatisierungspolitik niemals verzeihen haben, konnten sich inzwischen neue Verbindungen zwischen Partei und Bewegung etablieren, »neue linke Mehrheiten« für eine soziale Wohnungspolitik finden sich beispielsweise auch in den Verwaltungen oder Verbänden. In dieser historischen Situation war der Handlungsspielraum für uns als LINKE, nachdem der Jurist Peter Weber im Dezember 2018 seinen Vorschlag für die landespolitische Mietenregulierung vorstellte, relativ klar und Bedenken auch in unseren Reihen konnten sich nicht durchsetzen.

Und ja, diese Bedenken gab es und es lohnt ein Blick auf deren Struktur und Beweggründe. Als der juristische Aufsatz für eine wohnungspolitische Landeskompetenz und zur landesrechtlichen Mietenregulierung auf dem Tisch lag, stellte sich selbstverständlich auch die unangenehme Frage, wieso das nicht schon früher erkannt wurde. Als LINKE haben wir seit 2016 die Verantwortung für das Stadtentwicklungsressort und dies ist eines der größten und auch mächtigsten Verwaltungsapparate der Stadt. Hier arbeiteten bis zuletzt kaum mehr Linke und während dieser letzten Legislaturperiode erreichten immer wieder vertrauliche Informationen die Öffentlichkeit, die kompromittierende Zwischenstände oder Vorabstimmungen beinhalteten; so auch beim Mietendeckel. Dementsprechend musste einerseits für Mut und Aufrichtigkeit für dieses politische Wagnis im eigenen und im R2G Lager geworben und andererseits die Widerstände in der zuständigen Senatsverwaltung zurückgedrängt werden.

Dass wir den Berliner Mietendeckel mit einer klar linken Handschrift und mit der Perspektive auf tatsächlich sinkende Mieten durch diesen regulatorischen Eingriff einer Linksregierung durch das Parlament bringen konnten, ist das Ergebnis eines gut orchestrierten Politikpro-

zesses und zeigt wie die Klaviatur von linker Politik in Regierung, Parlament und außerparlamentarisch zielführend gespielt wurde. Eine grüne Hauptstadtpartei mit einer politisch relativ weit links ausgerichteten Politik war dafür ebenso entscheidend, wie fachlich informierte Journalist*innen und breite Bündnisse in Wissenschaft und Verwaltungsapparaten der Stadt. Gemeinsam konnte dieser Kraftakt erungen werden und das sollte als Botschaft für linkes Regieren in Bewegung als Erzählung in die Geschichte eingehen. Im Berliner Mietendeckel materialisieren sich endlich die vielen Debatten von Crossover, über Bündnispolitik und gesellschaftliche Mosaik der vergangenen Jahrzehnte.

In den vergangenen zehn Jahren haben wir als LINKE ein neues Verhältnis zu stadtpolitischen Bewegungen aufgebaut und wieder begonnen den Protest der Menschen als Auftrag, nicht als Gegner*innenschaft zu verstehen. Dieses positive Verhältnis zu neuen linken Mehrheiten und die Früchte der Kooperation u.a. mit linken Jurist*innen und stadtpolitischen Initiativen muss nicht nur in Zukunft gehegt und gepflegt werden, sondern ist auch die praktische Grundlage für das Ausrufen einer Mietenwahl 2021 gewesen, gleichzeitig zum Volksentscheid Deutsche Wohnen und Co. enteignen und nach fünf Jahren Kurswechsel hin zu einer sozialen Wohnraumversorgungspolitik für Berlin.

Hätte? Könnte! Mietendeckel für alle!

Ein Jahr lang galt der Mietendeckel für Berlin und etliche Mieter*innen konnten viel Geld sparen, das nicht mehr in die Taschen der Vermieter*innen floss, sondern für private Zwecke übrigblieb. Nicht wenige bezahlten nur noch die Hälfte der Miete und dann passierte das, was als unvorstellbar galt: Die Durchschnittsmieten in Berlin sanken! Berlin war 2020 die einzige Großstadt weltweit mit sinkenden Mieten - immerhin eine Erleichterung im Jahr der Pandemie. Schätzungsweise 3 Mrd. Euro hätten auch zukünftig jährlich in die lokale Wirtschaft fließen können, wenn die Mietenregulierung dauerhaften Bestand gehabt hätte.

Dass ausgerechnet die Vertreter*innen der Immobilienlobby von FDP und CDU/CSU den Mietendeckel per Klage zu Fall brachten,

in der Bundesregierung aber jeglichen Mieter*innenschutz verhindern und auch nicht bereit sind, Steuerschlupflöcher für Immobilienspekulanten zu schließen, ist kein Zufall: Sie sind es, die jährlich fette Spenden der größten Baulöwen einstreichen. Nach dem Urteil wiederum fordern Menschen in bundesweiten Umfragen, dass es eine schärfere Mietenregulierung geben soll. Dass die neue Bundesregierung aus SPD, GRÜNEN und FDP die Mietenregulierung nicht ermöglicht, ist angesichts der immer weiter steigenden Mieten und dem spekulativen Zustand der Immobilienwirtschaft ein echter Skandal. Während Hedgefonds und institutionelle Investoren seit der Finanzkrise den Finanzmarkt umgekrempt und die Finanzwirtschaft übernommen haben, ist die Immobilienwirtschaft zur reinen Immobilienverwertungsökonomie verkommen. Wohnungsbestände werden im Wochentakt in Größenordnung verzoct und der vielzitierte Kleinvermieter der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit wirkt wie ein vergilbtes Abziehbildchen - längst aus der Zeit gefallen.

Black Rock und Co. haben weltweit riesige Wohnungsbestände unter Kontrolle und die Konzentration von Wohnungsbeständen als Eigentum einiger weniger Finanzinvestoren schreitet massiv voran und damit die sogenannte Finanzialisierung des Wohnens.

»Keine Rendite mit der Miete« ist die Idee, deren Zeit gekommen ist. Denn Wohnen ist ein Grundrecht – nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland. Die LINKE muss für dieses Grundrecht streiten und an der Seite der Menschen und Initiativen für soziale Mietenpolitik kämpfen. Bundesweit und weltweit: Diese Kämpfe fragen nach dem Gemeinwohlauftrag und der sozialen Verpflichtung von Eigentum für die Gesellschaft und in ihnen stellt sich mit der Eigentumsfrage auch die Systemfrage. Auch deshalb ist Die LINKE die politische Verbündete der Mietenproteste und muss sich als verlässliche und glaubwürdige Partnerin in Parlamenten und Regierungen dementsprechend beweisen. ■



»Unsere Macht liegt in der Mietenbewegung«

INTERVIEW MIT **MOHEB SHAFAYAR**,
SPRECHER VON »DEUTSCHE WOHNEN & CO ENTEIGNEN«

Die Vergesellschaftung von Konzerneigentum würde einen für die europäische Linke wegweisenden Präzedenzfall schaffen – starker Widerstand ist die Konsequenz. Wie möchtet ihr eure Pläne dennoch durchsetzen?

Die Radikalisierung der Mietenbewegung hat mit der Forderung nach Vergesellschaftung einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Das ist nicht so einfach wegzukriegen. Unsere Macht liegt deshalb in der aktiven, hochpolitisierten Mietenbewegung, die um die Stadt für Alle kämpft. In Berlin leben 85 Prozent zur Miete und leiden unter dem Mietenwahnsinn, die sind Teil unserer Machtbasis. Unsere Gegner*innen haben viel Geld und Einfluss, um die Vergesellschaftung mit Untergangsszenarien in Verbindung zu bringen.

Inwiefern ist es für euch auch wichtig, wer konkret im Berliner Senat regiert?

Es ist nicht unwichtig, dass mit der LINKEN eine Regierungspartei unser Volksbegehren unterstützt hat bislang. Sie ist personell und organisatorisch im Austausch mit der Initiative gewesen und hat ein paar bürokratische Steine aus dem Weg legen können. Wie sich das nun nach dem gewonnenen Volksentscheid verhält, ist schwer zu bewerten. Wenn eine Regierungspartei sich diese Forderung zu eigen macht, eröffnet es den Menschen durchaus eher die Vorstellung der Realisierbarkeit dieser sehr weitreichenden Maßnahme. Auf der anderen Seite scheint die SPD unter Giffey es mit allen Mitteln verhindern zu wollen.

Gab es trotzdem Probleme bei der Kooperation mit der LINKEN im Senat?

Dass DIE LINKE eigene Sammelstrukturen aufgebaut und Unterschriften gesammelt hat, war sehr hilfreich. Ich verstehe aber nicht, wieso

Konflikte im Senat so häufig hinter verschlossenen Türen geführt werden. Als sei man mit dem Eingehen einer Koalition in einem eiserernen Loyalitätsbündnis gefangen. Politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen finden nicht nur alle vier oder fünf Jahre zu den Wahlen statt, sondern laufend.

Kannst du das konkreter machen?

Es gibt immer Zwänge und Logiken in der Regierungsarbeit, die die Grenzen zwischen Opposition und Regierung definieren. Die SPD in der Innenverwaltung hat beispielsweise die Zulässigkeitsprüfung unseres Begehrens ganze 441 Tage lang verschleppt. Wenn der Koalitionspartner offensichtlich ein formell rechtmäßiges und durch die Verfassung vorgegebenes Instrument mit Füßen tritt, muss das scharf kritisiert werden. Selbst die Grünen haben das in aller Öffentlichkeit kritisiert. Die regierende LINKE darf nicht eine ihrer Kernforderungen sowie die Parteibasis und die Mietenbewegung geschlossen verprellen, aus Gründen der Loyalität zum Koalitionspartner. Zumal: Selbst SPD und Grüne pfeifen auf derartig weitgehende Loyalitäten. Ich hätte mir also genau hier gewünscht, dass der Skandal und der Disput öffentlich gemacht worden wären.

Aktuell seid ihr in Gesprächen mit der Regierungskoalition. Darin soll unter anderem ausgelotet werden, ob ihr euch auch ohne Volksentscheid mit dem Senat auf ausreichende Maßnahmen einigen könnt. Wie verlaufen die Gespräche bisher?

Wir haben die Einladung zu den Gesprächen angenommen, aber sehen bislang keine Anzeichen dafür, dass die Gegenseite die Gespräche ernst nimmt. Gerade die SPD driftet mit Giffey stark nach rechts ab. Eine Vergesellschaftung mit dieser SPD – aus freien Stücken – ist nicht ersichtlich. Und die Einladung ging von den



Parlamentsfraktionen der drei Parteien aus. Wenn sie es ernst meinen, müssten sie ein Vergesellschaftungsgesetz vorlegen. Sie sind der originäre Gesetzgeber – mit der Mehrheit im Parlament. Das tun sie nicht und wir erkennen bislang noch nicht, was diese Gespräche sollen.

Der Mietendeckel wird oft auf den Druck von Bewegungen zurückgeführt. Wie beurteilt ihr sein Zustandekommen?

Der Mietendeckel ist ohne Frage ein Resultat des massiven Drucks der Berliner Mietenbewegung gewesen. Es gab in den letzten Jahren riesige Proteste gegen die Wohnungskrise, Mietenexplosion und Verdrängung. Auch wenn der Mietendeckel leider am Bundesverfassungsgericht gescheitert ist: Nicht zuletzt unser Volksbegehren zur Enteignung großer Immobilienkonzerne und der gewaltige Widerhall, den es in der Stadt gefunden hat, haben den Senat zum Handeln gezwungen.

Und welche Rolle spielte die LINKE?

Naja, die konkrete Idee für den Mietendeckel und seine Machbarkeit auf Landesebene haben wir einem juristischen Fachbeitrag von Peter Weber zu verdanken. DIE LINKE machte den Deckel dann zum Regierungsprojekt. Es gab hier heftige Auseinandersetzungen bis zum letzten Moment und SPD und Grünen waren wohl kurz davor, ganz auszusteigen. Aber auch sie stehen unter dem Druck ihrer Mitglieder- und Wähler*innenbasis, die dem Mietewahnsinn nicht länger untätig zuschauen will und durchaus auch Sympathien für unsere Initiative zur Enteignung hat.

Im September wurde euer Begehren den Berliner*innen zur Abstimmung vorgelegt. Sensationelle 59,1 Prozent haben dafür gestimmt. Wie geht es jetzt weiter, auch mit Blick auf die bundesweite Bedeutung dieses Ergebnisses?

Tja, gute Frage. Im Koalitionsvertrag ist eine Kommission vereinbart, die sich mit dem Thema befassen soll. Dann sollen die Ergebnisse der Kommission zurück beim Senat landen, der dann entscheidet was er daraus ableiten will. Es gibt keine politische Vereinbarung zur Umsetzungsabsicht. Das ist erstmal ein bitterer Umgang mit einer demokratischen Entscheidung, bei der über 1 Million Berliner*innen für die Vergesellschaftung gestimmt haben. In 10 von 12 Berliner Bezirken gibt es eine Mehrheit. Wie die Kommission arbeiten wird, welchen Auftrag sie erteilt bekommt, welches Ergebnis daraus resultieren wird und was der Senat und die Linkspartei machen, wird sich zeigen. Die Verhandlungsführer*innen der LINKEN betonen ja, es handele sich um eine Umsetzungs-kommission. Eins hat sich aber immer wieder gezeigt: Wir wurden bei jedem unserer Schritte unterschätzt.

Schließlich besteht die Möglichkeit, einen verbindlichen Gesetzesvolksentscheid noch durchzuführen. Der würde dann unabhängig vom Willen des Senates per gewonnenem Entscheid verbindlich in Kraft treten und die Vergesellschaftung einleiten. ■

*Das Interview wurde
geführt von Toma El-Sarout*





Politik »den Profis überlassen«? - Was die Auseinandersetzung um die Privatisierung der Berliner S-Bahn für den Parteiaufbau bedeutet

VON JORINDE SCHULZ

Zum Kern linker Politik gehört es, gegen neoliberale Privatisierungsprogramme, die auch in Deutschland öffentliche Güter und Infrastrukturen zerstören, zu kämpfen. Doch was passiert, wenn der grüne Koalitionspartner in einer rot-rot-grünen Regierung genau ein solches Privatisierungsprojekt vorantreibt? Die Auseinandersetzung um die Ausschreibung der Berliner S-Bahn zeigt, wie die Regierungsbeteiligung dann zu ziemlichen Verrenkungen bei der LINKEN führt – und wie Kämpfe der Parteibasis durch Koalitionsrücksichten gebremst werden.

Der Hintergrund: Die Berliner S-Bahn, eines der intelligentesten Nahverkehrssysteme der Welt, befindet sich seit über zehn Jahren in der Krise. Aufgrund des Börsenkurses der Deutschen Bahn wurde an ihre Tochtergesellschaft S-Bahn Berlin ein harter Sparkurs angelegt, der 2009 aufgrund der fehlenden Wartung der Wagen und der Reduktion der Mitarbeiter*innen zum S-Bahn-Chaos führte. Wenige Jahre danach beschloss ein rot-schwarzer Senat die Zerstückelung in Teilnetze, die einzeln zum Wettbewerb ausgeschrieben werden sollten. Die 2013 ausgeschrieben Ringbahn ging 2015 trotzdem an die DB, da andere Bieter*innen aufgrund der auf die Bahn zugeschnittenen Ausschreibung wieder ausschieden. In der 2017 gewählten rot-rot-grünen Koalition wollte die grüne Verkehrssenatorin Regine Günther nun aber endlich mit dem »Wettbewerb auf der Schiene« ernst machen und brachte die europaweite Ausschreibung zwei weiterer Teilnetze, der Nord-Süd- und der Ost-West-Tangente auf den Weg. Die Stoßrichtung war klar: diese »grüne« Senatorin, die in den 00er Jahren noch parteilos war und für CO2-Quoten warb, hielt auch

im Fall der S-Bahn eine »Wettbewerbs-«, das heißt de facto Privatisierungslösung für geeignet, um für Qualität und Klimafreundlichkeit zu sorgen. Als sich das Ausschreibungsverfahren 2019 konkretisierte, begann es in verschiedenen Bezirksverbänden zu brodeln. Ein riesiges ÖPP-Projekt (Öffentlich-Private Partnerschaft) mit absehbar schlechten Folgen für die Beschäftigten und riesigen potenziellen Profiten für Private auf Kosten des Gemeinwohls – das sollte DIE LINKE nicht mitmachen. Der Unmut über die 8 Milliarden-Ausschreibung, bei der die Privatisierung und Zerschlagung der Berliner S-Bahn droht, speiste sich auch aus der Tatsache, dass die Vorbereitung der Ausschreibung unter Mitwirkung der LINKEN und ihre Konsequenzen noch gar nicht mit der Parteibasis diskutiert worden waren. Aus Protest gegen die Ausschreibung gründete sich »Eine S-Bahn für alle«, ein Bündnis aus Gewerkschaftler*innen, Klimaaktivist*innen und anderen Berliner*innen, das unter dem Dach von »Gemeingut in Bürger*innenhand« unterkam. Die Gegner*innen der Ausschreibung begannen, Debatten zu veranstalten und öffentliche Aufklärung zu betreiben, nicht zuletzt durch das sehr erfolgreiche Sammeln von Unterschriften. Dabei konnten die Aktivist*innen unter anderem auf die Erfahrungen des Berliner S-Bahn-Tischs zurückgreifen, der sich in Reaktion auf die Krise von 2009 gebildet und schon damals einen gemeinnützigen und landeseigenen Betrieb der S-Bahn gefordert hatte. Auch innerhalb der LINKEN wurde die Ausschreibung auf Initiative der Basis endlich bei Landesparteitagen diskutiert. Das geschah allerdings zu einem Zeitpunkt, an dem innerhalb der Koalition schon viele Tatsachen ge-

schaffen worden waren. Und da Fraktion und Parteispitze sich an eine vage Formulierung des Koalitionsvertrags gebunden fühlten und zähneknirschend am Ausschreibungsverfahren festhielten, um keinen Koalitionsbruch zu riskieren, ergaben sich einige Folgeprobleme, die den Berliner Parteaufbau bremsen:

1) Agieren gegen die Bewegung: Die Berliner LINKE konnte sich lange nicht klar auf die Seite des Bündnisses gegen die S-Bahn-Privatisierung stellen, obwohl sie laut Programm gegen Privatisierungen ist. Parteiaktivist*innen, die Berliner*innen auf der Straße über die Ausschreibung und ihre Problematiken informieren wollten, waren gezwungen, gegen ihre eigene Partei zu handeln. Damit wurden sie in der Öffentlichkeit für weniger glaubwürdig gehalten – Senat und Abgeordnetenhaus sprachen sich ja geschlossen für das Projekt aus. Außerdem blieben die Ressourcen und der Zugang zu Medien, den die Vertretung im Parlament eigentlich eröffnet, wegen des »Ausschweigens« des unangenehmen Themas durch die Parteispitze ungenutzt. Wo bleibt der Vorteil für Bewegungen, sich mit der LINKEN zu verbünden?

2) Dem Sachzwang verfallen: Die interne Auseinandersetzung in der Partei war in einer ressourcenraubenden Dynamik gefangen. Während die Ausschreibungsgegner*innen über die Gefahren der Ausschreibung, ihren Abbruch und mögliche Alternativen diskutieren wollten, wurden die Folgen der Ausschreibung von Vertreter*innen der Partei in Senat und Fraktion verharmlost. Viel Energie ging dabei drauf, die Notwendigkeit der Ausschreibung gegenüber der eigenen Parteibasis anhand diverser angeblicher Sachzwänge zu begründen, die dann mühsam zurückgewiesen werden müssen.

Anstatt gebündelte Kräfte in die Entwicklung von progressiven Alternativen zu stecken, wurde aus Rücksicht auf den grünen Koalitionspartner eine *There Is No Alternative-Politik* verteidigt, die antikapitalistischen Impulsen

und Initiativen aus der Basis Steine in den Weg legte.

3) In der Defensive verharren: Das Bündnis aus S-Bahn-Arbeiter*innen und Klimabewegung, das sich in der Gegnerschaft zum Wettbewerb auf der Schiene manifestiert, bedeutet einen progressiven Brückenschlag bei einem Schlüsselthema. Hier sollten Parlamentarier*innen und Parteibasis gemeinsam für eine ökologische Verkehrswende streiten und mehr Menschen für eine gerechte Klimapolitik gewinnen. Doch das konfliktscheue Agieren in der Koalition verhinderte dies und zwang die LINKE in die Defensive. Durch die ständigen Verweise auf Formalitäten und Hinterzimmerrunden wurde unterschwellig die Botschaft vermittelt, dass die Basis doch bitte keine eigenständige Politik gegen die Koalitionspartner*innen betreiben soll und die Abläufe der Profis tendenziell stört.

Und doch ließen sich die Basismitglieder und das Bündnis gegen das Privatisierungsprojekt nicht einschüchtern. Eine immer größer werdende Vernetzung der Gegner*innen der S-Bahn-Ausschreibung in der Parteibasis beharrte auf ihren Argumenten und brachte diese immer wieder bei Parteitagen, aber auch in Gesprächen mit Fraktionär*innen und Mitarbeiter*innen vor. Das trug Früchte: Immer größere Teile der Partei positionierten sich kritisch gegenüber der Ausschreibung. Mittlerweile – Stand März 2021 – besteht zwar (noch) kein Konsens über den sofortigen Abbruch der Ausschreibung, aber DIE LINKE Berlin lehnt offiziell die Ausschreibung in ihrer derzeitigen Form ab und diskutiert ernsthaft über Alternativen. Die Auseinandersetzung um die Berliner S-Bahn ist ein langer Kampf, in dem zu viele Ressourcen der Basis in ermüdende Sachzwangargumentationen gingen, der aber dennoch die Partei bewegte und eine klare Botschaft hat: Politik keinesfalls den Profis überlassen! ■

»Im Staat lassen sich krasse Ausprägungen von Rassismus angehen - aber niemals die Ursachen«

INTERVIEW MIT FERAT ALI KOCAK

Seit 2016 sucht eine rechte Anschlagsserie den Bezirk Neukölln heim. Auch auf dich wurde ein Brandanschlag verübt. Wie gehst du damit um?

Ich bin wütend. Die Täter laufen schließlich durch Neukölln, als wäre nichts gewesen. Die Polizei hilft nicht oder vertuscht die rassistischen Zusammenhänge, während die Einzelfallrhetorik in Politik und Gesellschaft dazu führt, die Problematik auf die lange Bank zu schieben.

Werden die Vorfälle denn nicht von den Behörden aufgeklärt?

Nein, wie auf Bundesebene, setzt auch das Abgeordnetenhaus keine vollumfängliche Aufklärung der rassistischen Anschläge durch. Es ist eine Terrorserie. Das geht schon seit über elf Jahren so - Aufklärungsquote null Prozent. Auch in meinem Fall läuft die Ermittlung schleppend. Immer wieder werden Fehler aufgedeckt oder strukturelle Probleme mit rechter Gesinnung in den deutschen Behörden sichtbar. Zuletzt im August 2020: Wegen möglicher rechter Sympathien bei der Staatsanwaltschaft wurde die Strafverfolgung an die Generalstaatsanwaltschaft übertragen.

Das heißt also, Rassismus und Polizei lassen sich nicht trennen?

Nein. Ihre Aufgabe ist »Sicherheit und Ordnung«. Aber Sicherheit und Ordnung für das Kapital und die Herrschenden. Rassismus ist ein wesentlicher Bestandteil des Kapitalismus, damit auch im Staat verwurzelt, und entsprechend ein strukturelles Problem. Im Kapitalismus werden Menschen durch Rassismus hierarchisiert. Dadurch sind einige mehr, andere weniger wert - sieht man ja bei der Katastrophe im Mittelmeer. In Deutschland belegen der NSU, die Anschläge von Hanau oder ständig neu entdeckte rechte Netzwerke in Sicherheitsbehörden wie tief Rassismus und rechte Gedanken in den Institutionen verankert sind.

Hat dich die LINKE bei Aufarbeitung und Aufklärung unterstützt?

Auf persönlicher Ebene gab es Unterstützung. Doch auf politischer Ebene passierte zunächst wenig. In zwei Parteitagebeschlüssen wurde die Einsetzung eines Untersuchungsausschuss zu rechten Verstrickungen der Behörden einstimmig gefordert. Die Regierungsbeteiligung in Berlin hat aber dafür gesorgt, dass dieser nicht durchgesetzt werden konnte; es hätte Probleme mit dem Koalitionsvertrag mit der SPD gegeben. Die SPD und der Innensenator Andreas Geisel haben kein Interesse an einem Untersuchungsausschuss in ihrem Verantwortungsbereich. Generell ist anzumerken, dass die vorangegangene Regierungsbeteiligung in Berlin das antirassistische und antifaschistische Profil der Partei aufweicht: Auch wenn wir uns als Partei auf der Straße gegen Rassismus und gegen Nazis stellen, sind wir in Regierungskoalitionen mit verantwortlich da-



für, wenn Geisel zum Beispiel eine Black Lives Matter Demo gewaltsam auflöst, Abschiebungen durchführt oder linke Räume gewaltsam dicht macht. Dass nun der Untersuchungsausschuss im neuen Koalitionsvertrag doch beschlossen wurde, ist ein Erfolg der Betroffenen und Initiativen, die trotz Bedrohungslage und Gegenwind aus den Reihen der SPD und Grünen weiter gekämpft haben.

Regieren kommt also vor Aufklärung der Anschlagserie?

Die Regierungsbeteiligung selbst hat natürlich nichts mit den Anschlägen zu tun. Aufklären kann sie den rechten Terror allerdings nicht. Die dafür nötigen Maßnahmen will die LINKE nicht von ihren Regierungspartner*innen einfordern. Das könnte ja eine Regierungskrise auslösen und zukünftige Koalitionspartner*innen abschrecken. Wie bei allen Parteien ist die Logik: Regieren um jeden Preis. Also doch lieber ein Kompromiss. Im Staat lassen sich krasse Ausprägungen von Rassismus angehen - aber niemals die Ursachen.

Und du hast gerade im Nebensatz erwähnt, dass Berlin - unter Beteiligung der LINKEN - weiterhin abschiebt...

...Ja! Das ist ein riesiges Problem für die LINKE. Wo ist denn unsere Glaubhaftigkeit? Wir können doch nicht die Bundesregierung anklagen, dass ihre Außenpolitik eine wesentliche Fluchtursache ist und gleichzeitig in Berlin lebende Menschen abschieben. Wenn Menschen in Deutschland illegalisierten Aktivitäten nachgehen, dann müssen die Ursachen dafür analysiert werden. Und das ist eine Gelegenheit, die hier in Deutschland zu regeln ist, nicht im Ausland.

Das heißt also, die LINKE möchte regieren, damit entfernt sich die Partei aber gleichzeitig von den Aktiven und den Menschen, für deren Interessen sie stehen sollte?

Genau. Ich verstehe überhaupt nicht, warum Teile der Partei auf Biegen und Brechen regieren möchten. Selbst das klare »Nein« zu Bundeswehr und Krieg wird im Interesse eines Regierungsfetischs über Bord geworfen. Auch das neue Buch von Sahra Wagenknecht ist

ein echtes Problem. Ihre Aussagen der letzten Jahre haben migrantische Gruppen zu Recht abgeschreckt. Dietmar Bartsch ist nicht besser. Er nahm allen Ernstes die Polizeikräfte in Zeiten von weltweiten Black-Lives-Matter-Protesten in Schutz.

Woran liegt das?

Die Mehrheitsverhältnisse sind klar. In jeder Regierung ist DIE LINKE eine Minderheit und muss sich den Bedingungen des Koalitionspartners unterwerfen - dazu natürlich der kapitalistischen Logik selbst. Mit dem Wunsch, zu regieren, vergeigt sie ihre Verantwortung und geht faule Kompromisse ein, während sie die Instrumente der Opposition verliert. Beim Thema Rassismus und Rechtsextremismus gibt es aber keine Kompromisse.

Was sollte DIE LINKE stattdessen machen?

Die Landesverbände und die Bundespartei müssen die Basisaktiven unterstützen, indem sie gutes Material und konkrete soziale Antworten auf rassismuspolitisch relevante Themen liefern, anstatt sich auf Abgeordnete und deren Wahlkampf zu fokussieren. Auch sollte sie beispielsweise der minimalen antirassistischen Forderung des Wahlrechts für alle in Deutschland lebende Menschen nachgehen. Das von Elke Breitenbach angekündigte Partizipationsgesetz war ein positives Signal, wurde mittlerweile aber auch wieder gekippt. Diese Forderung sollte allerdings als Kernelement einer linken Bewegung verstanden werden - ähnlich sieht es beim Landesantidiskriminierungsgesetz aus. DIE LINKE muss vielfältiger werden und Menschen, die von Rassismus betroffen sind, abholen. Es muss eine tatsächliche »Willkommenskultur« in der Partei geschaffen werden. Viele antirassistische Aktivist*innen fühlen sich immer noch nicht einbezogen. Menschen, die seit Jahren in Deutschland leben, kommen nicht zur LINKEN, weil das antirassistische Profil der Partei fehlt. Das möchten wir als Links*kanax ändern und brauchen dafür Unterstützung von der Straße wie auch aus Parteistrukturen heraus. ■

Das Interview wurde von Nabil Sourani geführt.



Wie DIE LINKE Mieter*innen unterstützen kann – Ein konkretes Beispiel aus München

VON RENATE CULLMANN UND STEFAN JAGEL

Im Kommunalwahlkampf hatten LINKE, SPD und Grüne erklärt, dass in Erhaltungssatzungsgebieten (also Stadtteile, die unter Milieuschutz stehen) die Stadt ihr Vorkaufsrecht zum Schutz der Mieter*innen konsequent ausüben soll. Auch für die Forderung, die Erhaltungssatzung, und damit das kommunale Vorkaufsrecht, auf die ganze Stadt auszuweiten, gab es im linken politischen Milieu eine klare Mehrheit. Kurz nach der Kommunalwahl fasste der Stadtrat im Mai 2020 aber wegen der verschlechterten Haushaltssituation aufgrund der Corona-Krise gegen unsere Stimmen den Beschluss, das kommunale Vorkaufsrecht in Erhaltungssatzungsgebieten nur noch nach einer »Einzelfallprüfung« wahrzunehmen. Kurz darauf wurde der Kauf eines Hauses in nicht-öffentlicher Sitzung mit Mehrheit abgelehnt. Die Bewohner*innen – Betreute eines sozialen Projekts – sind jetzt auf Wohnungssuche.

Öffentlichkeit schaffen

Dass Grün-Rot dieses Vorkaufsrecht nicht gezogen hat, war aus unserer Sicht ein Skandal und ein Bruch ihres Koalitionsvertrages, in dem die konsequente Ausübung des Vorkaufsrechts festgelegt war. Wir haben Öffentlichkeit geschaffen, Mieter*inneninitiativen wie #aus-

spekuliert, Sozialverbände und Mieter*innenvereine wurden auf die Situation aufmerksam. In den Medien und von der Zivilgesellschaft wurde das Versagen von Grün-Rot stark kritisiert.

Unterstützung der Mieter*innen bei weiteren Vorkaufsrechten

Wir organisierten gemeinsam mit Aktiven aus der Partei vor anstehenden Beschlüssen im Stadtrat zu Vorkaufsrechten Hausbesuche und Haustürgespräche und regten die Mieter*innen dazu an, vor den jeweiligen Beschlüssen im Stadtrat z.B. Briefe an die Stadtratsfraktionen zu schreiben oder mit ihren Anliegen in die Bezirksausschüsse zu gehen. Die direkte Konfrontation der Kommunalpolitiker*innen führte dazu, dass die Vorkaufsrechte vom Stadtrat dann doch meist beschlossen und damit Mieter*innen gerettet wurden.

Gleichzeitiger Druck von Initiativen, Sozialverbänden und Mieter*innenvereinen

Die Bürgerinitiative #auspekuliert hat ein breites Bündnis von 79 Unterzeichner*innen, Initiativen und Organisationen auf den Weg gebracht und einen offenen Brief an den Oberbürgermeister und alle Stadtratsfraktionen gesandt. Dies erhöhte nochmal deutlich den öffentlichen Druck auf die Münchner Regierungskoalition.

Die Aktivitäten aus der Zivilgesellschaft, von Mieter*innen und unsere Initiativen im Kommunalparlament führten dazu, dass der Beschluss von Mai 2020 zwar vom Stadtrat nicht aufgehoben worden ist, aber bis dato die Vorkaufsrechte alle ausgeübt und damit Fakten geschaffen wurden: Die betroffenen Häuser sind nun in Händen der Stadt, bezahlbarer Wohnraum wurde erhalten, die Bewohner*innen können bleiben. Ein Erfolg für die Mieter*innen und auch für uns als LINKE. ■



Veränderung erkämpfen, ohne zu regieren - Das Beispiel Münster

VON JOHANNA WEGMANN

Muss die LINKE regieren, um zu verändern? Laut Susanne Hennig-Wellsow biete eine Regierung echte »Chancen« für Verbesserungen und die LINKE könne dadurch endlich »Verantwortung« übernehmen. Aber ist das wirklich so - lässt sich Politik nur über Regierungen gestalten? Das Beispiel Münster zeigt, dass es auch anders geht: Über Öffentlichkeit und aus der Opposition heraus versuchen wir Druck zu erzeugen, um damit den konservativen, unternehmerfreundlichen Filz, der Münster jahrzehntelang fest im Griff hatte, zurückzudrängen. Das bedeutet, dass wir bei entscheidenden Themen wie Klimaschutz, Antirassismus oder der Mietenfrage gezielte Kampagnen starten, um politische Veränderungen zu erzwingen.

Bei solchen Kampagnen arbeiten wir oft auch mit dem Stadtrat. Aber dies ist nicht der erste, sondern der letzte Schritt nach (häufig wochen- bis monatelanger) politischer Mobilisierungsarbeit. Wir haben für unsere Kampagnen inzwischen eine breite Palette eingeübter Mittel: Von kleinen Kundgebungen über Großdemonstrationen, Bündnisgründungen, blitzartigen Plakatieraktionen, Presse- und Social-Media-Arbeit, Unterschriftensammlungen und Diskussionsveranstaltungen bis zum Straßentheater. Dabei geht es uns immer darum, in der Stadt eine möglichst breite Front für ein konkretes politisches Ziel aufzubauen, möglichst viel Aufmerksamkeit zu erregen und die Öffentlichkeit auf unsere Seite zu bringen. Auf diese Weise haben wir, gemeinsam mit unseren Verbündeten in anderen politischen Gruppen, Initiativen und Vereinen, beispielsweise die Ansiedlung einer Abschiebebehörde in Münster verhindert, die AfD bei Wahlen konsequent unter fünf Prozent gehalten, wichtige Entscheidungen für mehr Klimaschutz durchgedrückt und ein breites Bündnis aufgebaut,

welches die konservative Hegemonie beim Thema Schwangerschaftsabbruch in Münster gebrochen hat.

Aktiventreffen als Ausgangsbasis

Die Voraussetzung für solche Kampagnen ist eine breit aufgestellte und aktivistisch orientierte Parteistruktur, die die Kampagnenplanung und Vernetzung mit anderen Gruppen leisten kann. Daher haben wir in den vergangenen Jahren einen großen Fokus auf den Parteaufbau gelegt. Das Herzstück der LINKEN Münster ist das Aktiventreffen, bei dem (unter normalen Umständen) wöchentlich die Aktiven des Kreisverbandes zusammenkommen können, um aktuelle politische Fragen zu diskutieren, Aktionen zu planen oder Materialien zu basteln. Das Treffen ist offen für Neueinsteiger*innen und wird niedrigschwellig beworben. Daneben gibt es eine Vielzahl an AGs, die sich mit Themenbereichen intensiver befassen. Viele unserer Aktiven engagieren sich darüber hinaus in einer der zahlreichen politischen Gruppen und Bündnisse in Münster, weshalb wir inzwischen gut vernetzt sind.

Unsere Kampagne gegen die Einrichtung einer Zentralen Ausländerbehörde

Ein Beispiel für diese Art Politik zu machen, ist unsere Kampagne gegen die »Zentrale Ausländerbehörde«, kurz ZAB, die in Münster eingerichtet werden sollte, um Abschiebungen schneller und effizienter organisieren zu können. Die ZAB wurde im Aktiventreffen zum Thema und schnell war klar, dass sich hier die Möglichkeit für eine größere Mobilisierung bietet, um die Einrichtung zu verhindern. Dies ist schon der erste wichtige Punkt: Kampagnen funktionieren dann richtig gut, wenn es etwas Konkretes zu entscheiden oder zu verhindern gibt. Dadurch kann abstrakte Systemkritik auf ein konkretes Beispiel mit naheliegender



Handlungsoption runtergebrochen werden.

Zunächst haben wir unsere Kontakte zu anderen Gruppen genutzt, um gemeinsam ein breites Bündnis auf die Beine zu stellen. Hier war es wichtig, pragmatisch zu sein und die Hürden zum Bündnisbeitritt nicht zu hoch zu hängen. Damit eine Kampagne auch einen relevanten Teil der Stadtgesellschaft erreicht, ist es ratsam, etwa die Ablehnung von Kapitalismus nicht zur Beitrittsbedingung zu machen. Wichtig waren auch taktische Überlegungen zur »Gefechtslage«: In diesem Fall waren es die Grünen (damals in einer Rathauskoalition mit der CDU), die am ehesten für öffentlichen Druck empfänglich schienen.

Als das Bündnis erstmal gegründet war, hatten wir freie Bahn, unter diesem Banner die öffentliche Mobilisierung in Fahrt zu bringen: Flyer, Plakate, Infostände, Pressestatements und eine Kundgebung vor dem Rathaus am Tag der Entscheidung. Aktive der LINKEN stemmten einen großen Teil der Aufgaben, denn durch jahrelange Kampagnenerfahrung arbeiten wir routiniert und haben viel Knowhow angesammelt. Zudem verfügen wir, im Gegensatz zu vielen anderen politischen Akteuren, mit dem Aktiventreffen über einen Raum, in dem sich

die vielen kleinen Aufgaben, die in so einem Prozess anfallen, auf viele Schultern verteilen lassen. Auch Neueinsteiger*innen haben so die Möglichkeit, sofort Aufgaben zu übernehmen und so politische Arbeit kennenzulernen. Letztlich war die Kampagne gegen die ZAB von Erfolg gekrönt: Die grüne Rathausfraktion, die vorher noch gewillt war, die Installierung der Behörde durchzuwinken, kippte unter dem Druck der Öffentlichkeit und ihrer durch die Kampagne aufgeschreckten Basis um.

Diese und andere Kampagnen haben dazu beigetragen, dass es in Münster eine lebendigere Protestkultur und eine sehr viel kritischere Öffentlichkeit gibt als noch vor zehn Jahren. Auch wenn wir viele Erfolge aufzuweisen haben, bleibt in Münster noch viel zu tun, denn der Aufbau einer bewegungsorientierten Partei mit Aktiven und gut funktionierenden Bündnisstrukturen braucht einen langen Atem. Um diesen Erfolg zu verstetigen, entwickeln wir aktuell Pläne, uns als LINKE fester in Stadtvierteln, Nachbarschaften und Betrieben zu verankern, denn konsequent Verantwortung zu übernehmen bedeutet, starke Politik aus der Opposition heraus zu machen. Münster zeigt, dass das möglich ist. ■



Griechenland: Das Regierungsexperiment ist gescheitert – aber die Linke lebt

VON SOTIRIS KONTOGIANNIS

In der griechischen Linken dominieren zwei Erklärungsansätze, warum SYRIZA gescheitert ist: Der erste macht Alexis Tsipras und das Führungsteam um ihn herum dafür verantwortlich, SYRIZA »entführt« und von einer Partei der radikalen Linken in eine Partei der Sozialdemokratie verwandelt zu haben. Dieser Ansatz wird vor allem von Organisationen vertreten, welche Syriza nach dem Referendum im Sommer 2015 verlassen haben.

Der zweite wird hauptsächlich von der Kommunistischen Partei (KKE) und von außerparlamentarischen linken Organisationen vertreten. Sie behaupten, dass SYRIZA nie radikale Absichten hatte: SYRIZA war immer eine bürgerliche Partei, ein Wellenbrecher, der das System vor dem Zorn des Volkes schützte. Kurz gesagt, das Ergebnis war von Anfang an klar. Meiner Meinung nach sind beide Theorien falsch.

SYRIZA als reformistische Partei

SYRIZA war (und ist) eine reformistische Partei, eine Partei der Linken mit Verbindungen zur Arbeiterklasse und einem Bezug zum Sozialismus. In ihrer offiziellen Erklärung fordert sie, im Einklang mit der marxistischen Theorie, »gesellschaftliches Eigentum ... an den Produktionsmitteln«. Im Gegensatz zu Marx glaubt SYRIZA jedoch nicht (und hat auch nie geglaubt), dass »Gewalt die Hebamme der Geschichte ist«. Der soziale Wandel wird allmählich kommen, »von oben«, durch das Parlament, Wahlen und die Institutionen der Demokratie.

Dabei ignorierte die Führung von SYRIZA weder die theoretische Debatte noch die Kontroverse innerhalb der Linken über die Natur des Staates. Einige Wochen nach dem Wahlsieg erklärte der Regierungssprecher Nikos Filis:

»Wir haben die Regierung übernommen, aber nicht die Macht«. SYRIZA glaubte jedoch, den Widerspruch zwischen dem Klassencharakter der »fertigen Staatsmaschine« und ihre Nutzung durch eine linke Regierung mit taktischen Kompromissen, die den Gegner nicht »provokieren« würden, überwinden zu können. So gab Tsipras, um die Offiziere nicht zu provozieren, den Vizevorsitz der Regierung und das Verteidigungsministerium an Panos Kamenos, den Führer der rechtsextremen Partei »Unabhängige Griechen«. Prokopis Pavlopoulos, der Innenminister der rechten Regierung von Costas Karamanlis zum Zeitpunkt der Ermordung des 15-jährigen Alexis Grigoropoulos, wurde neuer Präsident der Republik.

SYRIZA, Arbeiter*innen und die herrschende Klasse

SYRIZA hatte enge Verbindungen zu den Massen, die 2010 gegen die Troika und die Memoranden mobilisiert wurden. Aber wie alle reformistischen Parteien hatte SYRIZA kein Vertrauen in die Macht, die Fähigkeiten oder das Urteilsvermögen der Arbeiter*innenklasse. Schon lange vor dem Sommer 2015 und dem ignorierten »Nein« beim Referendum waren die Arbeiter*innen nur »Wähler*innen« und nach dem Wahlsieg »Unterstützer*innen« der »linken Regierung«.

Die herrschende Klasse empfing den Sieg von SYRIZA bei den Wahlen im Januar 2015 mit offener Feindseligkeit. Der Staatsrat, eines der höchsten Gerichte des Landes, stellte sich in den nächsten vier Jahren systematisch gegen fast alle Entscheidungen des Parlaments. Die Bank von Griechenland (eine Tochtergesellschaft der EZB) stellte sich fast offen gegen die Regierung. Genauso heftig war die Reaktion der Europäischen Union. Am 4. Februar 2015, eine Woche nach dem Amtsantritt der neuen

Regierung, schnitt Mario Draghi, der damalige Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), dem griechischen Bankensystem die Liquidität ab. Der Angriff erreichte seinen Höhepunkt während des Referendums. Die Regierung war gezwungen, harte Limits für das Abheben von Geld zu verhängen, um die Banken vor dem Zusammenbruch zu schützen. Dies war eine bewusste Strategie von Seiten der EU, die darauf abzielte, das Volk zu terrorisieren und ein »Nein« im Referendum und damit den Austritt Griechenlands aus der EU zu verhindern. Wie allgemein bekannt ist, scheiterte dies kläglich. Die SYRIZA-Führung wurde jedoch endlich »überzeugt«, wie skrupellos unsere »Partner« in der EU sind.

Vertrauen in die Macht von unten

Hätte SYRIZA auch anders handeln können? Die Antwort lautet: Ja. Aber das hätte eine ganz andere Politik gefordert. Varoufakis hatte die Illusion, dass es ihm, auch wenn er Schäuble nicht überzeugen konnte, zumindest gelingen würde, wichtige Allianzen innerhalb der EU zu gewinnen. Doch das gelang ihm nicht. Keine herrschende Klasse in Europa war bereit, das Risiko einzugehen, mit der deutsch-französischen Achse, die Europa kontrolliert, in Konflikt zu geraten. Die »Bestrafung« Griechenlands selbst fungierte als eine Erinnerung daran, was ein solcher Konflikt bedeuten würde.

Die herrschenden Klassen Europas konnten nicht umgestimmt werden, aber sie hätte erpresst werden können. Nicht mit juristischen Spielereien. Nicht einmal mit der Drohung: »Wenn wir untergehen, werden wir euch in den Bankrott treiben«, wie Varoufakis fast offen andeutete. Die Einzigen, die die Angriffe Europas hätten abwehren können, waren die Arbeiter*innen Europas. Schäuble hatte keine Angst vor den Folgen eines griechischen Bankrotts. Er wusste, dass Draghi »alles tun würde, was nötig ist«, um Deutschland, Frankreich und die anderen wichtigen europäischen Volkswirtschaften zu schützen. Aber er hätte die Arbeiter*innenbewegung in Deutschland fürchten können – über die Draghi und die Brüsseler Bürokraten keine Kontrolle hatten.

SYRIZA hätte die Unterstützung der europä-

ischen Arbeiter*innenklasse haben können. Die Voraussetzung für Mobilisierung auf Basis dieser Sympathie wäre jedoch ein radikales Programm gewesen, das die Arbeiter*innen innerhalb und außerhalb der griechischen Grenzen hätte inspirieren können. Um ein Beispiel zu nennen: Arbeiter*innen in ganz Europa sind verschuldet. Ein Schuldenerlass, zusammen mit den öffentlichen und privaten Schulden der Armen in Griechenland, hätte den Arbeitern*innen in ganz Europa aus der Seele gesprochen. Aber eine solche Forderung hätte auch bedeutet, dass die SYRIZA-Regierung vor allem mit den griechischen Bankern*innen in Konflikt getreten wäre. Tsipras wollte diesen Schritt nicht gehen. Er glaubte nicht, dass die Arbeiter*innenbewegung die Macht dazu hätte, obwohl 61% der griechischen Bevölkerung im Referendum 2015 gegen den Entwurf zu den Sparmaßnahmen der EU gestimmt hatten – ein Prozentsatz, den keine Regierung in Griechenland jemals bei Wahlen erreicht hat. Das Ergebnis war eine Politik der Kompromisse und des Scheiterns.

SYRIZA hat für die Feigheit bei den Wahlen 2019 teuer bezahlt. Ihr Scheitern führte in der Arbeiter*innenklasse zu Frustration – aber die herrschende Klasse hat es weder geschafft, die Arbeiter*innenbewegung zu zerschlagen, noch hat sie es geschafft, die Linke zu demonstrieren. Warum?

Die Arbeiter*innenbewegung ist mehr als SYRIZA

Einige Leute, auch innerhalb der Linken, argumentieren, dass die Arbeiterbewegung nach dem ersten Wahlerfolg von SYRIZA im Jahr 2012, als SYRIZA zweitstärkste Kraft im Parlament wurde, zurückgegangen ist. Sie liegen falsch. Was sich mit dem Wahlsieg SYRIZAS 2012 änderte, war die Haltung der Gewerkschaftsbürokratie, die weiterhin von der bankrotten Sozialdemokratie kontrolliert wurde. Vorher, in den Jahren 2010-2012 hatten wir in Griechenland mehr als 30 Generalstreiks gegen die Troika und die Memoranden, alle aufgerufen und organisiert von GSEE und ADEDY, den Gewerkschaftsverbänden des privaten bzw. des öffentlichen Sektors. Nach den Parlamentswahlen im Juni 2012 gab es praktisch keine mehr.



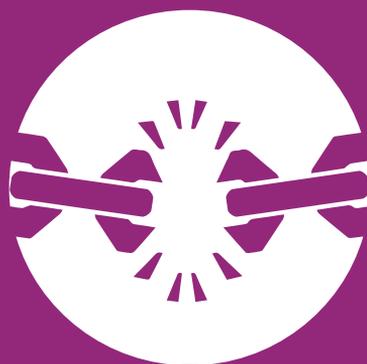
Aber die Arbeiterbewegung zog sich nicht zurück: Was folgte, war eine Welle von Streiks und Mobilisierungen, die von einem Betrieb zum anderen übergang. Es gab keine Generalstreiks. Aber das Zentrum von Athen wurde ständig von Streikenden blockiert, die vor dem Parlament demonstrierten. Diese Welle hielt auch nach 2015 und der Machtübernahme durch SYRIZA an und besteht bis heute fort, trotz eskalierender Repression in der Corona-Pandemie.

Entscheidend ist: Große Teile der antikapitalistischen Linken und der Bewegung auf

der Straße haben sich gegenüber SYRIZA nie untergeordnet – das hat uns 2015 vor einer Niederlage bewahrt. Trotz ihrer Zersplitterung, ihrer politischen Schwächen und ihrer Misserfolge bei Wahlen hat diese Linke immer einen starken Einfluss auf die breitere Studierenden- und Arbeiter*innenbewegung gehabt.

Auch wenn das Scheitern von SYRIZA die linke Opposition im Parlament geschwächt hat, führte es nicht dazu, dass die Opposition auf der Straße und in den Betrieben zum Schweigen gebracht wurde. ■

„ **DIE ARBEITERBEWEGUNG
ZOG SICH NIE ZURÜCK.**



Teil 3: Staats- und Parlamentarismuskritik - Theoriebeiträge

Willkommen im dritten Kapitel – einer Auswahl an Theoriebeiträgen. In den ersten beiden Teilen konntet ihr konkrete, aktuelle und praktische Erfahrungen finden. Im dritten Teil diskutieren wir kritische Staatstheorien, die im Umfeld der LINKEN geläufig sind. Den Anfang macht Nora Schmid mit einem Artikel zur Parlamentarismuskritik von Rosa Luxemburg, die sie im »klassischen Marxismus« von Karl Marx, Friedrich Engels und Lenin verordnet. Hierauf folgen jeweils Raul Zelik und Sascha Radl mit zwei verschiedenen Perspektiven auf den Staat: Es geht vor allem um die Bedeutung von Kämpfen im Staat für eine Strategie der Bewegungslinken. In einem abschließenden Artikel skizziert Manuel Kellner die Pariser Kommune von 1871 und überlegt, welche politischen Lehren sich daraus ableiten lassen. Der Teil soll insbesondere als Anregung zum Weiterlesen verstanden werden und bildet nur einen kleinen Ausschnitt von theoretischen Debatten ab. Wir denken, dass kritische Staatstheorie wichtig ist, da sie den Anspruch hat, die Rollen, Aufgaben und Funktionsweisen kapitalistischer Staaten zu begreifen – nur auf konkrete Erfahrungen zu verweisen, würde dafür nicht ausreichen. Staatstheorie versucht, Antworten auf Fragen zu formulieren wie: Wieso ist das kapitalistische Gesellschaftssystem so stabil, wie kann es sich trotz Krisen reproduzieren? Warum lassen sich Staaten auf progressive Reformen ein, obwohl sie doch auf Seite des Kapitals stehen? Sind Reformen Grenzen gesetzt? Ist die Polizei eigentlich immer rechts? Kann der Staat überwunden werden? Uns mit Theorie zu beschäftigen, hilft uns dann nicht nur dabei, Makrostrategien auszuarbeiten, sondern es hilft uns auch, unseren politischen Alltag in den Parlamenten, Universitäten, Betrieben oder bei Protesten besser zu verstehen. Da wir auch den Theorieteil als Anfang einer größeren Diskussion sehen, freuen wir uns über weitere Beiträge, die wir gerne auf unserer Website veröffentlichen. ■

Klassenkampf im Parlament: Was können wir von Rosa Luxemburg und dem »klassischen Marxismus« lernen?

VON NORA SCHMID

Rosa Luxemburg gilt als wichtiger Orientierungspunkt für die deutsche Linke. Doch besteht die Tendenz, ihr Werk von ihrer revolutionären Grundüberzeugung und vom »klassischen Marxismus« – darunter nicht nur Karl Marx und Friedrich Engels, sondern auch Vladimir Lenin – zu trennen. Dies würde ihr aber nicht gerecht werden. Sie war der Überzeugung, dass der Kapitalismus nur revolutionär überwunden werden kann – was sich auch in ihren Überlegungen zum Parlamentarismus zeigt.

Im Zentrum der Debatte steht Luxemburgs Konzept »revolutionäre Realpolitik«. Klaus Lederer, Spitzenkandidat der LINKEN Berlin und Stellvertreter des Regierenden Bürgermeisters, versteht darunter:

»Politik im Hier und Heute nicht nur mit Blick auf die unmittelbaren Wirkungen zu betreiben, sondern sie nach Möglichkeit so zu gestalten, dass sie einen Keim für die zukünftige Transformation der bestehenden Verhältnisse legt. Wenn wir »radikal« verstehen im Sinne von »an die Wurzel gehend«, dann ist die Aussicht transformationsfördernden Eingreifens in die vorgefundenen Kräfteverhältnisse wohl die adäquate Form, heute radikale Realpolitik zu definieren.«¹

Das Revolutionäre oder Radikale an der Strategie wäre dann stets einen Blick dafür zu haben, dass die Gesellschaft grundlegend verändert werden muss. Aber Luxemburg ging weiter, sie meinte damit nämlich nicht einfach, dass der Kapitalismus irgendwie überwunden werden muss, sondern revolutionär – und das zeigt sich in ihren Überlegungen zu linkem Regieren und linker Parlamentsarbeit.

Als Alexandre Millerand, Mitglied der Sozialistischen Partei in Frankreich, 1899 als Minister

in die französische Regierung eintrat, äußerte Luxemburg fundamentale Kritik daran. Für sie war klar, dass Sozialist*innen im Staat kämpfen, Positionen besetzen und ihn so weit wie möglich einnehmen müssen. Dies jedoch immer unter der Voraussetzung, »daß es Positionen sind, auf denen man Klassenkampf, den Kampf mit der Bourgeoisie und ihrem Staate führen kann.«² Im Gegensatz zur Opposition ist die Regierung dafür ungeeignet; sie ist immer ein »Organ der Aktion, dessen Lebensfähigkeit auf innerer Homogenität beruht«³. Denn, um regieren zu können, müssen Kompromisse geschlossen werden, wodurch Sozialist*innen gezwungen werden, ihre Überzeugungen aufzugeben und verlieren, als Ergebnis, ihre Glaubwürdigkeit. Einzelne Apparate des Staates sind eng miteinander verflochten; ein einzelnes Ministerium ist keine abgeschlossene Sphäre und kann dementsprechend auch nicht autonom sozialistisch geführt werden. Dies kam insbesondere im Fall Millerand zum Tragen, bei dem ein einzelner Sozialist in die Regierung eintrat, gilt aber auch für Regierungen, in denen die Linke eine wichtigere Rolle spielt. Denn die Staatsapparate sind nicht nur verknüpft, sondern sie dienen auch dazu, den Kapitalismus aufrechtzuerhalten. Eine linke Strategie, die darauf setzt, zu regieren, würde sich also in Widersprüche begeben: »Mitwirkung an der Unterjochung des Proletariats als Mittel zur Befreiung des Proletariats und politische Zusammenkettung mit bürgerlichen Parteien als Mittel des Kampfes gegen die Bourgeoisie«.

Dies entspricht den Positionen von Marx und Engels. Zwar sahen sie anfangs im allgemeinen Wahlrecht das Potential, den Kapitalismus zu überwinden; dann verdeutlichte aber die Zerschlagung der Pariser Kommune 1871 den Klassencharakter des Staates. Marx erkann-

te: »[D]ie Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen«⁵. Viel mehr zeigte die Kommune, dass der Staat »zu zerbrechen«⁶ ist, wie er in einem Brief an Ludwig Kugelmann schreibt. Der Gedanke wurde zu einem wichtigen Bezugspunkt für Lenin, der ihn in seinem Buch Staat und Revolution (1917) weiter ausführte. Die drei »klassischen« Marxisten sind sich in der Notwendigkeit der Revolution – einen tiefgreifenden, plötzlichen Wandel von unten – und der Zerschlagung und Demokratisierung des Staates einig. Auch Rosa Luxemburg schrieb in »Was will der Spartakusbund?« (1918): »Nur die Weltrevolution des Proletariats kann in dieses Chaos Ordnung bringen, kann allen Arbeit und Brot verschaffen, kann der gegenseitigen Zerfleischung der Völker ein Ende machen, kann der geschundenen Menschheit Frieden, Freiheit, wahre Kultur bringen.«⁶

Doch was heißt das für linke Parlamentsarbeit? Zunächst muss diese von der Selbstbefreiung der Arbeiter*innenklasse aus gedacht werden. Bei den zu erkämpfenden Reformen kommt es für Luxemburg daher »in erster Linie nicht auf das Was, sondern auf das Wie«⁷ an. Sicherlich kann aus der Regierung heraus die ein oder andere Forderung leichter durchgesetzt werden. Doch nur aus der Opposition heraus kann radikale Massenpolitik betrieben werden: Hier können klare sozialistische Positionen vertreten werden, unabhängig von Erfolgen, Teil- oder Nicht-Erfolgen. Forderungen sind nicht vom Kapitalismus selbst beschränkt und der Regierung kann in Opposition gegenübergetreten werden. So kann den bürgerlichen Parteien »gefährliche Konkurrenz«⁸ bereitet und die Regierung vor dem Land bloßgestellt werden. Von der Bühne des Parlaments aus kann der Klassenkampf gestützt werden, Menschen können mobilisiert werden und die Widersprüche des Systems aufgezeigt werden. Damit ist Parlamentsarbeit, neben der Arbeit in Bewegungen und Gewerkschaften, elementar, um die Grenzen des Staates im Kapitalismus aufzuzeigen und den Massen zu verdeutlichen, dass sie ihre eigenen politischen Institutionen benötigen. Die oben genannte »Realpolitik« tritt dann also nicht hinter der Notwendigkeit der Revo-

lution zurück. Dass das Parlament Reformen ermöglicht, aber gleichzeitig beschränkt ist, wird auch von Marx und Engels nahegelegt. So setzten sie sich für ein allgemeines Wahlrecht ein. Engels machte sich aber beispielsweise auch lustig über die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung: Sie seien »von jener unheilbaren Krankheit, dem parlamentarischen Kretinismus, verseucht, einem Leiden, das seine unglücklichen Opfer mit der erhabenen Überzeugung erfüllt, daß die ganze Welt, deren Vergangenheit und deren Zukunft, durch die Stimmenmehrheit gerade jener Vertretungskörperschaft gelenkt und bestimmt wird, die die Ehre hat, sie zu ihren Mitgliedern zu zählen.«⁹

Ähnlich war Lenin der Meinung, dass Parlamentsarbeit die Revolution nicht ersetzen kann und betont daher die Relevanz von Bewegungen und Streiks außerhalb des Parlaments. Gleichzeitig kritisierte Lenin aber die deutschen Sozialist*innen scharf, als diese die Parlamentsarbeit nach der Novemberrevolution 1918/19 einstellen wollten: »Für die Kommunisten in Deutschland ist der Parlamentarismus natürlich ‚politisch erledigt‘, aber es kommt gerade darauf an, dass wir das, was für uns erledigt ist, nicht als erledigt für die Klasse, nicht als erledigt für die Massen betrachten.«¹⁰ Erst wenn sich die Arbeiter*innenklasse unabhängig in Räten organisiert, kommt der Rückzug aus dem Parlament in Frage. ■

¹ Klaus Lederer (2009): Was ist und was kann »radikale Realpolitik« heute? In: Michael Brie (Hrsg.): Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik, S.69 - 80

² Rosa Luxemburg (1899): Eine taktische Frage,

³ Rosa Luxemburg (1901): Die sozialistische Krise in Frankreich

⁴ Ebenda.

⁵ Karl Marx (1871):

Bürgerkrieg in Frankreich

⁶ Rosa Luxemburg (1981):

Was will der Spartakusbund?

⁷ Rosa Luxemburg (1899): Eine taktische Frage.

⁸ Rosa Luxemburg (1901): Die sozialistische Krise in Frankreich

⁹ Friedrich Engels (1851/1852): Revolution und Konterrevolution in Deutschland

¹⁰ Vladimir Lenin (1920): Der »Linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus

Der Staat als Terrain gesellschaftlicher Kämpfe?

VON RAUL ZELIK

Wenige Fragen sind für die politische Praxis so wichtig wie das staats-theoretische Grundverständnis. Leider herrschen in der Linken (der Partei wie der gesellschaftlichen Linken) nach wie vor zwei eher fragwürdige Positionen vor. Eine große Mehrheit der Linken hat sich die liberale Mainstream-Erzählung zu eigen gemacht, wonach es sich beim Staat um eine Gemeinwohl-Einrichtung handelt, die man nur per Wahlen dazu bringen muss, soziale Rechte stärker zu schützen. »Der Staat« wird hier als ein mehr oder weniger neutrales Instrument verstanden, das sich relativ problemlos für unterschiedliche, also auch fortschrittliche Ziele nutzen lässt. Der andere Ansatz hingegen ist die revolutionäre Ablehnung des bürgerlichen Staates, wie sie von traditionellen Leninist*innen, aber auch Anarchist*innen vertreten wird. Ihm zufolge ist der bürgerliche Staat nichts anderes als eine Einrichtung gewaltsamer Klassenherrschaft, die besiegt und zerschlagen werden muss.

Tatsächlich können beide Ansätze die Realität nicht überzeugend beschreiben. Ganz eindeutig ist der Staat keineswegs die demokratische Gemeinwohl-Einrichtung, von der im Staatskunde-Unterricht immer die Rede ist. Das zeigt sich am deutlichsten in der Eigentumsfrage: Obwohl nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung über große Vermögen verfügt, ist dem liberalen Staat wenigstens so heilig wie der Schutz eben dieser Vermögen. Regelmäßig kann man beobachten, dass Hunderte Polizisten eingesetzt werden, um Wohnungen im Interesse eine*r einzigen Immobilieneigentümer*in zu räumen – und zwar auch dann, wenn eine Mitte-Links-Regierung (wie z.B. im Fall Berlins) den Schutz der Mieter*innen für wichtiger hält als die Renditeerwartung des*der Eigentümer*in. Dass trotzdem geräumt wird, liegt nicht nur, wie Liberale bekräftigen,

an der Gewaltenteilung des liberalen Staates und der Unabhängigkeit der Gerichte, sondern am strukturellen Kern des modernen bürgerlichen Staates. Sein ganzes Rechtsgebäude zielt darauf, das Eigentum der bereits Vermögenden zu schützen und die weitere Vermehrung des Eigentums (über Kapitalakkumulation oder Grundrenten) sicher zu stellen. Damit ist er jedoch nicht dem demokratischen Gemeinwohl verpflichtet, sondern der Wahrung jener Machtbeziehungen, die sich aus der ungleichen (und historisch gewaltsam durchgesetzten) Verteilung des Eigentums ergeben.

Gleichzeitig hat der moderne Staat aber auch nur wenig mit jenem Klassenstaat zu tun, den Marx im 19. Jahrhundert kennen lernte, oder jener feudalen Despotie, mit der die russischen Revolutionäre zu schaffen hatten. Würde der Staat ausschließlich im Interesse der vermögenden Klasse handeln, gäbe es keinen Kündigungsschutz für Mieter*innen oder Beschäftigte, kein verfassungsrechtlich verankertes Streikrecht und (wie es im Übrigen bis 1918 in den meisten bürgerlichen Demokratien der Fall war) kein allgemeines Wahlrecht.

Am schlüssigsten erklärt wird die Metamorphose des Staates meiner Ansicht nach von den Theorien Antonio Gramscis und Nicos Poulantzas. Der italienische Marxist Gramsci stellte sich während seiner Inhaftierung in einem faschistischen Gefängnis (1926-1934) u.a. die Frage, warum die Revolution in den westeuropäischen Ländern trotz der Existenz einer großen Arbeiter*innenbewegung ausgeblieben war. Er erklärte das damit, dass die bürgerliche Klasse – anders als die despotische Herrschaft des Zaren – die Fähigkeit zur Führung (»Hegemonie«) entfaltet habe. Um Herrschaftsbeziehungen zu stabilisieren, scharte sich die herrschende Klasse um ihr

Staatsprojekt und band Teile der mittleren Schichten (z.B. Klerus, Händler*innen) und sogar der Arbeiter*innenschaft ein. Das geschah ideologisch-diskursiv, indem Priester, Massenmedien, Lehrer*innenschaft usw. eine bestimmte Selbstwahrnehmung der Gesellschaft verbreiteten: Die Herrschaftsordnung erschien im Interesse der Mehrheit. Oder anders ausgedrückt: Das Privileg der Vermögenden wurde als gesellschaftlicher Konsens verankert, es stellte sich als Gemeinwohl dar.

Letzteres ist dann auch der Ausgangspunkt für die materialistische Staatstheorie des griechischen Marxisten Nicos Poulantzas, der den Staat als »materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse« beschrieben hat. Poulantzas zufolge muss die Einbindung der unteren Klassen immer auch eine materielle Dimension haben. Es reicht nicht aus, den Menschen zu erzählen, dass die bestehende Ordnung in ihrem Interesse ist, sondern es müssen auch ökonomische Zugeständnisse gemacht werden. Der Staat ist gewissermaßen das Instrument dieses Klassenkompromisses: Die Kämpfe der Arbeiter*innenbewegung werden zurückgedrängt, indem einzelne Forderungen übernommen und als eigene Regierungspolitik präsentiert werden. Hierfür ist die Einführung der Sozialversicherungen unter Bismarck in den 1880er Jahren in Deutschland ein gutes Beispiel. Die Reformen waren eine Maßnahme, um der rasant wachsenden Arbeiter*innenbewegung und ihrem politischen Arm – der Sozialdemokratie – das Wasser abzugraben. Das materielle Zugeständnis erhöhte die Legitimität des preußischen Staates, stellte zugleich aber auch eine politische Beschränkung der Macht des Kapitals dar. Der Staat trat als (relativ) unabhängige Machtinstanz im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit auf und verpflichtete auch das Kapital zur Einhaltung von Regeln – um wiederum das Machtverhältnis von Kapital und Arbeit im Sinne des Kapitals zu stabilisieren. Der Staat war (und ist) gegenüber diesem Machtverhältnis also nicht neutral. Er will es dauerhaft aufrechterhalten. Aber dies gelingt ihm nur, wenn er materielle Kompromisse festschreibt und dabei auch gegenüber dem einzelnen Kapitalisten als soziale Ordnungsmacht auftritt.

Das Interessante an Poulantzas' Theorie ist, dass sie diesen Prozess als dynamisch versteht. Der Kompromiss ist nämlich nicht dauerhaft festgeschrieben, sondern wird immer wieder neu ausgefochten und modifiziert. Der Staat ist nicht nur ein Instrument und ein Akteur der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, sondern auch das Feld, auf dem diese ausgetragen werden.

An dieser Stelle schließt die entscheidende Frage für linke Politik an: Der bürgerliche Staat hat in den vergangenen 150 Jahren unter dem Druck revolutionärer Bewegungen wichtige demokratische, soziale und egalitäre Forderungen aufgreifen müssen. Die liberale Staatstheorie sah kein allgemeines Wahlrecht vor – dieses wurde von Arbeiter*innen, Frauen und Schwarzen gegen den Willen bürgerlicher Parteien erkämpft. Die Einführung eines öffentlichen Bildungswesens hat zumindest Teilen der Arbeiter*innenklasse den sozialen Aufstieg ermöglicht. Der keynesianische Wohlfahrtsstaat hat mit progressiven Einkommenssteuern nach 1950 in einigen europäischen Ländern vorübergehend die Umverteilung des Reichtums ermöglicht. Das Klassenverhältnis, das den Staat definiert und auf das dieser wiederum Einfluss nimmt, kann sich verschieben – und damit auch den Staat transformieren.

Die Jahrzehnte der neoliberalen Wende seit den 1970er Jahren zeigen, dass egalitäre Erregenschaften auch wieder beseitigt werden können. Am traumatischsten zeigte sich das in Chile und anderen lateinamerikanischen Ländern, wo Militärs die soziale Transformation stoppten und den Staat im Sinne des Kapitals umgestalteten. In der Folge kam es auch in den USA, Großbritannien und den anderen europäischen Ländern zu einer Art neoliberaler Konterrevolution, mit der die Macht von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gebrochen und zurückgedrängt wurde.

Es ist also keineswegs ausgemacht, ob sich der »liberale« Staat mithilfe von Reformen dauerhaft demokratisieren lässt. Vieles spricht dafür, dass die Grenze dort verläuft, wo die Kapitalakkumulation und die Machtstellung der Vermögenden infrage gestellt scheint. Der Staat ist eben eine Herrschafts- und keine

Gemeinwohl-Einrichtung. Trotzdem hat die Linke gar keine andere Wahl, als sich auf diesem Terrain zu bewegen. Die Kämpfe der Vielen können dafür sorgen, dass sich Lebensbedingungen verbessern oder politische und soziale Rechte erweitert werden. Auch eine radikal antistaatliche Politik setzt letztlich staatliche Reformen in Gang. Für die Linke ist es daher entscheidend, den Staat einerseits als Herrschaftseinrichtung zu kritisieren, andererseits

aber auch alle Möglichkeiten zu nutzen, ihn demokratisch-egalitär zu transformieren, seine Herrschaftsaspekte zu reduzieren und ihm soziale Rechte einzuschreiben.

Wahrhaft freie, egalitäre, demokratische und solidarische Beziehungen sind im bürgerlichen Staat nicht möglich. Und doch müssen Linke versuchen, genau darum zu kämpfen - gegen, in und mit dem bestehenden Staat. ■



Die Bewegungslinke vor der Wahl: Poulantzas oder Lenin?

VON SASCHA RADL

Klimakrise, Rassismus und Polizeigewalt, Armut oder explodierende Mieten sind Probleme, die so tief im Kapitalismus verwurzelt sind, dass sie wieder die Frage aufwerfen, wie wir ihn überwinden. Raul Zelik macht in seinem Beitrag deutlich, dass marxistische Staatstheorie bei der Klärung helfen kann – und tritt für ein Staatsverständnis ein, welches an Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas anknüpft. Damit wären Lenin und der radikale Bruch von unten allerdings zu schnell an die Seite geschoben.

Der griechische Marxist Nicos Poulantzas ist in der deutschsprachigen Debatte, insbesondere an Universitäten, seit einiger Zeit wieder en vogue. Häufig bleibt dabei aber sein politisches Engagement unterbelichtet: Nicht der akademische »Elfenbeinturm« warf die Fragestellungen auf, an denen er arbeitete, sondern die politische Praxis. Das Jahr 1968 machte deutlich, dass massive Protest- und Streikbewegungen auch in Westeuropa weiterhin möglich waren und die Herrschaft der bürgerlichen Klasse in Frage stellen konnten. Doch wie lässt sich von hier in eine neue Gesellschaft kommen? Den Stalinismus der Kommunistischen Parteien wies Poulantzas zurück und kritisierte die Sowjetunion zurecht als staatskapitalistisch. Statt sich aber strukturiert mit der Oktoberrevolution 1917 und den Bolschewiki auseinanderzusetzen, verwarf er einfach jeglichen Revolutionsgedanken und suchte die Lösung in einer Variante des Eurokommunismus. Demnach sollen Kämpfe im Staat und mit Kämpfen außerhalb des Staates verbunden werden, um in eine sozialistische Gesellschaft zu kommen. Die Kämpfe im Staat – angeleitet durch eine Linksregierung – werden theoretisch dadurch legitimiert, dass der Staat eine spezifische Materialisierung von Kräfteverhältnissen zwischen Klassen sei. Aber ist dieser Ausgangsgedanke überhaupt haltbar? Lässt

sich die Struktur des kapitalistischen Staates von innen so verändern, dass er zu einem Vehikel für die Linke werden kann?

Staat als Materialisierung von Kräfteverhältnissen?

Gramsci, auf den sich Poulantzas maßgeblich stützt, hat mit seinen Überlegungen in *L'Ordine Nuovo* und den Gefängnisheften den Grundstein für ein Verständnis der modernen kapitalistischen Staaten Westeuropas gelegt. Er bringt dies auf den Punkt mit der Formel: »Staat = politische Gesellschaft und Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang.«¹ Die Zivilgesellschaft ist also fester Bestandteil des westeuropäischen Staates; die bürgerliche Klasse übt nicht einfach Zwang und Gewalt aus, sondern erzeugt auch einen Konsens über die Richtigkeit ihrer Herrschaft: Wirtschaftswachstum diene doch allen. Damit der Konsens – also die Hegemonie der bürgerlichen Klasse – hält, sind Zugeständnisse an die beherrschten Klassen nötig. Kämpfe der Arbeiter*innenklasse können sich dann tatsächlich in weitgehende Reformen übersetzen. Während Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen zwar eine wichtige Rolle spielen, lässt sich daraus aber nicht ableiten, dass sie den ganzen Staat definieren. Viel mehr verweist Gramscis Formel darauf, dass Gewalt in Westeuropa nicht verschwindet, sondern oft nicht im Vordergrund steht und durch einen Konsens abgesichert ist. Sie steht dem Staat trotzdem als letztes Mittel zur Verfügung. Die unmittelbare Gewalt, mit der sich die Bolschewiki im zaristischen Russland konfrontiert sahen, wird bei Gramsci also um eine weitere Seite, der politisch-ideologischen Absicherung von Herrschaft, ergänzt – sie wird nicht ersetzt und der westeuropäische Staat ist kein gänzlich anderer.



An dem Punkt kommt Lenins Schrift *Staat und Revolution* ins Spiel. Der repressive Kern des Staates lässt sich nämlich nicht von innen aushöhlen: Historische Beispiele zeigen, dass die Polizei, die Geheimdienste oder die oberen Ränge des Militärs rechts bleiben. In Deutschland wird die Existenz dieses Kerns durch zahlreiche Skandale belegt; vom Kommando Spezialkräfte (KSK) und dem Hannibal-Netzwerk bis zur regelrechten Weigerung der Polizei, die Anschlagsserie in Neukölln aufzuklären. Und mehr noch: Die Erfahrungen linker Regierungen – wie etwa in Chile 1970 bis 1973 – demonstrieren, dass auch Bürokrat*innen in den Ministerien alles tun werden, um anti-kapitalistische Politik zu sabotieren.

Radikale Politik »von unten«

Im bürgerlichen Staat verdichten sich Kräfteverhältnisse also nur innerhalb eines sehr begrenzten Rahmens. Lenin sah daher – mit Verweis auf Marx und Engels – die Notwendigkeit, den Staat durch eine Rätedemokratie nach Modell der Pariser Kommune zu ersetzen. Ähnlich stellte Gramsci fest, »daß nach den revolutionären Erfahrungen Rußlands, Ungarns und Deutschlands der sozialistische Staat sich nicht in den Institutionen des kapitalistischen Staates verkörpern kann, sondern – verglichen mit ihnen, sogar verglichen mit der Geschichte des Proletariats – in einer grundlegend neuen Schöpfung.«² Ein Rätssystem hat den Vorteil, dass Menschen die Politik, die sie alle betrifft, selbst in die Hand nehmen. Georg Lukács schrieb dazu:

»Das Rätssystem versucht eben überall die Aktivität der Menschen mit den allgemeinen Fragen des Staates, der Wirtschaft, der Kultur usw. zu verknüpfen, indem es dagegen ankämpft, da[ss] die Verwaltung all dieser Fragen das Privileg einer geschlossenen, vom Gesamtleben der Gesellschaft isolierten – bürokratischen – Schicht werde.«³

Sicherlich lässt sich Poulantzas' strategisches und theoretisches Denken nicht ohne das Scheitern der Sowjetunion verstehen. Die Bewegungslinke kann ebenfalls von der Russischen Revolution lernen, sollte dabei aber

nicht das Kind mit dem berüchtigten Bade ausschütten. Zu den Lehren gehört, dass der kapitalistische Staat, mit seinen repressiven und bürokratischen Apparaten, kein geeignetes Mittel ist, um eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen, die wirklich demokratisch ist. Er ist ein Hort der Gegenrevolution – genau das hat der Stalinismus, der seine Basis in der Bürokratie hatte, bewiesen. Poulantzas vernachlässigt diese Erkenntnis, indem er Kämpfe im Staat für zentral erklärt, und ignoriert gleichzeitig, dass sich die Russische Revolution nicht auf den Stalinismus reduzieren lässt: Der »Sozialismus von unten« der Bolschewiki war ein Versuch echter Selbstbefreiung und mündete für kurze Zeit in einem »Fest der Unterdrückten und Ausgebeuteten«, wie etwa von John Reed oder Victor Serge eindrucksvoll beschrieben.

Marxistische Staatstheorie hilft uns, auf Grundlage dieser historischen Erfahrungen, die Grenzen des Staates näher zu bestimmen und unsere Praxis daran auszurichten. Kämpfe außerhalb der Staatsapparate – Bewegungen auf der Straße, Streiks, Nachbarschaftsinitiativen – in den Mittelpunkt zu stellen, heißt indessen nicht, Kämpfe im Staat zu vernachlässigen. Die Enteignung von Deutsche Wohnen & Co oder ein Ende von Hartz IV wären etwa Maßnahmen, die auch über die Parlamente erkämpft werden und zur weiteren Radikalisierung breiter Teiler der Gesellschaft beitragen können. Reform und Revolution schließen sich nicht aus. Nur dürfen wir dabei nicht vergessen, dass sich Kräfteverhältnisse sehr begrenzt im Staat materialisieren und ein Bruch unausweichlich ist. Unsere Strategie kann nur auf Selbstbefreiung, also einen Sozialismus von unten setzen. ■

¹ Antonio Gramsci (1999): *Gefängnishefte*. Band 4, Heft 6, §88.

² Antonio Gramsci (2008): *Die Eroberung des Staates*

³ Georg Lukács (2003): *Lenin. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken*.

⁴ Hal Draper (2000): *Die zwei Seelen des Sozialismus*.

⁵ Vladimir Lenin (1962): *Two Tactics of Social-Democracy in the Democratic Revolution*. In: *Collected Works*. Volume 8, Kapitel 13.

Pariser Kommune 1871 - Gegengift gegen Anpassung bis heute

VON MANUEL KELLNER*

Die 72 Tage der Pariser Kommune waren bis zu den Russischen Revolutionen von 1905 und 1917 für die sozialistische Linke das einzige praktische Beispiel für die Art und Weise, wie die kapitalistische Klassengesellschaft überwunden werden kann. Diese Erfahrung war auch entscheidend für die Weiterentwicklung der Revolutionskonzeption von Karl Marx und Friedrich Engels.** Sie erklärten seitdem, dass die Arbeiter*innenklasse nicht die bestehende Staatsmaschinerie übernehmen und im eigenen Interesse nutzen könne. Stattdessen baut sie in einem revolutionären Prozess ein alternatives, eigenes Gemeinwesen auf, das schon kein Staat im eigentlichen Sinne des Wortes mehr ist, sondern von Anfang an den Keim des Absterbens jeglicher Herrschaft von Menschen über Menschen in sich trägt. Nun war das vor über 150 Jahren und unter ganz besonderen Umständen geschehen. Und doch bleibt die Erfahrung der Pariser Kommune wichtig bis heute. Karl Marx nannte sie »die endlich entdeckte« politische Form, in der sich die Emanzipation des Proletariats vollziehen könne. Friedrich Engels bezeichnete sie im Rückblick als »Diktatur des Proletariats«. Zugleich war sie eine radikale partizipative Demokratie, ganz im Gegensatz zu den späteren Einparteienherrschaften, die dieses Erbe für sich in Anspruch nahmen. Sie war aus freien Wahlen hervorgegangen, und in diesem Stadtrat waren ganz selbstverständlich mehrere politische Strömungen und Parteien vertreten. Ihre Vorstellung war der Aufbau eines landesweiten Gemeinwesens durch die freie Assoziation solcher Kommunen. Ihre Vision war international und global, weshalb sie den Ausländern das Bürgerrecht und damit das aktive und passive Wahlrecht gab.

»Die Kommune bildete sich aus den durch all-gemeines Stimmrecht in den verschiedenen Be-

zirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zur gleichen Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, musste der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern. Die öffentlichen Ämter hörten auf, das Privateigentum der Handlanger der Zentralregierung zu sein. Nicht nur die städtische Verwaltung, sondern die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative wurde in die Hände der Kommune gelegt.«

(Karl Marx in MEW Band 17, S. 339)

Der Gegensatz zum Regelwerk der bürgerlich-parlamentarischen Demokratien springt ins Auge. Verantwortlichkeit und jederzeitige Abwählbarkeit der Räte und Beamten ist etwas ganz anderes, als »nur seinem Gewissen« verpflichtet zu sein, ohne sich um den Willen der eigenen Basis zu scheren. Wobei dieses »Gewissen« in aller Regel dem Fraktionszwang untergeordnet – und von den Lobbyisten »sensibilisiert« wird. Im Parlamentarismus sollen die Diäten die Abgeordneten »unabhängig« machen. Was für eine Augenwischerei! Geld ist die real gewordene Fiktion des Unendlichen; es steht für alle denkbaren Waren und Dienstleistungen; man kann daher davon nie genug haben. In einer sozialistischen Rätede-

mokratie hingegen ist Abgeordneten, die ihr Mandat verlieren, die Wiedereinstellung im ursprünglichen Beruf garantiert. Aber wenn der gewählte Rat gesetzgebend und vollziehende Gewalt zugleich ist, was ist dann mit der Gewaltenteilung? Natürlich sind Linke für eine unabhängige Justiz, die nach geschriebenem Recht urteilt. Aber Richter*innen fallen nicht vom Himmel. Auch sie müssen gewählt werden und ihrer Wählerschaft verantwortlich sein. Im Parlamentarismus erleben wir immer wieder aufs Neue, wie die Exekutive die Legislative mehr und mehr zu ihrem Anhängsel macht. Entscheidend ist, dass die Wählerinnen und Wähler ihre Souveränität mit dem Akt der Wahl nicht aufgeben, sondern weiterhin der wirkliche Souverän bleiben.

Die parlamentarische Demokratie ist eine mehr oder minder verschleierte Herrschaftsform des Kapitals. Solange das Kapital seine Herrschaft nicht akut bedroht sieht, ist sie für das Bürgertum die flexibelste und angenehmste Herrschaftsform. Der Preis, der dafür entrichtet werden muss, ist die Teilhabe breiter kleinbürgerlicher Schichten an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, einschließlich des führenden Personals der Arbeiter*innenbewegung. Für die abhängig Beschäftigten und Unterdrückten bietet sie mit den gegebenen demokratischen Rechten mehr oder weniger entwickelte Bewegungsfreiheit, um ihre eigenen Interessen zu artikulieren und zur Geltung zu bringen. Die staatstragenden Parteien müssen sich als Sachwalter*innen des klassenübergreifenden Gemeinwohls darstellen, um sich wenigstens der mürrischen Duldung durch die Mehrheit der Bevölkerung zu versichern. Die Fähigkeit dazu erodiert seit geraumer Zeit.

Zugleich verfügt dieses System über sehr wirksame Mittel der Anpassung. Wie viele »Radikale« sind im Parlament schon als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet! Ein hübsches Beispiel ist Wolfgang Roth von der SPD, der als Juso-Chef wild antikapitalistisch war, als Wirtschaftsminister nicht mehr und später von sich sagte: »Früher glaubte ich, die beste Gesellschaftsform wäre der Sozialismus, heute weiß ich: die beste Gesellschaftsform ist die GmbH & Co. KG.« Aber auch zahllose ein-

fache Abgeordnete, bis hinunter zu den Stadträten, die ursprünglich »den Laden von innen her« aufmischen wollten, wandeln sich immer wieder rasch zu loyalen Sachwaltern des herrschenden kapitalistischen Systems.

Rosa Luxemburg meinte: *»Worin sich die sozialistische Politik von der bürgerlichen unterscheidet, ist der Umstand, dass die Sozialisten als Gegner der gesamten bestehenden Ordnung im bürgerlichen Parlament grundsätzlich auf die Opposition angewiesen sind. Die vornehmste Aufgabe der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialisten, die Aufklärung der Arbeiterklasse, findet vor allem in der Kritik der herrschenden Politik ihre Lösung. Allein, weit entfernt, praktische, handgreifliche Erfolge, unmittelbare Reformen fortschrittlichen Charakters unmöglich zu machen, ist die grundsätzliche Opposition vielmehr für jede Minderheitspartei im Allgemeinen, besonders aber für die sozialistische, das einzige wirksame Mittel, praktische Erfolge zu erzielen.«* (GW S. 32)

Was aber, wenn die sozialistischen Kräfte Mehrheiten erobern können? Rosa Luxemburg sah die Gemeinderäte, die kommunale Selbstverwaltung, als potenzielles Gegengewicht gegen die Zentralregierungen, wenn sie normalerweise auch von bürgerlichen Kräften zum Teil der bürgerlichen Herrschaft gemacht werden. Luxemburg empfiehlt folgende Haltung in den Stadträten: »Solange sie (die Sozialisten) in der Minderheit sind, machen sie genau in derselben Weise Opposition zur Richtschnur ihres Verhaltens wie im Parlament. Werden sie aber zur Mehrheit, dann verwandeln sie die Gemeinde selbst in ein Kampfmittel gegen die bürgerliche Zentralgewalt.« (GW S. 63)

Dies gilt allerdings nicht einfach für die Zentralregierung – hier wirken andere Ziehkkräfte. Auch steht fest: Die Selbstbefreiung von unten kann nicht stellvertretend von oben durchgeführt werden, während aber die radikale Beseitigung der bürgerlichen Klassenherrschaft und der profitorientierten kapitalistischen Wirtschaftsweise die einzige Möglichkeit ist, einen ausreichenden Rest an natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.





Stellvertreterpolitik hat viele Gesichter. Scheinbar so entlegene Praktiken wie terroristische Attentate oder parlamentarische Selbstherrlichkeit gehören dazu. Die relative Passivität der Masse ist immer die Ausrede, auf die sich die Stellvertreter*innen berufen. In Erinnerung an die Pariser Kommune ist jedoch die herausragende Aufgabe aller Revolutionär*innen, egal ob sie Gewerkschaftsverantwortliche, Wissenschaftler*innen, Abgeordnete oder sonst was sind, die solidarische Eigenaktivität und Selbstorganisation derer mit allen Mitteln zu fördern, die bislang hauptsächlich erleidende Objekte von Geschäftsleitungen, Verwaltungen und politischem Führungspersonal sind.

Solange wir uns im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse bewegen und die bürgerliche Herrschaft in ihrer parlamentarisch-demokratischen Form nicht in der Praxis in Frage gestellt wird, haben die Wähler*innen keine Kontrolle über ihre Gewählten. Am besten wäre dann die Verpflichtung von linken Abgeordneten auf den Auftrag und die Beschlüsse ihrer linken Partei – sowohl in Hinblick auf die Inhalte, die

sie vertreten, als auch auf ihre Bereitschaft, auf materielle Privilegien zu verzichten. Natürlich: wenn diese Partei die bestehende Ordnung gar nicht umwälzen, sondern mitgestalten will, dann werden die Dinge komplizierter. Immerhin kann an sozialistisch-revolutionär gesonnene linke Abgeordnete die Anforderung gestellt werden, in enger Tuchfühlung mit der Basis vor Ort, mit den fortschrittlichen sozialen Bewegungen und den eigenen Gesinnungsgenoss*innen zu handeln. ■

* Manuel Kellner ist Mitglied der IG Metall, der Partei Die Linke, der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO) und Redakteur der Sozialistischen Zeitung (SoZ)

** Die beiden wichtigsten Texte hierzu sind von Karl Marx »Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation« von 1871, MEW Band 17, S. 313ff und die zwanzig Jahre später von Friedrich Engels verfasste Einleitung dazu, MEW Band 17, S. 615ff

Tipps zum Vertiefen

Wie wir in der Einleitung angekündigt haben, können wir viele Themen nur anreißen. Zum Weiterlesen (- und schauen!) haben wir noch ein paar Tipps aufbereitet, um einen breiten Einblick in die Themen Parlamentarismus, Regieren, und Staat aus verschiedenen theoretischen Blickwinkeln zu ermöglichen. Teilweise lässt sich die Literatur noch im Buchhandel bestellen, teilweise findet sie sich online oder in den gängigen Antiquariaten (Booklooker, Abebooks, etc.).

Romane

Victor Serge: Die große Ernüchterung: Der Fall Tulajew (2012)

Victor Serge schrieb den Roman *Die große Ernüchterung* im Kontext des stalinistischen Terrors der 1930er Jahre: Die Ermordung von Oberst Tulajew wird zum Ausgangspunkt für eine großangelegte Säuberungswelle. Serge erzählt die Folgen, stets spannend wie in einem Krimi, aus der Sicht verschiedener Menschen – wovon einige selbst Teil des autoritären Systems sind. Serge erlebte die Oktoberrevolution 1917 als Anarchosyndikalist mit, behielt aber im Gegensatz zu seinen Mitstreiter*innen ein differenziertes Bild von den Bolschewiki. In seinem Bericht *Year One of the Russian Revolution (2015)*, der leider noch immer nicht ins Deutsche übersetzt ist, beschreibt er seine Erlebnisse und was es bedeutet, eine Revolution zu machen.

Chris Mullin: A very British Coup (1982)

Der Stahlarbeiter Harry Perkins führt die britische Labour Party zum Wahlsieg und beginnt, das Land umzukrempeln. Was folgt, ist erbitterter Widerstand – durch die Massenmedien, aus dem Staat heraus sowie von internationalen Akteur*innen. Kann sich Labour trotzdem durchsetzen? Für diejenigen, die lieber Serien schauen, gibt es auch eine Verfilmung unter gleichem Namen (1988).

Alaa al-Aswani: Die Republik der Träumer (2021)

Die Ägyptische Revolution von 2011 wird in der europäischen Linken viel zu wenig diskutiert – ist sie doch eines der wichtigsten Ereignisse des noch jungen Jahrhunderts. In seinem Roman *Die Republik der Träumer* beschäftigt sich Alla al-Aswani vorwiegend mit der Kon-

terrevolution – den Militärspitzen und dem Sicherheitsapparat – nach 2013, vergisst dabei aber nicht klarzustellen, welche enormen Hoffnungen die Bevölkerung mit der Revolution verband.

Geschichte und aktuelle Fallbeispiele

Chris Harman: Die verlorene Revolution. Deutschland 1918-1923 (1998)

Was oft vergessen wird: Auch Deutschland erlebte Massenaufstände und eine sozialistische Revolution. Chris Harman setzt sich mit ihrem Scheitern auseinander – nicht zuletzt, so eine seiner Thesen, weil das Scheitern der Revolution in Deutschland in direktem Zusammenhang mit der Konterrevolution in Russland stand. In *Der kurze Frühling der Räterepublik* (Unrast, 2018) ergänzt Simon Schaupp durch einen ausführlichen Einblick in die Bayrische Räterepublik.

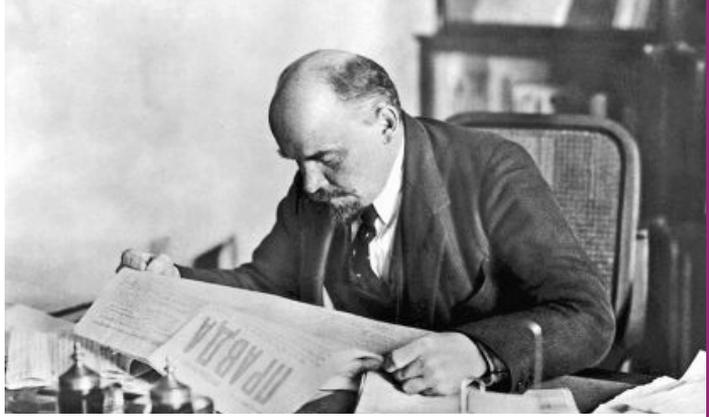
Dokumentation: Die Schlacht um Chile (1975)

Der Regierungsantritt von Salvador Allende in Chile ist wohl eines der besten Beispiele, um zu begreifen, was mit rebellischem Regieren gemeint sein kann. Die dreiteilige Dokumentation ist langatmig, gibt aber einen eindrucksvollen Einblick in das Erleben der Bevölkerung zwischen radikalen Reformen, Revolution und Konterrevolution. Die Reihe ist unter anderem auf *Youtube* frei verfügbar.

Debatte(n) zur Jahrhundertwende

Ende 1990er Jahre/Anfang 2000: Die Sowjetunion war untergegangen und damit fiel für einige Linke ein entscheidender Orientierungspunkt abrupt weg; andere sprachen schon lange von der Krise des Marxismus. Dann kamen die Massenbewegungen gegen neoliberale

Globalisierung und neuer Antimilitarismus als Antwort auf neue Kriege auf. Wie die Lage einordnen? Wie weitermachen? In *Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden* (2002) diskutieren dies eine Reihe deutschsprachiger Linker aus unterschiedlichen politischen Traditionen, darunter etwa Frigga Haug oder Frank Deppe. Ähnliche Fragen versuchen Pietro Ingrao und Rossana Rossanda in *Verabredungen zum Jahrhundertende* (1996) zu beantworten. Beide waren wesentliche Intellektuelle des italienischen Eurokommunismus. In *Ein antikapitalistisches Manifest* (2004) gibt Alex Callinicos – nach *Revenge of History* (1991) zum Untergang der Sowjetunion – eine revolutionäre Antwort.



Alex Callinicos & Stathis Kouvelakis: Syriza and Socialist Strategy (Debate, 2015)

Heute wissen wir: Das griechische Experiment ist gescheitert. Anfang 2015 nahmen die Marxisten Alex Callinicos und Stathis Kouvelakis den erdrutschartigen Wahlsieg der Partei Syriza zum Anlass, um konkret über die Möglichkeiten linker Strategien im Staat zu diskutieren. Ersterer aus einer leninistischen Perspektive, letzterer aus einer poulantzianischen. Eine Aufzeichnung der Debatte findet sich online, unter anderem auf der Website des *International Socialism Journal*.

Paul Glier: Was bringt es, wenn Linke mitregieren? Erfahrungen aus acht Jahrzehnten. Gedanken zur Neuorientierung (2018)

In seiner beeindruckenden Studie untersucht Glier neunzehn Regierungsbeteiligungen linker Parteien in Europa über die letzten achtzig Jahre. In der Auswertung glaubt er nicht, dass eine Regierungsbeteiligung die Möglichkeit eröffnet, grundlegenden Einfluss auf die gesellschaftlichen Verhältnisse auszuüben. Er analysiert, welche Spuren die bisherigen Regierungsbeteiligungen hinterließen und welche Alternativen der Linken offenstehen. Harald Wolf wertet in *(Nicht)Regieren ist auch keine Lösung* (2021) ähnlich umfassend die Regie-

rungserfahrungen der europäischen Linken aus und kommt – wie der Titel erahnen lässt – zu einem anderen Ergebnis.

Thies Gleiss, Inge Höger, Lucy Redler und Sascha Stanicic (Hrsg.): Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden: Die Linke und das Regieren (2016)

Autor*innen der deutschen und internationalen Linken – inklusive der Bewegungslinken – beleuchten Fragen nach Parlamentarismus und Regieren. Dabei analysieren sie zahlreiche historische und aktuelle Beispiele; von der Russischen Revolution 1917 über die Erfahrungen von Labour in Liverpool Mitte der 1980er bis zur LINKEN in Thüringen.

Aaron Tauss & Raul Zelik (Hrsg.): Andere mögliche Welten. Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen – eine europäisch-lateinamerikanische Debatte (2013)

Im Sammelband von Aaron Tauss und Raul Zelik diskutieren lateinamerikanische und deutschsprachige Linke über das Verhältnis von Regierung und sozialen Bewegungen sowie über Alternativen zum bürgerlichen Staat. Ähnlich werten Decio Machado und Raúl Zibechi in *Die Macht ergreifen, um die Welt zu verändern?* (2019) die lateinamerikanischen Erfahrungen mit Linksregierungen aus.

Mike Gonzalez & Houman Barekat (Hrsg.): Arms and the People. Popular Movements and the Military from the Paris Commune to the Arab Spring (2013)

Wenn es um linke Strategien im Staat geht, wird sein Kern, die Sicherheitsapparate, häufig ausgeblendet – zumindest was Diskussionen im globalen Norden angeht. Das von Mike Gonzalez und Houman Barekat herausgegebene

ne Werk ist eine Ausnahme. Die einzelnen Beiträge studieren das Verhältnis von revolutionären Bewegungen und Militär beispielsweise zur Zeit der Pariser Kommune 1871, im Spanien zu Beginn des Bürgerkriegs, in Chile unter Salvador Allende, in der US-Armee in Vietnam oder in Ägypten 2011.

Staatstheorie

Der Klassische Marxismus

Zum klassischen Marxismus zählt eine Vielzahl der Mitglieder der Zweiten und frühen Dritten Internationalen. Aus staatstheoretischer Sicht stechen Rosa Luxemburg und Lenin hervor. In *Eine taktische Frage* (online, 1899) setzt sich Luxemburg mit Klassenkampf und Linksregierungen auseinander; in *Die sozialistische Krise in Frankreich* (online, 1901) wird sie nochmal konkreter im Kontext des Eintritts der französischen Linken in eine bürgerliche Regierung. Das wohl bekannteste Werk hat Lenin mit *Staat und Revolution* (online, 1917) geschrieben. Hierin kritisiert er den bürgerlichen Staat auf Basis von Marx und Engels und setzt sich nicht nur dafür ein, den Staat zu zerschlagen, sondern auch Demokratie radikal auszudehnen: In Form eines Rätessystems. Lenin grenzte sich damit nicht zuletzt vom reformorientierten Weg Karl Kautskys (*Der Weg zur Macht*, 1909) ab.

Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie (1967)

Die Transformation der Demokratie zählt wohl zu den einflussreichsten staatstheoretischen Beiträgen aus Deutschland. Im Gegensatz zu einigen Vertretern der Frankfurter Schule geht Agnoli von der fortgesetzten Bedeutung des Klassengegensatzes im Kapitalismus aus. Der bundesrepublikanische Staat nach dem Zweiten Weltkrieg ist zwar liberaldemokratisch, dies bedeutet aber nicht, dass die Beherrschten Spielräume haben, ihre Forderungen – etwa im Parlament – auszudrücken. Agnoli wurde zum Wortgeber der Außerparlamentarischen Opposition.

Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus

(2002)

Nicos Poulantzas setzte sich lange mit dem kapitalistischen Staat auseinander und veröffentlichte 1978 sein letztes Buch zur marxistischen Staatstheorie. Die zentrale Einsicht besteht darin, dass der Staat als eine soziale Beziehung zu begreifen ist; dass sich Klassenverhältnisse in den Staat einschreiben und damit auch potentielle Räume für linke Politik offenstehen. Die Ansicht blieb natürlich nicht unwidersprochen. Aus klassisch leninistischer Sicht argumentierte beispielsweise Henri Weber (*The State and the Transition to Socialism in The Poulantzas Reader*, 2008) gegen die Möglichkeit, mit dem Staat in eine post-kapitalistische Gesellschaft zu kommen.

Joachim Hirsch: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems (2005)

Ein Grundlagenwerk aus der deutschen Linken, welches Poulantzas mit der Staatsableitungsdebatte verbindet und auch den konkreten Staat und seine Transformation im neoliberalen Kapitalismus analysiert. Diverse Beiträge zur Staatsableitung finden sich in den früheren Ausgaben der Prokla. In der internationalen Linken vertritt John Holloway (*Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, 2018) einen ähnlichen, wenn auch stärker post-autonom geprägten Ansatz. Colin Barker bietet eine Kritik (*A Note on the Theory of Capitalist States*, online), die beide Ansätze – und nicht zuletzt auch den von Poulantzas – angreift: Sie lassen die Zwänge durch das internationale Staatensystem unbeachtet.

Laura Roth, Irene Zugasti und Alejandra de Diego Bacierno: Die Politik hier und heute feministischer machen! Diskussionen und Tools der municipalistischen Bewegung (2020)

Diese Publikation bietet Einblicke in die Prozesse, Erfahrungen und Diskussionen der feministischen Bewegung und stellt zahlreiche praxiserprobte Werkzeuge vor, die aus der municipalistischen Erfahrung gewonnen wurden. Dabei geht es um Praxen, Politik zu demokratisieren und den Feminismus ins Zentrum zu rücken. Auf der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügbar. ■



www.bewegungslinke.org

BEWEGUNGSLINKE.